



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Entwicklungszusammenarbeit & die Partnerschaft“  
Eine kritische Analyse des Partnerschaftsverständnisses der staatlichen OEZA  
und ihrer Beziehung zu Nicaragua von 1986 – 2011

verfasst von / submitted by

Laura Diethart, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Gernot Stimmer

## Danksagungen

Ich möchte mich recht herzlich bei meinen zwei Betreuern, Herrn Dr. Gernot Stimmer und Herrn Dr. Walter Schicho bedanken, die sich viel Zeit genommen haben, um meine Arbeit Korrektur zu lesen und mir mit konstruktivem Feedback im Laufe des gesamten Schreibprozesses zur Seite gestanden sind.

Ebenso richtet sich mein Dank an meine InterviewpartnerInnen, die sich dazu bereit erklärt haben, mir bei diesem Thema weiterzuhelfen und ohne die diese Arbeit nicht hätte geschrieben werden können.

Zuletzt möchte ich mich noch bei meiner Familie und Freunden bedanken, die mich in dieser Zeit, und besonders in den letzten Monaten, sehr unterstützt haben.

Des Weiteren möchte ich anmerken, dass dieses letzte Jahr ein Lernprozess war, den ich nicht missen möchte. Auch, wenn mich die Masterarbeit viele Stunden Freizeit und Nerven gekostet hat, so bin ich dankbar für die gewonnenen Erkenntnisse und die nun umso mehr erweckte Neugierde.

„A good scientist is a person to whom the childhood quality of perennial curiosity lingers on. Once he gets an answer, he has other questions.” –  
Frederick Seitz

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	1
I. EZA und die Partnerschaft	
1) Einleitung .....	3
1.1) Forschungsinteresse .....	8
1.1.1) Forschungsfrage und Hypothesen .....	9
1.2) Methodik und Herangehensweise .....	10
1.3) Entwicklungszusammenarbeit & Positionierung im Postkolonialismus .....	12
2) Ausgangsverständnis von Partnerschaft .....	15
2.1) OEZA .....	15
2.2) Immaterielle Faktoren der EZA .....	16
2.2) Arbeitsdefinition .....	26
II. Fallbeispiel: Ö-NIC	
3) Überblick über die (inter)nationale „Partnerschaftsgeschichte“ .....	35
3.1) Österreich .....	40
3.2) Nicaragua .....	46
3.3) Vergleich & Überschneidungen der internationalen Geschichte zu Ö. und Nic. ....	49
4) Österreichische Entwicklungspolitik (mit?) Nicaragua .....	51
4.1) Historische Beziehung .....	51
4.2) „Schwerpunktland“ Nicaragua .....	55
4.2.1) Koordinationsbüro .....	61
4.1.2) Dreijahresprogramme .....	63
5) Keine Partnerschaft? .....	71
Fazit .....	80
Zusammenfassung .....	89
Glossar .....	91
Quellenverzeichnis .....	92
Anhang 1: Abstract .....	100
Anhang 2: Interviewausschnitte - Grobanalyse .....	102

## Vorwort

Als ich mit ICEP (Institut zur Cooperation bei Entwicklungsprojekten) zweieinhalb Monate in Nicaragua in einem Projekt vor Ort tätig war, hatte ich die Möglichkeit, die dortigen Nord-Süd-„Partnerschaften“ hautnah mitzerleben. Hier schien es sich bei diesen „Partnerschaften“ um keine gleichberechtigten zu handeln, sondern um ein Geber-Nehmer-Verhältnis, welches Abhängigkeiten verdeutlicht und Hierarchien erkennbar macht. Daher ist es mir persönlich ein großes Anliegen, mich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Veraltete Kolonialvorstellungen einer „zivilisierten“ und „unzivilisierten“ Bevölkerung und vortwährende Eurozentrismen spielen für mich im Diskurs der „entwickelten“ und „unentwickelten“ Länder eine große Rolle und ich finde, dass eine gleichgestellte „Partnerschaft“ hier zu einem Umdenken und auch zu einer Verbesserung im Zusammenleben aller Menschen beitragen kann.

Ob es seit den 90er Jahren, durch die Implementierung eines Partnerschaftsverständnisses und den Wandel von Entwicklungshilfe hin zu Entwicklungszusammenarbeit in der OEZA auch tatsächlich zu einem solchen Umdenken gekommen ist, soll in dieser Arbeit untersucht werden. Da es mir allerdings im Rahmen meiner Masterarbeit nur möglich ist, einen kleinen Ausschnitt der Komplexität dieser Thematik darzustellen, erhoffe ich mir eine Anregung auf weitere intensivere Diskussionen. Besonders im deutschsprachigen Raum scheinen mir die kritischen Stimmen dazu verstummt und es größtenteils zu einer Akzeptanz des Verständnisses einer „Partnerschaft“ gekommen zu sein, welche an sich keine eigene Definition trägt.

„Das ‚Vokabular‘ der EZA hat sich während der letzten Jahrzehnte verändert [ . In] der Nachkriegszeit beschränkte [es sich] auf die Begriffe ‚entwickelte und unterentwickelte Länder‘. Heute hat alleine die Auseinandersetzung mit dem Terminus Entwicklung einen bedeutenden Umfang erreicht: Entwicklung wird anders thematisiert und anders ausgedrückt. Die Bezeichnung ‚Dritte Welt‘ gilt für viele als obsolet und die Verwendung der Begriffe ‚Nord, Süd, Ost, West‘ als politisch korrekt. Die Hauptfrage jedoch ist: Was soll damit gesagt werden? Welche Differenzen werden betont? Trotz unserer Anstrengungen, politisch korrekte Begriffe zu gebrauchen, reicht die Bezeichnung ‚der Süden‘ alleine noch lange nicht, um uns von einem ‚Diskurs des Nordens‘ zu distanzieren. Wir verwenden Begriffe, wir (ge)brauchen sie als Arbeitswerkzeuge; es ist jedoch unbedingt notwendig, über sie und über ihren Verwendungskontext bzw. über die Geschichte ihrer Entstehung kritisch distanziert zu

verhandeln.“ (Gomes 2003, In: De Abreu Fialho Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003: 15, Ergänzungen hinzugefügt)

Wie es auch schon Bea GOMES (2003) in „Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit“ beschreibt, unterlag das Vokabular der EZA<sup>1</sup> in den letzten Jahrzehnten einem ständigen Wandel. Häufig werden politisch korrekte Begriffe genutzt, das alleine reicht allerdings nicht aus, um die eigene Position kritisch zu reflektieren und sich von einer obsoleten Geberhaltung zu distanzieren. Der Begriff, der in dieser Arbeit als „Arbeitswerkzeug“ auf die Entstehungsgeschichte und seinen Verwendungskontext hin untersucht werden soll, ist der der „Partnerschaft“.

---

<sup>1</sup> EZA = Entwicklungszusammenarbeit

# I. EZA und die Partnerschaft

## 1) Einleitung

Diese Arbeit soll primär dazu dienen, das Konzept der Partnerschaft für einen intensiveren und auch kritischeren Dialog in der Entwicklungszusammenarbeit (Ö-EZA)<sup>2</sup> zu öffnen. Trotz des Fortbestandes des Vokabulars von Geber- Nehmerländern, Sender- und Empfängerländern, Zielgruppen, Mitbestimmungsrechten, Nord – Süd, developed – underdeveloped countries, etc. erhebt die EZA, und hier nicht nur die OEZA, den Anspruch einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Die Aktualität der Thematik durch die Sustainable Development Goals: (SDG17) – „Neue Globale Partnerschaft“ und das Nairobi *Second Level Meeting of Global Partnership* von 2016 sind ausschlaggebend für die Notwendigkeit einer intensiveren Auseinandersetzung mit dieser Partnerschaft, die in den unterschiedlichsten Kontexten angewendet zu werden und dennoch so abstrakt zu sein scheint.

Michael OBROVSKY schreibt in „Die Zukunft der Österreichischen Entwicklungspolitik“ davon, dass die bereits Jahrzehnte andauernde Unzufriedenheit über die Österreichische Entwicklungspolitik in Anbetracht der „Neuen Aid Architektur“ und der globalen Herausforderungen eine neue Positionierung erfahren sollte, um eine kohärente Entwicklungspolitik in Österreich und damit auch die internationalen Ziele besser erreichen zu können. (vgl. Obrovsky 2012: 16)

Der Entwicklungsgedanke soll zu Beginn der Arbeit aufgegriffen und kurz erläutert werden, aber Ziel ist es, das Konzept der Partnerschaft genauer zu beleuchten und herauszufinden, ob es einen allgemeingültigen Konsens in Bezug auf eine Definition gibt, oder ob es sich um ein leeres Konstrukt handelt, welches zu einer bestimmten Zeit, und evtl. aus einem bestimmten Grund, in die EZA eingeführt wurde.

Die folgende Arbeit soll aber vor allem verdeutlichen, wie unterschiedlich das Konzept der Partnerschaft in der Ö-EZA gehandhabt und definiert wird.

Der Begriff der Partnerschaft scheint in den letzten Jahrzehnten immer mehr zu einer Modeerscheinung geworden zu sein und wird als solcher in jedem Konzept und Kontext der Ö-

---

<sup>2</sup> Mit Ö-EZA ist hier die österreichische EZA (OEZA) sowie das gesamte Konzept der EZA kombiniert gemeint und es wird hier ein Bezug auf beide genommen.

EZA verwendet, ohne ihn zu hinterfragen, genauer zu beleuchten und seine Gemeinsamkeiten und Differenzen aufzuzeigen. Genau das soll durch diese Arbeit geändert werden.

Im Zuge eines postkolonialen Ansatzes setzt sich diese Arbeit mit der Frage auseinander, ob Partnerschaft in der Entwicklungszusammenarbeit ein Ansatz ist, der nach wie vor (kolonialistischen) Hierarchievorstellungen unterliegt, oder ob es sich hierbei um ein Miteinander auf Augenhöhe, geprägt durch gegenseitiges Lernen, handelt.

Anhand von verschiedenen Akteuren der OEZA und deren Beziehungen zu Nicaragua wird „Partnerschaft“ hinterfragt.

Der Begriff der Partnerschaft wird in den 90er Jahren, mit der Wende von der „Entwicklungshilfe“ hin zur „Entwicklungszusammenarbeit“, weitläufig in die EZA integriert. Diese partnerschaftliche Interaktion zwischen Ländern des globalen Nordens und Ländern des globalen Südens wird seit jeher kritisch betrachtet und insbesondere die „Partizipation“ rückt vermehrt in den Forschungsmittelpunkt. Obwohl der Begriff der Partnerschaft ein omnipräsenter und zu einem Schlagwort der EZA geworden ist, wurde das Konzept der Partnerschaft selbst allerdings kaum untersucht. Besonders im deutschsprachigen Raum wird es weder explizit definiert noch wird die genaue Umsetzung verdeutlicht. Das soll im Zuge dieser Arbeit anhand der Länderbeziehung Österreich-Nicaragua geschehen.

Wie definiert die österreichische Entwicklungszusammenarbeit, öffentlich-staatlich repräsentiert durch die ADA und das BMEIA Partnerschaft und wie wurde diese in der Beziehung mit Nicaragua umgesetzt? Handelt es sich hierbei um eine Worthülse, oder trägt das Konzept der Partnerschaft zu einer Ent-Hierarchisierung veralteter Kolonialvorstellungen bei? Gibt es innerhalb der OEZA Definitionsunterschiede oder eine klare Linie im Partnerschaftlichkeitsverständnis aller AkteurInnen (ADA, BMEIA)?

Unterschiedlichste AutorInnen haben sich bereits mit dieser oder einer ähnlichen Thematik auseinandergesetzt, welche in meine Arbeit miteinfließen werden. STREETEN (1974) „Grenzen der Entwicklungsforschung“, BAAZ (2005) „The Paternalism of Partnership“, WHITFIELD (2010) „The Politics of Aid“ und CARBONNIER und KOTINEN (2014) „North-South-Research-Partnerships“ liefern wichtige theoretische Grundlagen zu den Konzepten der Partnerschaft, Partizipation und EZA. Ganz wichtig erscheinen mir hier die kritischen Stimmen zu „Research Partnerships“, welche bereits in den 1970er Jahren laut zu werden begannen.

Paul STREETEN schreibt 1974 von der Problematik eines einseitigen Wissenstransfers, den er „Wissenschafts – Imperialismus“ nennt, und der Schwierigkeit einer Gleichheit in der internationalen Zusammenarbeit:

„Es ist keine Arroganz, noch intellektueller Neokolonialismus, noch die Anmaßung von Überlegenheit, sondern die Tatsache der Überlegenheit, die die Wurzel des Übels darstellt (...)“ (STREETEN 1974: 41, Hervorhebung hinzugefügt)

Es handelt sich um eine Formulierung, in der er anerkennt, dass es sich um eine definitive Überlegenheit handelt, die Partnerschaft unmöglich macht. Laut STREETEN ist es jedenfalls notwendig, dass diese Ungleichheit aufgehoben wird und es ebenfalls zu einer Untersuchung der vorherrschenden Probleme der Nordländer von ForscherInnen aus Südländern kommt, da nur durch diese Reziprozität der Gedanke gleicher Partner realisiert werden könne. (vgl. STREETEN 1974: 42)

„Das grundlegende Argument für internationale Kooperation bei der Entwicklung ist, dass Menschen, wo immer sie geboren wurden, in der Lage sein sollten, ihre Fähigkeiten in vollem Ausmaß zu entwickeln, um sich selbst zu erfüllen und zum allgemeinen Erbe der Zivilisation beizutragen (...)“ (STREETEN 1974:41)

Hier spricht er die Notwendigkeit eines gewissen *Ownership*<sup>3</sup> an, die für die Entwicklung eines Landes sowie eines Individuums unerlässlich sei. STREETEN bezieht sich in seinem Werk zwar auf *Research Development Partnerships*, also an sich auf die Forschung, dennoch kann seine Idealvorstellung von Partnerschaft, von „Wissen schaffen“, über Gleichheit, Selbstständigkeit bis hin zur Reziprozität durchaus auf die Entwicklungszusammenarbeit im allgemeineren Sinne übertragen werden.

Aktueller, aber dennoch nicht ganz verschieden, schreibt WHITFIELD (2010) in „The Politics of Aid“, wenn sie Immanuel Kant zitiert:

„Paternalism is the greatest depotism imaginable. This is so because it is to treat men as if they were not free, but human material for me, the benevolent reformer, to mould in accordance with my own, not their freely adopted purpose.“ (Whitfield 2010: Zitat Vorwort)

Auch hier geht es um die Ungleichheit einer Beziehung, die die Dominanz eines „Partners“ voraussetzt, welcher vorgibt im Interesse des anderen zu handeln. Eine solche Art der Paarbeziehung würde vermutlich in den Bereich der missbräuchlichen Beziehung fallen, auf internationaler Ebene scheint diese Art der Beziehung allerdings anerkannt. Liegt das an Streetens Wissenschafts-Imperialismus-Problem, der internationalen Anerkennung eines vorherrschenden/dominanten „Wissens“, welches als die universelle Wahrheit verstanden wird

---

<sup>3</sup> Zum Begriff *Ownership* siehe Kapitel 2.2) S. 18-19

und dadurch die Legitimation erhält, auf alle anderen Weltregionen und ihre Individuen unhinterfragt übertragen werden zu können?

Zurückkommend zu dem Thema der Partnerschaft nehmen wir in dieser Arbeit an, dass dieser „Wissenschafts-Imperialismus“ existiert und er in der Entwicklungshilfe seit ihren Anfängen so praktiziert wurde. Es geht um die top-down-Hilfe von „entwickelten“ an „unterentwickelte“<sup>4</sup> Länder, von „industrialisierten“ an „rudimentäre“ Gebiete, von Wallersteins „Zentrum“ in die „Peripherie“. Wobei laut Gustavo ESTEVA diese „Unterentwicklung“ erst durch die „Entwicklung“ geschaffen wurde (Nach Esteva, 1991) und auch Wallerstein schließt sich hier mit seinem *Nullsummenspiel* an, wenn er sagt, dass sich ein Land nur auf Kosten eines anderen „entwickeln“ kann. (Nach Wallerstein 1979)

Die Frage, die sich für diese Arbeit stellt, ist nicht, ob es solche erfundenen, kreierte Hierarchien, oder den „Wissensimperialismus“ gab, sondern ob sich durch die Einführung des „Partnerschaftsdiskurses“ eine gleichgestellte Beziehung zwischen diesen „Partnern“ etablieren konnte, wie es der Terminus zu verstehen gibt. Kam es mit dem Wandel von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungszusammenarbeit und der universellen Einführung der Partnerschaft als immanenten Teil der EZA auch zu einem Wandel innerhalb der Beziehungen und wenn ja, welcher Art?

HÖDL (2006) schreibt diesbezüglich, dass es in den 80er Jahren zwar zu der Umformulierung von „Entwicklungshilfe“ hin zu „Entwicklungszusammenarbeit“ kam, dies allerdings das beste Beispiel dafür sei, dass solche sprachlichen Änderungen nicht zwangsläufig auch zu einer Einstellungsänderung führen.

„An den konkreten Entscheidungs- und Organisationsstrukturen der österreichischen EZA änderte sich nichts, was den Begriff Zusammenarbeit – im Sinne der häufig beschworenen gleichberechtigten Kooperation – gerechtfertigt hätte.“ (Hödl 2006, In: De Abreu Fialho Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006:26-27)

Hödls Zusammenarbeit als „gleichberechtigte Kooperation“, kann in anderen Worten auch „Partnerschaft“ meinen.

In der bilateralen EZA sind laut GOMES (2003) die Ministerien, PolitikerInnen und BürokratInnen die „Partner“, nicht jedoch direkt die betroffene Bevölkerung vor Ort. Alles, was

---

<sup>4</sup> Sowohl „entwickelte“ als auch „unterentwickelte“ Länder werden hier unter Anführungszeichen geführt, da die Definition von „Entwicklung“ eine weitreichende ist, die mehr Diskussion erfordert und in dieser Arbeit nicht in aller Ausführlichkeit behandelt werden kann.

hier im Rahmen der Zusammenarbeit entschieden wird, kann zwar die entwicklungspolitischen Ziele und Einstellungen beider Länder repräsentieren und berücksichtigen, laut Gomes darf man allerdings nicht die jeweiligen Richtlinien und Konditionalitäten der Geberländer außer Acht lassen, welche schlussendlich am schwersten wiegen. Laut GOMES (2003) kann von einer freien Entscheidung der Beteiligten kaum die Rede sein, da die Interventionen wesentlich von der Geberseite geprägt werden. (vgl. Gomes 2003, In: De Abreu Fialho Gomez B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003:16) Das wirft wiederum die Frage auf, wie Österreich von einer „Partnerschaft“ mit seinen „Partner“ländern sprechen kann und wie diese gerechtfertigt wird.

Der Fokus liegt in dieser Arbeit auf den staatlichen Organisationen beziehungsweise Einrichtungen auf Regierungsebene, da alles andere zu weit führen würde und ohnehin bereits vermehrt untersucht wurde. Untersucht werden die Inhalts- und die Strukturebene sowie Ansätze der Vertragsebene, da die Handlungsebene und die tatsächliche Umsetzung zu umfangreich wären. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass die Möglichkeit, diese Art der Partnerschaft persönlich vor Ort untersuchen zu können, nicht bestanden hat.

Es werden ExpertInneninterviews mit MitarbeiterInnen der OEZA-Verwaltung auf Regierungsebene geführt. Aufgrund ihrer hohen Kompetenz und langjährigen Erfahrung innerhalb der Beziehungen Ö-NIC<sup>5</sup> wurden hierfür InterviewpartnerInnen aus dem BMEIA (Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres), der ADA (Austrian Development Agency) und der Städtepartnerschaft Salzburg-León ausgewählt. Sie repräsentieren aufgrund ihrer Arbeit vor Ort, der Vertrautheit mit der Materie und ihrer beruflichen Position eine kompetente Quelle für Aussagen über die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Nicaragua und das Partnerschaftlichkeitsverständnis Österreichs auf Regierungsebene.

Anhand dieser Interviews und deren Auswertung werden Kategorien erstellt, durch welche auf die Definition, Hindernisse, Umsetzungen sowie auf eine tatsächliche (aktuelle) Situation einer Partnerschaft geschlossen werden kann.

Die Untersuchungsgegenstände stellen die geführten Interviews, ausgewählte Dreijahresprogramme sowie relevante (inter-)nationale Gesetze beziehungsweise Policies dar. Untersucht werden diese im Zusammenhang mit den wissenschaftlichen Theorien und theoretischen Konzepten (siehe Seite 12).

Mit einer Einleitung in die Problematik, über eine geschichtliche Einführung der Beziehungen zwischen Österreich und Nicaragua hinweg, bis hin zu der empirischen Überprüfung, soll gegen

---

<sup>5</sup> Der Einfachheit halber werden die Beziehungen zwischen Österreich und Nicaragua mit dem Kürzel „Ö-NIC“ ersetzt.

Ende der Arbeit ein Überblick über das Konzept der Partnerschaft sowie der Partnerschaft zwischen Österreich-Nicaragua (Ö-NIC) gegeben werden. Da der Untersuchungszeitraum durch die Schließung des Koordinationsbüros (KoBü) in Managua auf 2012 begrenzt ist, ist eine Erweiterung der „neuen Partnerschaftlichkeitstendenzen“ nur anhand eines Exkurses möglich. In diesem werden die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung von 2015 in Addis Abeba, das Nairobi „Second Level Meeting of Global Partnership“ 2016 und das SDG17 „Neue Globale Partnerschaft“ kurz erläutert und ihre Auswirkungen auf ein eventuelles neues Verständnis von Partnerschaft angedacht.

In der abschließenden Conclusio werden alle Teilaspekte noch einmal kurz beleuchtet und verdeutlicht, dass mit dieser Arbeit nicht der Anspruch auf Universalität eines Verständnisses von Partnerschaft gelegt wird, jedoch ein Beitrag zu einer tieferen Auseinandersetzung mit der Thematik beabsichtigt ist.

### 1.1) Forschungsinteresse

Mein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse basiert innerhalb eines postkolonialen Entwicklungsverständnisses<sup>6</sup> auf der Frage, ob Partnerschaft dazu beitragen kann, alte koloniale Hierarchie- und Machtstrukturen aufzulösen. Bei näherer Auseinandersetzung mit der Thematik wurde klar, dass diese Frage nicht so leicht zu beantworten ist und einer größeren empirischen Forschung bedarf. Besonders im deutschsprachigen Raum finden sich dazu kaum Studien oder wissenschaftliche Werke. Im Vordergrund steht meist die Untersuchung der Partizipation, welche nur ein Teilgebiet der Partnerschaft darstellt. Während den Konzepten der Partizipation und des Empowerment, etc. große Aufmerksamkeit geschenkt wird, scheint das Wort Partnerschaft omnipräsent als essentielle Basis der Entwicklungszusammenarbeit auf.

Zu Beginn dieser Arbeit wird Partnerschaft von anderen Begriffen wie *Empowerment*, *Partizipation*, *Konditionalität* und *Ownership* abgegrenzt. Häufig findet man sich mit einer so großen Anzahl an unterschiedlichsten Begriffen konfrontiert, dass man beginnt diese zu verwechseln, oder auch unbewusst zu verbinden: „Ja, also wenn hier die Rede ist von ‚Partizipation‘, dann handelt es sich ganz bestimmt um eine ‚Partnerschaft‘; „ ‚Empowerment‘ führt zu ‚Ownership‘ “; „ ‚Ownership‘ ist gleich ‚Partnerschaft‘ “. Diese

---

<sup>6</sup> Postkolonialismus siehe Seite 12

Verbindungen sollen auch im Zuge der Masterarbeit, im Rahmen der Definition von Partnerschaft herausgearbeitet werden.

Bei dem Versuch, sich auf der Homepage der ADA oder des BMEIA über das jeweilige Verständnis von Partnerschaft zu erkundigen, findet man immer wieder die Betonung der Relevanz, jedoch keine eindeutige Definition von Partnerschaft. Dies lässt die Frage offen, welche Vorstellungen von Partnerschaft bei der Auswahl von Projektpartnern und der Implementierung von Entwicklungsprojekten für die OEZA eine Rolle spielen.

### 1.1.1) Forschungsfrage und Hypothesen

**„Welches Partnerschaftsverständnis vertritt die staatliche OEZA und warum?**

**(Inwiefern) wurde diese ‚Partnerschaft‘ mit Nicaragua praktiziert?“**

#### Hypothesen

H1: „Der Begriff der Partnerschaft ist bewusst sehr weit gefasst, damit er unterschiedlich ausgelegt und nach dem jeweiligen Nutzen, beziehungsweise Interesse der jeweiligen Akteure interpretiert und präsentiert werden kann und impliziert machtpolitische Interessen und Hierarchievorstellungen.“

H2: „Es handelte sich bei der Partnerschaft der OEZA mit Nicaragua um eine Idealvorstellung und keine gelebte Beziehung.“

H3: „Das Partnerschaftsverständnis der OEZA basiert auf dem Verständnis der internationalen Gemeinschaft (EU, UNO) und wird davon beeinflusst.“

## 1.2) Methodik und Herangehensweise

Die gesamte Arbeit verfolgt einen transdisziplinären Ansatz, das heißt, dass verschiedene Disziplinen berücksichtigt und miteinander verknüpft werden. In diesem Fall sind es die Politikwissenschaft, die Soziologie und die Geschichtswissenschaft.

Die Politikwissenschaft befasst sich mit den Beziehungen und politischem Handeln innerhalb von, beziehungsweise zwischen Ländern, die auf Macht- und Interessensgegensätze zurückzuführen sind. In der vorliegenden Arbeit handelt es sich dabei um die Beziehungen der Staaten Österreich und Nicaragua sowie um die Politik innerhalb Österreichs.

Die Geschichte ist essentiell, da in Bezug auf die Länderbeziehung hauptsächlich historisch und rückblickend geforscht wird. Die Soziologie spielt insofern eine Rolle, als die Frage zu Tage tritt, was der Begriff der Partnerschaft ist und sein sollte und dies auf Basis der geführten Interviews zu überprüfen versucht wird. Ebenso wird der Versuch einer Definition von Partnerschaft gewagt. Das „Wie“ spielt bei der Formulierung einer solchen Definition eine große Rolle, da nicht nur explizit, sondern auch implizit Gesagtes ausschlaggebend für die Definition und Interpretation der Partnerschaft innerhalb der geführten Interviews ist.

Im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Teildisziplin der Inhaltsanalyse werden unter anderem diese Aspekte genauer untersucht. Die Verknüpfung all dieser Disziplinen ist maßgeblich für die Transdisziplinarität der Arbeit.

Als Untersuchungsbasis diente eine qualitative empirische Studie anhand von halboffenen ExpertInneninterviews und Dokumentenanalysen. Die analysierten Dokumente sind ausgewählte Dreijahresberichte des BMEIA und für die Interviews werden aktuelle und ehemalige MitarbeiterInnen der OEZA in wichtigen Positionen der Regierungsebene (BMEIA, ADA) zu ihrer Definition von Partnerschaft und ihrer Einschätzung zu deren Umsetzung mit Nicaragua befragt.

Die Interviews wurden deshalb als die beste Methode gewählt, da sie die einzige Möglichkeit bieten, an interne Informationen sowie persönliche Meinungen heranzukommen. Auf den jeweiligen Homepages der Institutionen finden sich keine Definitionen zu Partnerschaft, sehr deutlich wird aber jedes Mal die Wichtigkeit derselben und einer „partnerschaftlichen Zusammenarbeit“ betont. (Nach Homepage ADA und BMEIA)<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> [www.entwicklung.at](http://www.entwicklung.at); [www.bmeia.gv.at](http://www.bmeia.gv.at) [18.05.2017, 20:34]

In Bezug auf die jeweiligen Definitionen kann durch die Interviews, anhand von Kategorienbildung, herausgefunden werden, was denn genau diese Partnerschaft ausmacht und was sie alles impliziert. Des Weiteren kann auf diese Weise die Art der Implementierung von Österreich aus untersucht werden.

Es wird davon ausgegangen, dass die Forschungsfrage „Welches Partnerschaftsverständnis vertritt die staatliche OEZA und warum? (Inwiefern) wurde diese ‚Partnerschaft‘ mit Nicaragua praktiziert?“ durch halboffene Interviews mit ExpertInnen, die über eine langjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit Ö-NIC verfügen, beantwortet werden kann.

Österreich und Nicaragua pflegten seit Beginn der 80er Jahre bis zur Schließung des Koordinationsbüros 2012 sehr intensive Beziehungen zueinander, daher kann eine Partnerschaft anhand dieser Zusammenarbeit sehr gut untersucht werden. Alle interviewten ExpertInnen waren gerne bereit über das Thema der Partnerschaft zu sprechen.

Nach weiterer Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb der Forschung und der Eingrenzung spezifischer Themenbereiche erfolgte eine theoretische Einbettung. Zudem wurden Vorannahmen sowie vorgefertigte Hypothesen erstellt, um halbstandardisierte Interviews führen können.

Diese variierten in Bezug auf die Fragestellungen je nach InterviewpartnerIn, führten allerdings immer zu bemerkenswerten Aufnahmen und ließen viel Raum für die individuellen Interessen und Interpretationen der GesprächspartnerInnen. Die Fragestellungen wurden leitend und dennoch offen formuliert. Ebenso wurde auf eine wertneutrale Sprache Wert gelegt, um die Erzählungen und Antworten nicht zu beeinflussen.

Eine theoretische Sättigung wurde bereits nach vier Interviews erreicht, auch wenn das „theoretical sampling“ in drei Fällen durch Schneeballverfahren erfolgte. Der vierte Interviewte wurde anhand von Recherchetätigkeit und persönlichem Interesse ausgewählt. Da die Einstellung zur und die Umsetzung der Partnerschaft innerhalb der staatlichen OEZA – Ebene untersucht wurde, waren die Interviews ausreichend.

Anhand der Qualitativen Inhaltsanalyse nach MAYRING (2015) und der Erstellung von Kategorien und Hauptthemen wurde aus den Interviews eine objektive Definition der Partnerschaft für die OEZA erstellt und diese mit der Dokumentenanalyse und den theoretischen Werken verknüpft. Durch die Rezeption entsprechender wissenschaftlicher Literatur, die Durchführung von ExpertInneninterviews und die Datenerhebung erfolgte eine sukzessive Zusammenstellung des Datenkorpus.

Im Anschluss erfolgte die Analyse der Daten, die innerhalb eines zyklischen Forschungsprozesses durch das Zusammenspiel von Feinanalyse, Hypothesenbildung und weiterer theoretischer Verdichtung zu Zwischenergebnissen führte. Dabei wurde auf einen zirkulären Forschungsprozess innerhalb von Fragestellung, methodischer Umsetzung und Datenmaterial Wert gelegt. Den Abschluss stellte der Rekonstruktionsprozess durch zusammenfassende Interpretation und Aufbereitung der Ergebnisse dar.

Der finale Teil ist eine Zusammenführung, in der der Theorieteil mit den Hypothesen mit dem Praxisteil und den Analysen verknüpft wird, um daraus eine vorübergehende Conclusio im Zuge dieser Arbeit zu erstellen.

### 1.3) Entwicklungszusammenarbeit & Positionierung im Postkolonialismus

Die Entwicklungszusammenarbeit hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen in Entwicklungsländern zu helfen, ihren Lebensstandard zu verbessern. Im Gegensatz zur Entwicklungshilfe, die bis in die 80er Jahre dazu diente, Menschen im globalen Süden durch technische und finanzielle Mittel aus dem globalen Norden zu unterstützen, fokussiert die Entwicklungszusammenarbeit auf eine Nord-Süd-Kooperation beziehungsweise Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang wird auch der Begriff der Partnerschaft in den 90er Jahren zu einem zentralen Bestandteil der EZA.

Der Entwicklungsbegriff und die „Entwicklung“ der Länder des Südens durch die Länder des Nordens erfährt in den 90er Jahren starke Kritik. Stimmen wie „Entwicklung schafft erst die Dritte Welt“, von Arturo ESCOBAR (1995) und die „Entwicklung der Unterentwicklung“, die mit der Anrede Trumans (Truman 1949) von einen auf den anderen Tag zwei Milliarden Menschen als „unterentwickelt“ deklariert, werden im Zuge des Post-Development ab den späten 80er Jahren laut. In postmoderner Tradition wird auch im Post-Development nach Alternativen zur Entwicklung gesucht. Diese, auch „skeptische Form des Post-Development“ genannt, lehnt Entwicklung nicht per se ab, sondern hinterfragt die Vorgehensweise kritisch.

Diese Arbeit verortet sich innerhalb des Poststrukturalismus in der postkolonialen Theorie, in der Sprache eine Realität (re-)produziert und Macht und Hierarchien durch Diskurse verfestigt. Sie ist eine neue Form des Kolonialismus, die neue Methoden und Zugänge nutzt, um andere (Länder sowie Menschen) zu dominieren. Die Postkoloniale Theorie zeichnet sich dadurch aus, dass sie ehemals koloniale Herrschaftsmuster und Machtungleichheiten in der Gegenwart

analysiert und zu dem Schluss kommt, dass diese noch stark von kolonialen Mustern geprägt sind und davon profitieren. Die postkoloniale Theorie beheimatet viele TheoretikerInnen, wobei für diese Arbeit die aktuelleren Werke von WHITFIELD, MQ QUAID, E.P. THAPA, GROVES & HINTON, GOMES etc. wegweisend sein werden.

Innerhalb des Entwicklungsdiskurses soll Partnerschaft als Konzept kritisch hinterfragt und auf mögliche unterschiedliche Machtverhältnisse untersucht werden. Die Rolle, die die Hegemonie eurozentrischer Sichtweisen hier spielt, ist ebenfalls zentral. Die Postkoloniale Theorie wurde gewählt, weil sie annimmt, dass trotz der „Entlassung“ der ehemals kolonialen Länder in ihre „Freiheit“ und Selbstständigkeit dennoch ungleiche Macht- und Hierarchiestrukturen existieren, welche sich nun anhand anderer Faktoren äußern. Der Postkolonialismus besagt einzig und allein, dass es trotz politischer Souveränität ein Fortbestehen imperialistischer Machtstrukturen in diversen Lebensbereichen gibt.

Dies ebnete den Weg, dem Bereich der OEZA und dem Konzept der Partnerschaft Aufmerksamkeit zu schenken. Es geht um die Annahme, dass auch die Entwicklungszusammenarbeit (noch immer) eine europäische Vormachtstellung darstellt, welche auf alte Kolonialvorstellungen und unhinterfragte Eurozentrismen<sup>8</sup> (Geber-Nehmer, Normen, Wissen) zurückzuführen ist. Innerhalb dessen soll die Frage gestellt werden, welche Rolle die Partnerschaft hier spielt.

Innerhalb der Postkolonialen Theorie erfolgt zudem die Auseinandersetzung mit den kritischen Werken einiger Autoren in Bezug auf Partnerschaft. STREETEN ist 1974 einer der ersten, die in „Grenzen der Entwicklungsforschung“ über die Problematik der Partnerschaft schreiben, gefolgt von BAAZ (2005) „*The Paternalism of Partnership*“, WHITFIELD (2010) „*The Politics of Aid*“ und CARBONNIER und KOTINEN (2014) „*North-South-Research-Partnerships*“.

Auffallend ist hier der Wissenschaftsimperialismus, der voraussetzt, dass Werke in englischer Sprache verfasst werden, um ein breites Verständnis zu ermöglichen, was dazu führt, dass es hauptsächlich englischsprachige Werke sind, die den Begriff der Partnerschaft beziehungsweise die Praxis derselben auf kritische Weise beleuchten.

CARBONNIER und KONTINEN (2014) vergleichen Partnerschaft mit Paternalismus und sagen:

“The donor sets the agenda and provides the funds to the recipient with a set of rules, accountability mechanisms and an oversight right. In a post-colonial context, such relationships are equated with paternalism and patronage (...) a weaker partner requires guidance and help from the stronger in a spirit of paternal care. In connexion with a colonial trusteeship, the donor

---

<sup>8</sup> Eurozentrismus: Siehe Glossar im Anhang

seems to know what is best for the recipient and acts accordingly.” (Carbonnier & Kotinen 2014: 5)

Wenn also Partnerländer gewisse Regeln vorgeben und eine Geber-Nehmer-Haltung beibehalten, die gewisse Hierarchien der schwächeren und stärkeren „Partner“ impliziert, dann handelt es sich für CARBONNIER und KOTINEN nicht um eine Partnerschaft, sondern um Paternalismus.

Hier ist es STREETEN (1974) in „Grenzen der Entwicklungsforschung“ der den „Wissensimperialismus“ und die, laut ihm, fehlende Reziprozität im Wissensaustausch anprangert. In den Beziehungen der Geber und Nehmer findet laut STREETEN ein Wissensaustausch statt, der auch die von CARBONNIER und KOTINEN erwähnten Hierarchien impliziert. Wie kann partnerschaftlich agiert werden, wenn es sich um einen Wissenstransfer von Nord nach Süd handelt, der nahezu unhinterfragt ausgeübt und dessen Reziprozität nicht angedacht wird? Kann es sein, dass das Ö-Partnerschaftsverständnis Reziprozität nicht berücksichtigt? Und wenn ja, kann man dann ohne diese von Partnerschaft sprechen? Laut STREETEN ist das nicht möglich, da für ihn Partnerschaft ohne diese Reziprozität schlicht und einfach nicht möglich ist. (vgl. Streeten 1974: 42)

BAAZ (2005) schreibt in „*The Paternalism of Partnership*“, ganz nach postkolonialer Manier, dass die Hilfeleistungen von Nord nach Süd zwar oft kritisiert und auch gleiche Partnerschaften eingefordert werden, die Praxis jedoch ganz anders aussieht, nämlich so, dass die Bilder eines überlegenen, aktiven und effizienten Gebers, dem eines passiven und unzuverlässigen „Partners“ (Nehmers) gegenüberstehen und auch so reproduziert werden. BAAZ bringt Licht in die Entwicklungshilfepraxis der Geber und kritisiert im Konkreten die Nord-Geberländer Tansanias. (Nach Baaz 2005)

Laut WHITFIELD war es in den 1990er Jahren, als die Gebergemeinschaft begann ihre Rhetorik im Bezug auf EZA zu ändern, von *Conditionality* hin zu Partnerschaft. (vgl. Whitfield 2010: 74f.) Sie betont, dass Konditionalität seit den 1990ern nicht mehr gut bei den Nehmerländern angekommen ist und diese langsam begannen sich zu weigern, ihre Richtlinien zu akzeptieren, wodurch ein Druck auf die Gebergemeinschaft entstand, sich neue Begriffe zu überlegen, um den Rückgang an Geldflüssen zu stoppen. (vgl. ebd.: 77) Das ist die Zeit, in der laut WHITFIELD das DAC (Development Assistance Committee) der OECD beginnt den Begriff der Partnerschaft als neue Art der Geber-Nehmer-Beziehung einzuführen. (vgl ebd.)

Anhand dieser fünf Autoren und ihrer Werke sowie der geführten ExpertInneninterviews soll nun das Konzept der Partnerschaft der OEZA und ihre Umsetzung im konkreten Fall Nicaragua

untersucht werden. Im Grunde ergänzen sich all diese Autoren in ihren Aussagen über Partnerschaft, trotz unterschiedlicher Blickwinkel und Untersuchungsgegenstände. Aus diesem Grund gilt es herauszufinden, ob diese Kritikpunkte auch in der Beziehung OEZA-NIC zutreffen.

## 2) Ausgangsverständnis von Partnerschaft

Der Begriff der Partnerschaft kann je nach Disziplin verschiedene Bedeutungen haben. Für diese Arbeit soll das Partnerschaftsverständnis der staatlichen, österreichischen Entwicklungszusammenarbeit untersucht und auf ihre Beziehung mit Nicaragua geprüft werden. Im Folgenden wird der Untersuchungsgegenstand der staatlichen OEZA kurz beschrieben, des Weiteren soll der Begriff der Partnerschaft in seiner Komplexität in diesem Kapitel genauer beleuchtet werden.

### 2.1) OEZA

Innerhalb der OEZA bilden den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit die zwei staatlichen Hauptakteure, das Bundesministerium für Äußeres (BMEIA) und die Austrian Development Agency (ADA), welche im Folgenden kurz vorgestellt werden.

#### BMEIA (Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres)

Das BMEIA besteht aus dem Ministerium in Wien sowie 80 Botschaften, fünf ständigen Vertretungen bei internationalen Organisationen, acht Generalkonsulaten, 300 Honorarkonsulaten und 29 Kulturforen, 13 ADA-Auslandsbüros und acht Österreich-Instituten des ÖIF (Österreichischer Integrationsfond). Innerhalb des BMEIA ist die Sektion VII für die Entwicklungspolitik und EZA zuständig. 2002 wurden achtzig Projekte durch das BMEIA in den Schwerpunktbereichen finanziert. Diese Projekte werden über österreichische Firmen oder direkt von lokalen Projektträgern realisiert. (vgl. BMaA 2002: 21 & BMaA 2004: Außenpolitischer Bericht 2003:127)

#### ADA (Austrian Development Agency)

Die ADA wurde 2004 gegründet und dient als Durchführungsorganisation von Projekten des BMEIA. Das Budget der ADA stellt das BMEIA, aber auch EU-Förderungen und OeEB

(Österreichische Entwicklungsbank) finanzieren die ADA. Der Hauptgrund für die Gründung war die Trennung von administrativen und gesetzlichen Angelegenheiten (BMEIA, Sektion VII) und der Praxis beziehungsweise Durchführungsagentur (ADA). (vgl. DAC Peer Review 2009: 53)

Die folgenden zwei Definitionen für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit enthalten auch den Untersuchungsgegenstand der Partnerschaft, auf welchen im nächsten Kapitel genauer eingegangen wird.

„Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Länder in Afrika, Asien, Zentralamerika sowie in Südost- und Osteuropa bei ihrer sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist Teil der österreichischen Außenpolitik. Das Außenministerium ist für die strategische Ausrichtung verantwortlich. Die Austrian Development Agency (ADA) ist für die Umsetzung aller Programme und Projekte in den Partnerländern verantwortlich und verwaltet das dafür vorgesehene Budget.“ (BMEIA: Studie\_EZA 2013:19, Hervorhebung hinzugefügt)

„Unsere Entwicklungsprojekte bieten Perspektiven vor Ort und schaffen Stabilität durch: Arbeitsplätze, Armutsbekämpfung, Bildung, Nachhaltigkeit, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Partnerschaften, Gleichstellung“ (BMEIA.at, Hervorhebung hinzugefügt)

## 2.2) Immaterielle Faktoren der EZA

B. GOMES beschreibt die Entwicklungszusammenarbeit als ein umfangreiches, heterogenes und komplexes Gebilde, welches sich aus verschiedenen Akteuren, Motiven, Zielen und Konzepten zusammensetzt. (vgl. Gomes In: B. Gomes, I. Hanak, W. Schicho et. alli. 2006:11) Deren Gemeinsamkeit sei die Legitimierung der Präsenz in den Entwicklungsländern und die Interventionen, durch welche sie wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Länder sowie die Denkkonzepte und Gestaltung der Beziehungen nehmen können. (ebd. vgl. :12)

Laut SCHICHO und NÖST ist es für ein umfassendes Verständnis der Entwicklungszusammenarbeit unumgänglich, über dessen Konzepte und Strategien zu reflektieren. Die beiden Autoren weisen hier auf den raschen Wandel der Konzepte hin, welche es den Akteuren ermögliche, Kritik zu entkommen, ohne auf die eigenen Ziele verzichten zu müssen. Genannt werden hier unter anderem die Konzepte der Entwicklung, der Partnerschaft und des *Empowerment*. (vgl. Schicho und Nöst, In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003: 48ff.)

Um das Verständnis des Konzeptes der Partnerschaft im Zuge dieser Arbeit besser verdeutlichen zu können, werden anschließend wesentliche immaterielle Faktoren der EZA beschrieben. Einige davon werden heute oft synonym verwendet. Auch fällt es aufgrund der Menge an standardisiertem Vokabular schwer, die Begriffe voneinander abzugrenzen und verstehen zu können. Daher werden im Folgenden ähnliche Konzepte kurz erklärt, um sie vom Konzept der Partnerschaft abgrenzen, aber auch die bestehenden Verbindungen verstehen zu können.

## **Partizipation**

Die Partizipation, wie wir sie im Entwicklungszusammenarbeits-Kontext verwenden, hat laut CHAMBERS in den 1980er Jahren begonnen sich als Praxis zu etablieren. (vgl. Chambers 1994: S: 3)

HICKEY und MOHAN haben Partizipation 2004 untersucht und festgestellt, dass die Entwicklungstheorie und die Praxis der Partizipation stark voneinander abweichen, da sie auf institutionellen und ideologisch unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven aufbauen. Diese haben sich in den späten 90er Jahren laufend gewandelt und zu Begriffsverwirrungen geführt. (Nach BMZ, 2002 & Hickey&Mohan 2004)

Auch heute noch fällt es schwer, eine eindeutige Definition zu finden. Der Psychologe RICHARD SCHRÖDER definiert Partizipation als Lösungsfindungsmodell für Entscheidungen und Probleme einer Gesellschaft. Sherry ARNSTEIN definiert sie als die „Teilhabe an Entscheidungsmacht“. Laut ihr sei Partizipation demnach die Verteilung von Entscheidungsmacht und das Verhältnis zwischen einzelnen AkteurInnen. (Nach Größe-Ötringhaus 2007)

Gudrun LETTMAYER vom Joanneum Research sagt über Partizipation:

"Eine partizipative Kooperation ‚auf Augenhöhe‘ - besonders interkulturell - benötigt Zeit und ist ein Prozess, der nur bedingt planbar ist und auf dessen Risiken und Chancen man sich bewusst einlassen muss."- (Gudrun Lettmayer, Joanneum Research in BMZ 2002)

Paulo FREIRE, der brasilianische Pionier der Entwicklungsforschung, definiert Partizipation als „die Ermächtigung der Basis“. Er unterscheidet zwischen passiver und aktiver Partizipation, wobei die passive Partizipation dort stattfindet, wo bereits ein Entwicklungsprojekt steht und die aktive Partizipation auch die Ideen, die Projektplanung und die Umsetzung miteinschließt. (vgl. BMZ 2002)

Für Ulrike URBAN heißt Partizipation die Beachtung der festgesetzten Strukturen unter Berücksichtigung der jeweiligen AkteurInnen:

„Strukturen ermöglichen und fördern Partizipation, können sie aber ohne die Aktivität des Einzelnen nicht sichern. Umgekehrt gestaltet der Einzelne Partizipation, kann aber in der Regel nur im Rahmen der strukturellen Möglichkeiten handeln.“ (Größe-Ötringhaus 2007 <sup>9</sup>)

Daher sollten Gesetze, Regelungen und Konventionen an erster Stelle stehen, um Partizipation zu gewährleisten. In der Entwicklungszusammenarbeit handelt es sich bei der Partizipation allerdings um eine Art freiwillige Richtlinie, deren Nicht-Erfüllung keinerlei rechtliche Konsequenzen nach sich zieht.

Als Konsens lässt sich festhalten, dass es sich hierbei um einen Prozess handelt, der versucht alle AkteurInnen in bestimmten Etappen des jeweiligen Projektes, in unterschiedlicher Tragweite, miteinzubeziehen.

KLOSER (2006) schreibt hierzu:

„Partizipative Zugänge (...) implizieren jedoch oftmals die Idee der Ermächtigung von Gruppen durch strategische Interventionen ‚erleuchteter ExpertInnen‘, die für die Vorantreibung einer Entwicklung ‚von unten‘ wissenschaftliche Methoden gebrauchen und mit Hilfe lokaler Vermittlungsorganisationen diese Entwicklung in Gang setzen.“ (Kloser 2006: 42)

„Es besteht eine Tendenz, das Bild von ‚wissenderen und machtvolleren Außenseitern‘ zu erschaffen, die den ‚machtloseren und wenig scharfsichtigen lokalen AkteurInnen‘ helfen.“ (ebd.:42)

Partizipation meint demnach die Teilnahme an einem Projekt, das Mithelfen, das Durchführen und auch das Unterstützen. Wenn Partizipation allerdings eine Hierarchie und Machtungleichheit impliziert, indem die Mächtigen die Schwächeren teilhaben lassen, kann dann im gleichen Atemzug auch von einer Partnerschaft gesprochen werden, die auf Vertrauen, Gleichheit und gleicher Anteilhabe an einem Programm oder Projekt beruht?

### **Konditionalität – *Ownership***

*Ownership* meint die Eigenverantwortung beziehungsweise Selbstbestimmung von Ländern. Im Sinne aktiver Partizipation geht es darum, benachteiligten Bevölkerungsgruppen verstärkt zu *Ownership* – das heißt zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung – zu verhelfen. Sie sollen nicht von außen zum *Empowerment* befähigt oder ermutigt werden, wie dies oft in Hilfe-zur-

---

<sup>9</sup> <http://www.freire.de/node/102> [23.04.2017; 15:27]

Selbsthilfe, oder rein wohltätigen Ansätzen der Fall war, sondern als Hauptakteure ihres eigenständigen Prozesses agieren. Die Identifikation mit einem Vorhaben spielt in diesem Kontext eine wesentliche Rolle. (vgl. partizipation.at)

WHITFIELD schreibt, dass *Ownership* ein sehr vager Begriff ist, weshalb es wichtig ist, zu wissen, wie er definiert ist, wie ihn andere nutzen und wieso er für uns wichtig ist. Laut ihr läuft die Diskussion bereits seit den 80er Jahren und damals wurde *Ownership* als Synonym für den „Grad an Bereitschaft der Nehmer, die Reformen der Geber umzusetzen“ gebraucht. Die Verwechslung von *Ownership* mit *Control* oder *Commitment* geschieht laut WHITFIELD auch heute noch. (vgl. Whitfield 2010:3)

*Conditionalities* meinen die Vorgaben der Geber-, an die Nehmerländer, um Programme oder Projekte in den jeweiligen Ländern finanzieren zu können. Hier werden sowohl finanzielle als auch rechtliche beziehungsweise ideologische Vorgaben festgesetzt, die das Nehmerland zu bestimmten Bedingungen zu erfüllen hat. Diese Vorgaben können Umweltbedingungen, Genderungleichheiten, Korruption, Demokratie und Weiteres enthalten. Erfüllen die Nehmerländer diese Aufgaben nicht, so kann das Geberland aufhören Projekte zu finanzieren beziehungsweise Gelder zu überweisen.

Laut UK Policy Paper 2005 wurden diese *Conditionalities* häufig nicht eingehalten. Manchmal wurden Geldflüsse ohne nachvollziehbare Gründe gestoppt und manchmal wurden Länder weiterhin finanziell unterstützt, obwohl die Vorgaben nicht eingehalten wurden. (UK Policy Paper, March 2005: 6)

Die Diskussion innerhalb der EZA betrifft die Notwendigkeit von Konditionalitäten oder, genauer gesagt, die Notwendigkeit einer gewissen Art von Konditionalitäten. Man geht von folgender Prämisse aus: Je weniger *Conditionalities* einem Land vorgeschrieben werden, umso mehr *Ownership* besäße es, umso selbstbestimmter könne es agieren.

### ***Empowerment***

Laut HERRINGER ist *Empowerment* ein Entwicklungsprozess, in dem Personen die Kraft gewinnen, die sie brauchen, um ein „besseres Leben“ zu führen beziehungsweise das Vermögen von Menschen, Belastungen ihres Alltags alleine zu überwinden, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Erst in einem transitiven Sinn bedeutet *Empowerment* die Ermächtigung von Menschen durch andere. (vgl. Herringer 2006: 13, 15, 17)

Auch wenn der Machtbegriff laut RACHBAUER nicht geklärt ist und es demnach schwerfällt, sich darauf zu einigen, wieso gewisse Akteure sich ermächtigen müssen (Nach Rachbauer 2010), wird *Empowerment* seit den 80er- beziehungsweise 90er-Jahren in der EZA sehr gerne verwendet.

ROWLANDS (1997) schreibt, dass es sich hier um einen diffusen Begriff handelt, der verschiedene Interpretationsmöglichkeiten bewusst offenlässt, um sich alleine auf die „gute Intention“ berufen zu können. (Rowlands 1997: 7-8)

RACHBAUER bezieht sich hier auf FRIEDMANN (1992), wenn er sagt, dass *Empowerment* von der Bevölkerung kommen und unterprivilegierte Gruppen ihre eigene Stimme entwickeln sollen, aber dass externe Unterstützung dafür notwendig ist. (Rachbauer 2010:67)

Zusammenfassend meint Partizipation die Anteilhabe an einem Projekt, oder ein gewisses Mitbestimmungsrecht in einem vorgegebenen Rahmen. *Conditionalities* sind Vorgaben der Geberländer, welche die Nehmerländer verpflichtet sind zu bestimmten Konditionen zu erfüllen. *Ownership* meint die Selbstbestimmung der Nehmerländer, welche nur ohne *Conditionalities* gewährleistet sein kann und *Empowerment* bedeutet im Sinne der Entwicklungshelfer die Ermächtigung einer Bevölkerungsschicht, die unterdrückt ist.

GRÖBE-ÖTRINGEN geht davon aus, dass *Empowerment* vor der Partizipation kommen muss, denn er sagt, dass *Empowerment* Menschen erst dazu befähigt partizipativ zu handeln. (Nach Größe-Ötringen 2007) Wenn *Empowerment* vor Partizipation kommen muss, handelt es sich dann bei diesen immateriellen Faktoren der EZA um eine Art „eurozentristisches Entwicklungsmodell“<sup>10</sup>, in dem Konditionalitäten der Nordländer den Ausgangspunkt darstellen, gefolgt von *Empowerment*, welches Partizipation einleitet, was wiederum *Ownership* auslöst und schlussendlich zu gleichberechtigten „Partnern“ führt?

“If partners ‘own’ priorities, plans and programmes, they are more likely to exercise effective leadership in getting donors to align to national objectives and strategies, and to use the country’s own systems for public financial management, procurement, statistics, and so on, and to help strengthen these systems.” (OECD 2009: 35)

Der OECD Aid Effectiveness Report bezieht sich hier auf die Pariser Agenda, die davon ausgeht, dass Entwicklung nur dann erfolgreich sein kann, wenn das Partnerland die Führung übernimmt. (vgl ebd.: 13) Die Frage, die sich hier allerdings stellt, ist, wie überhaupt von

---

<sup>10</sup> Gedankenspiel eines Stufenmodells für „Partnerschaft“, basierend auf den genannten immateriellen Faktoren und deren Verbindungen, um die Komplexität zu verdeutlichen. Als Basis dient die modernisierungstheoretische Stufentheorie von W. W. Rostow (1960), der die „Entwicklung“ eines Landes von der „traditionellen Gesellschaft“ bis hin zum „Massenkonsum“ beschreibt. Rostows Modell soll dadurch nicht befürwortet werden.

Partnern die Rede sein kann, wenn sie kein *Ownership* haben. Was sind dann solche Partner, die keine Selbstbestimmung haben, handelt es sich dann nicht wieder um Paternalisierte, wie es CARBONNIER und KOTINEN ausdrücken? (vgl. Carbonnier&Kotinen 2014:5) Daher wollen wir im Folgenden diese Partnerschaft genauer betrachten, um herauszufinden, was sie denn ist und woher sie kommt.

## **Partnerschaft**

Ein sehr wichtiger immaterieller Faktor, der in den letzten Jahrzehnten an Aufmerksamkeit und Wichtigkeit gewonnen hat, ist der der Partnerschaft. Für diese Arbeit ist es wichtig, ihn von anderen Begriffen abzugrenzen, um zu verdeutlichen, dass es sich hier um einen eigenständigen Begriff handelt, der in die EZA aufgenommen wurde, ohne als solcher genauer hinterfragt oder definiert worden zu sein. Ursprünglich kommt „Partner“ aus dem Spätlateinischen und meint „Teilhaber“. Ab der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts und durch Goethe wurde der Begriff „Partner“ in den deutschen Sprachgebrauch eingegliedert.

„Partner, M., Partner<, 19. Jh. (Goethe 1814 bzw. häufiger 2. H. 19. Jh.) Lw. ne. partner, M., Teilhaber, Partner< (...) aus spätlat. partionarius, M., Teilhaber<, zu lat. partitio, F., Teilung<, zum Part. Prt. partitus von lat. partire, partiri, V., teilen<, zu lat. pars, F., Teil“ (Deutsches Etymologisches Wörterbuch 1995)

Die Partnerschaft an sich ist ein Konzept, bei dem davon ausgegangen wird, dass sie jedem Menschen in gewisser Weise vertraut zu sein scheint und in jedem Fall positiv konnotiert ist. Dennoch gibt es nicht nur die eine, sondern verschiedene Arten der Partnerschaft, ob diese nun wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Natur sind. Wenn wir die einzelnen Definitionen der unterschiedlichen Disziplinen hernehmen und durchlesen, ergibt sich folgendes Bild:

Das Gabler Wirtschaftslexikon beschreibt Partnerschaft als ein Zusammenspiel von fünf Hauptkriterien: Mitbestimmung, Erfolgsbeteiligung, Kapitalbeteiligung, Internationale strategische Allianz und Arbeitsplatzmitbestimmung. ([www.wirtschaftslexikon.gabler.de](http://www.wirtschaftslexikon.gabler.de)) Picciotto meint, dass Partnerschaft für die Geschäftswelt eine Organisationsform ist, in der alle Beteiligten die unbeschränkte Haftung für die Schulden der Organisation sowie die gemeinsame Kontrolle über das Management besitzen. (Picciotto 2004:59)

Die Soziologie versteht Partnerschaft laut Brockhaus wie folgt:

„Prinzip des vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen Personen, Organisationen oder auch Staaten, die ihre Ziele nur gemeinsam unter gegenseitiger Kompromissbereitschaft, auch unter Einsatz entsprechender institutionalisierter Konflikt- und Kompromissregelung erreichen können (z. B. Sicherheitspartnerschaft, Sozialpartnerschaft).“ (Brockhaus 2017)

In der Politik reicht der Begriff von PPP (*Public Private Partnership*) über PfP (*Partnership for Peace*) bis zur EPA (*Economic Partnership Agreement*). PPPs definiert MQ QUaid als Kooperation zwischen Menschen oder Organisationen im privaten oder staatlichen Sektor zum beidseitigen Nutzen. (vgl. MQ Quaid 2000: 11) Er hebt in seinem Artikel hervor, dass es sehr viele unterschiedliche Definitionen von PPPs, aber auch von Partnerschaft an sich gibt, wonach er Partnerschaft als variierendes und mehrdeutiges Konzept bezeichnet. (vgl. ebd.: 13) Zu den EPAs meint eine Interviewpartnerin:

„Und die EU, ist das ein Freihandelsvertrag? Aber an sich sind diese Partnership Agreements sehr kritisiert, grad, was das Partnerschaftliche betrifft. Die heißen nur so, sag ich. Es sind Wirtschaftskooperations- oder Freihandelsabkommen, im Prinzip.“ (Interview I)

Da sich die Definitionen und Konzepte der Partnerschaft also innerhalb der Disziplinen grundlegend voneinander unterscheiden, stellt sich die Frage, welcher Art der Partnerschaft nun die EZA-Partnerschaft zuzuordnen ist. Von Partnerländern, über Partnerorganisationen, Städtepartner, Organisationspartner bis hin zu partnerschaftlichem Handeln bieten sich hier mehrere Optionen.

Im Duden wird ein Partnerland als „Land, das zu einem anderen Land enge wirtschaftliche, politische, kulturelle o.ä. Beziehungen unterhält“ bezeichnet. (vgl. [www.duden.de](http://www.duden.de)) Was „Partnerschaft/partnerschaftlich“ per se bedeutet, dazu gibt es auch im Duden keine Auskunft.

Die EU bringt 2005 ein 64-seitiges Toolkit für eine gleichberechtigte Partnerschaft heraus, in der sie ein partnerschaftliches Handeln anhand von Planung, Monitoring und Evaluierung der Projekte vorgibt. Bei der Definition von Partnerschaft findet man im Glossar allerdings nur Folgendes:

„Development Partnership (DP) is the term used within a Programme to describe a Partnership.”  
“Partnership is a consortium of a number of organisations who have signed up to being a partner of a formalised group such as a DP.” (EU-EQUAL Partnership Development Toolkit 2005:51 & 52)

Übersetzt handelt es sich bei Partnerschaft um ein Konsortium einer bestimmten Anzahl von Organisationen, die Partner einer formierten Gruppe, wie Entwicklungspartnerschaft sein wollen und Entwicklungspartnerschaft ist die Bezeichnung, die innerhalb eines Programmes genutzt wird, um eine Partnerschaft zu beschreiben. Das beantwortet nicht die Frage, was denn „Partner/ Partnerschaft“ ist, beziehungsweise aus welchen Kriterien diese besteht.

Picciotto definiert Partnerschaft in der “Evaluation and Development”-Ausgabe der Weltbank von 2004 über partnerschaftliches Handeln als „joint rights and responsibilities in a common enterprise set up with the understanding that there shall be a ‘communion of profit’ between the

parties.” (Picciotto 2004: 63) Er bezieht sich auf die gemeinsamen Rechte und Pflichten innerhalb eines Projektes oder Unternehmens, basierend auf einem Verständnis, dass beide Seiten davon profitieren sollten.

Auf den Seiten der staatlichen Entwicklungsakteure Österreichs, ADA und BMEIA findet sich u.a. Folgendes zur Partnerschaft:

„Gemeinsam werden nach den Prinzipien Partnerschaft, Nachhaltigkeit und Hilfe zur Selbsthilfe Projekte abgewickelt“ (ADA.at – Entwicklung Länder/Gemeinden)

“Prioritäten umsetzen (...) Partnerschaftlich vorgehen“ (BMEIA-DJP: 9)

„Partnerschaft kann sich nur entwickeln, wenn wir einander auf Augenhöhe begegnen, gemeinsam planen und Projekte gemeinsam durchführen“ (BMEIA-DJP: 14)

Auf der Homepage des BMEIA wird angesprochen, dass es sich bei „einander auf Augenhöhe begegnen“ um eine Art der Gleichheit handelt, durch die sich Partnerschaft entwickeln kann. „Gemeinsam Projekte planen und durchführen“ lässt darauf schließen, dass es sich hier um mehr als nur Partizipation handelt. Dennoch wird hier explizit das „Entwickeln einer Partnerschaft“ angesprochen, was darauf schließen lässt, dass diese Partnerschaft ein Prozess ist, der noch nicht vollendet wurde.

Zu den aktuellen Rahmenbedingungen der 17 SDGs (Sustainable Development Goals) schreibt die ADA 2015 in ihren Geschäftsbedingungen: „Der Schlüssel dazu ist die Eigenverantwortung aller Länder. Für unsere Partnerländer heißt das, dass sie ihren Entwicklungsweg selbst bestimmen und verantworten.“ (ADA-Geschäftsbericht 2015: 25) Hier kommt wieder das Konzept der Eigenverantwortlichkeit, der *Ownership* ins Spiel. Die Frage, die sich hier auftut, ist, ob diese Selbstbestimmung und Eigenverantwortung vor den SDGs nicht in dieser Art erreicht worden ist beziehungsweise ob Partnerschaft nicht immer *Ownership* voraussetzt.

SCHICHO und NÖST (2003) meinen, dass Partnerschaft „die Antwort der globalen Gebergemeinschaft auf den Vorwurf, Entwicklungszusammenarbeit sei wie in kolonialen Zeiten geprägt durch Vormundschaft und Paternalismus. (Schicho und Nöst, In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003: 51) Sie untermauern dies 2006, wenn sie sagen, dass sich die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der Südländer nach der Kolonialzeit verschlechtert haben, was ihrer Meinung nach darauf hinweist, dass sich außer dem neuen Namen nicht viel am Entwicklungsdiskurs verändert habe. (vgl. Schicho und Nöst, In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 50)

CARBONNIER und KONTINEN (2014) vergleichen Partnerschaft mit Paternalismus und sagen:

“The donor sets the agenda and provides the funds to the recipient with a set of rules, accountability mechanisms and an oversight right. In a post-colonial context, such relationships are equated with paternalism and patronage (...) a weaker partner requires guidance and help from the stronger in a spirit of paternal care. In connexion with a colonial trusteeship, the donor seems to know what is best for the recipient and acts accordingly.” (Carbonnier & Kotinen 2014: 5)

Hervorzuheben ist hier auch, dass von dem Geber und dem schwächeren Partner die Rede ist. Häufig findet sich dieser Diskurs in der Entwicklungszusammenarbeit. Partner sind meistens die Länder des globalen Südens und für den globalen Norden findet sich vermehrt der Ausdruck der Geber oder des Gebers.

Pavel KABAT, Generaldirektor und Geschäftsführer der IIASA (Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse) schreibt aktuell auf der Homepage der ADA, dass es echte Partnerschaften braucht. Diese befinden sich laut ihm noch in den Kinderschuhen und es müsse der Staatengemeinschaft gelingen, echte Partnerschaften einzugehen, um an einer nachhaltigen Zukunft zu arbeiten. (vgl. [entwicklung.at/ada](http://entwicklung.at/ada), April 2017)

Diese echten Partnerschaften, die von Kabat genannt werden, werden hier nicht weiter beschrieben. Man kann demnach nur vermuten, was der Unterschied zwischen Partnerschaft und einer echten Partnerschaft sein soll. Ziemlich deutlich zeigt diese Aussage auf der Homepage der ADA allerdings, dass es innerhalb der Partnerschaft unterschiedliche Ausprägungen geben kann.

SCHICHO und NÖST (2003) bringen in diesem Zusammenhang den Begriff des trojanischen Pferdes auf, wenn sie sagen, dass der Entwicklungsdiskurs nur unter neuem Namen, jedoch weiterhin unter der Verwendung alter Konzepte geführt wird. (vgl. Hödl, In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003:51f.) Als Beispiel nennen die AutorInnen hier das Partnerschaftsabkommen von Cotonou<sup>11</sup> und die sehr vage Verwendung der Begrifflichkeiten Partizipation, partnerschaftlich und Partnerschaft. Laut den AutorInnen handelt es sich bei dieser Partnerschaft um „Das Ergebnis eines von unterschiedlichen Parteien abgeschlossenen Vertrags, in dem die Rechte und Pflichten durchaus unterschiedlich formuliert und durchsetzbar sind.“ (Schicho und Nöst, In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003: 53)

Obwohl „Partnerschaft“ seit den 90er Jahren fester Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit zu sein scheint, kommen die Akteure der internationalen Entwicklungszusammenarbeit 2011 im *High Level Forum* in Busan zu dem Bekenntnis einer

---

<sup>11</sup> Siehe Kapitel 3, Seite 37

„Neuen globalen Partnerschaft“ und der Forderung, Dichotomien zwischen Geber- und Empfängerländern aufzulösen und alle zu gemeinsamen Entwicklungszielen zu motivieren. (vgl. Obrovsky et. alli. 2012: 9)

Kann man davon ausgehen, dass diese Partnerschaft eben genau das nach außen hin bewirken soll, was ROWLANDS über *Empowerment* schreibt, nämlich primär die „reine gute Absicht“ darzustellen? ROWLANDS schreibt hier über Partnerschaft, dass es Unterschiede zwischen Rhetorik und Praxis gibt, da vielleicht partnerschaftlich gesprochen wird, in der Praxis allerdings dann strikt kontrolliert wird, was der Partner machen kann oder darf. (vgl. Rowlands 1997:152) SCHICHO und NÖST (2003) geht es ebenfalls darum, was Partnerschaft vorgibt zu sein, aber nicht eingehalten werden kann, nämlich ein Vertrauensverhältnis zwischen gleichen Partnern mit gleichen Zielen. (vgl. Schicho und Nöst, In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003:53)

„Wenn wir heute von Partnerschaft mit der Dritten Welt sprechen, müssen wir uns bewusst sein, welche persönlichen Verpflichtungen wir auf uns nehmen. Dies verlangt im Besonderen, dass wir uns auch mental – und nicht nur sprachlich – von unseren früheren Vorstellungen lösen.“ (Roland Ris 2001, In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003:54)

RIS spricht hier den allgemeinen Diskurs der Partnerschaft an, welcher geprägt ist von einem Vokabular der Gleichstellung, zweifelt allerdings daran, dass dieser Wandel über die sprachlichen Formalitäten hinausgeht und tatsächlich die impliziten, veralteten (Hierarchie- und Vormacht-) Vorstellungen der Entwicklungsorganisationen beziehungsweise der Geberländer revidiert oder reformiert.

GOMES (2006) spricht innerhalb dieser Beziehungen davon, dass die Herausbildung von Partnerschaften von den Zielen und Interessen der Gebergemeinschaft abhängt und asymmetrische Machtverhältnisse und konstruierte Abhängigkeiten impliziert. (vgl. Gomes, In: B. Gomes, I. Hanak, W. Schicho et. alli. 2006: 11f.) Sie meint weiters, dass die Entstehungs- und Bedeutungsgeschichte von u.a. Partnerschaft mit der Rechtfertigung und Aufrechterhaltung bestimmter Einstellungen und Handlungsweisen ehemaliger Kolonialmächte zusammenhängt. (vgl. ebd.: 12-13) Hier nennt sie auch die Rolle der Kultur und die damit einhergehende Diskriminierung des Südens als unterlegene Kultur und Zivilisation innerhalb des Denkkonzeptes des Globalen Nordens. Darüber hinaus betrachtet sie hier die Schlüsselbegriffe „Wissen“, „Intelligenz“, „Leistungsfähigkeit“ und „Nachholbedarf“ als problematisch, da sie diskriminierende Vorstellungen implizieren und das Verhalten der Geber gegenüber ihren jeweiligen PartnerInnen beeinflussen. (vgl. ebd.: 19-20)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Partnerschaft ein komplexes Konzept ist, welches unterschiedliche Vorstellungen, Definitionen und Umsetzungen beherbergt sowie oftmals heftiger Kritik ausgesetzt ist. Obwohl *Empowerment*, Konditionalitäten, *Ownership* und Partizipation diesen (internationalen) Partnerschafts-Diskurs durchaus zu prägen scheinen, ist es schwer, eine konkrete Definition ausfindig zu machen, die gewissen internationalen Standards beziehungsweise Normen entspricht. Auch die OECD und der DAC sind in ihrem „DAC glossary of Key terms and Concepts“ nicht in der Lage, Partnerschaft genauer zu definieren (vgl. DAC-glossary).

Für die vorliegende Arbeit interessiert uns das Verständnis der staatlichen OEZA von Partnerschaft, um den Untersuchungsraum somit einschränken und auf dieser Basis die Beziehungen Österreichs mit Nicaragua untersuchen zu können. Die offiziellen Anmerkungen zum partnerschaftlichem Vorgehen der ADA oder des BMeiA lassen viel Raum zur Interpretation und sind daher zur Analyse nicht ausreichend. Im Folgenden wurde versucht die Partnerschaft anhand von Interviews mit ausgewählten ExpertInnen der OEZA zu analysieren sowie auf deren Basis einen Vorschlag einer allgemein gültigen Definition von Partnerschaft für die OEZA zu erstellen.

## 2.2) Arbeitsdefinition

Da es keine einheitliche Definition von Partnerschaft im internationalen Kontext zu geben scheint, wurde im Zuge dieser Arbeit ein Vorschlag einer Definition der Partnerschaft für die staatliche österreichische Entwicklungszusammenarbeit herausgearbeitet. Um zu einer relevanten Arbeitsdefinition der Partnerschaft innerhalb der staatlichen OEZA zu kommen, habe wurden die geführten ExpertInneninterviews anhand der Qualitativen Inhaltsanalyse nach MAYRING (2015) valuiert.

Die Auswertung führt bereits zu der Beantwortung eines Teils der Forschungsfrage, nämlich „Wie lautet das staatliche österreichische Partnerschaftsverständnis?“ und dient in weiterer Folge als Kriterium zur Überprüfung, ob beziehungsweise inwiefern diese Art der Partnerschaft in der OEZA mit Nicaragua praktiziert wurde.

Es wurde eine induktive Kategorienbildung nach MAYRING (2015) erstellt. Hierbei wurde das Material - die geführten Interviews - als Untersuchungsgegenstand festgelegt. Die

Grobanalyse<sup>12</sup> der Interviews bezog sich auf die Reduktion des Interviewmaterials auf das Selektionskriterium, welches die Hauptaussagen der ExpertInnen in Bezug auf die explizite Definition und das explizite Verständnis von Partnerschaft darstellte. In Folgenden werden ausgewählte Auszüge dieser Hauptaussagen der InterviewpartnerInnen kurz angeführt, um die Exzerption der Interviewpassagen sowie deren Analyse zu verdeutlichen.

#### a) **Hauptaussagen**

Es erschien hier notwendig die Begriffe *Definition* von *Verständnis* voneinander zu trennen, da es sich bei einer Definition um festgelegte Normen handelt und ein Verständnis sehr divers sein kann, da es viel Interpretationsspielraum offenlässt. Nach dem Konzept der Pragmatik in der Sprachwissenschaft kann das Verständnis eines Begriffes beziehungsweise die Vorstellung davon stark variieren. Die Definition wäre hier eine gute Möglichkeit, um diese zu vereinen und auf einen allgemein gültigen Konsens zu bringen.

#### - **Definition von Partnerschaft:**

Innerhalb der Interviews wurde explizit nach einer Definition von Partnerschaft gefragt, die die Interviewten selbst kennen oder nach einer Begriffsdefinition, die ihre Organisation führt.

„hmm... die Frage ist, wie man Partnerschaft definiert...“ (Interview I)

„Aber genaue Definition oder so haben wir nicht.“ (Interview II)

„(...) Sie sehen, dass vielleicht nicht einmal die alten Beamten das Konzept der Partnerschaft unbedingt immer und überall reflektieren.“ (Interview III)

„(...) ich glaube nicht, dass die OECD irgendwas, dass es da irgendwo eine etablierte Definition von dem gibt (...) aus meiner Sicht wäre es absurd, das einzugrenzen...“ (Interview II)

Bei der Beantwortung der gestellten Fragen wurde festgestellt, dass sich die AkteurInnen nicht immer bewusst waren, dass es keine Definition zur Partnerschaft gibt beziehungsweise, welche Definition hier die geeignetste wäre. Für die jeweiligen Institutionen der ExpertInnen war ihnen keine eigene Definition der Partnerschaft bekannt. Auch die Notwendigkeit einer solchen Definition wurde hinterfragt.

#### - **Verständnis von Partnerschaft:**

Ein explizites Verständnis der Partnerschaft schien jede/r der Interviewten zu besitzen. Mit explizit ist hier die direkte Assoziation von Partnerschaft mit gewissen Eigenschaften und Vorstellungen gemeint, welche als direkte Antwort auf die Frage nach der persönlichen

---

<sup>12</sup> Für die vollständige Grobanalyse der Interviews siehe Anhang

Bedeutung von Partnerschaft formuliert wurde. Die Hauptaussagen in diesem Zusammenhang waren meist „Gleichheit“, *Ownership* und „Auf Augenhöhe“. Häufig wurde auch darauf hingewiesen, dass „schon jedem irgendwie klar wäre, was denn Partnerschaft bedeute“ ohne dies konkreter auszuführen.

„Es glaubt, es versteht jeder, was Partnerschaft ist und das heißt wir kommen irgendwie miteinander aus (...)“ (Interview II)

„Das Konzept der Partnerschaft: Transparent, auf Augenhöhe, mit Respekt und was weiß ich, was so // das sollte an und für sich immer gleich sein“ (Interview II)

„Also für mich wäre eine Partnerschaft, eine richtige Partnerschaft dann, wenn die beiden auf gleicher Ebene sind.“ (Interview I)

„Dialog auf Augenhöhe, mit Respekt, mit Ernstnehmen und Vertrauen, weil so ohne Vertrauen gibt es keine Partnerschaft (...)“ (Interview II)

„Partnerschaft hat für mich viel zu tun mit *Ownership*. Das heißt, dass ich den anderen so akzeptiere, wie er ist und was er will und nicht dauernd meins aufdrücken will.“ (Interview I)

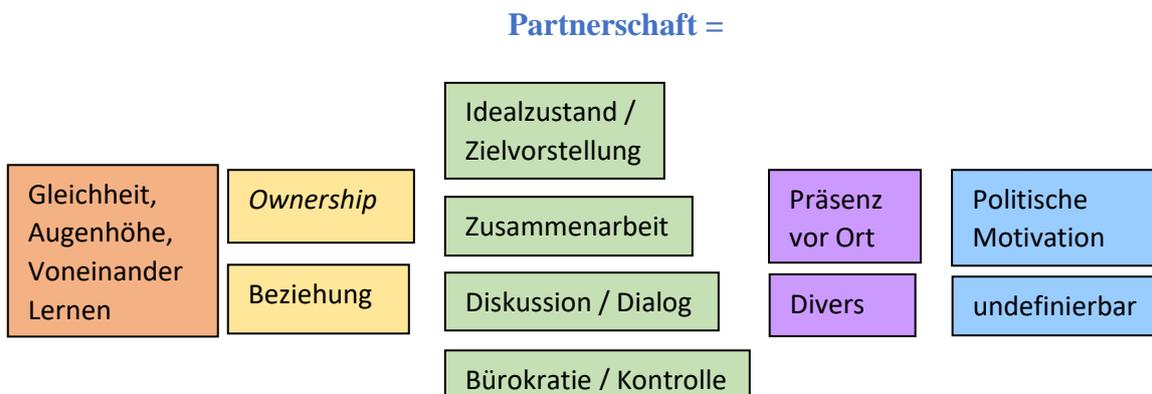
„Ja meine Definition von Partnerschaft wäre einfach, das ist wieder so ein Schlagwort, auf Augenhöhe, also wirklich mit den anderen // zu kennen, seine Intentionen zu kennen, gegenseitig ja und das dann miteinander weiterentwickeln.“ (Interview III)

Es ist dementsprechend keine explizite Definition von Partnerschaft innerhalb der OEZA vorhanden, es bestehen jedoch Vorstellungen und ein gewisses Verständnis davon, was Partnerschaft meint. Dieses Verständnis scheint ähnlich zu sein und sowohl für die AkteurInnen der ADA als auch für die des BMeiA zu gelten. Die Grobanalyse der Interviews umfasste die Festlegung des Untersuchungsmaterials und eine erste Selektion der Hauptaussagen, welche hier als Hauptthemen zusammengefasst wurden:

Vor-Ort-Präsenz	Anpassung an Geber	<i>Ownership</i>	Politische Motivation	Gleichheit	Diskussion
Ehrlichkeit	Respekt	Idealvorstellung	Diversität	Gesetze	Kontrolle
Gleiche Erwartungen	Keine Definition	Zusammenarbeit	Prozess	Voneinander Lernen	Lokalität
Abkommen	Dialog	Zielvorstellung	Auf Augenhöhe	Transparenz	Verträge
Vertrauen	Bürokratie	Recht auf den eigenen Entwicklungsweg			

Die 24 Themen wurden anhand ihrer Quantität als für die InterviewpartnerInnen besonders relevant in Bezug auf Partnerschaft bewertet. In einem weiteren Schritt wurden diese Themen auf Ähnlichkeiten und Überschneidungen überprüft, wodurch sie in 11 Hauptthemen zusammengefasst werden konnten.

Zusammenfassend ergaben sich 11 Hauptthemen, die hier nach Quantität innerhalb der Aussagen der Interviewten (von links nach rechts) geordnet wurden:



„Gleichheit, Auf Augenhöhe, Voneinander Lernen“ wurden innerhalb der Interviews so häufig genannt, dass sie als eigenes Hauptthema zusammengefasst wurden. Unter *Ownership* wurden Aussagen wie „Selbstbestimmung, Anpassung der Geber, Recht auf den eigenen Entwicklungsweg“ subsumiert. Das Hauptthema der Beziehung setzt sich zusammen aus „Ehrlichkeit, Respekt, Transparenz und Vertrauen“. Diese drei Hauptthemen waren für die InterviewpartnerInnen das, was eine echte Partnerschaft ausmacht, oder ausmachen sollte.

Hier kann auch noch das Hauptthema der „Präsenz vor Ort“ genannt werden, welche allerdings tendenziell einen geringeren Stellenwert innerhalb der Interviews aufweist. In Grün folgen nun die Aussagen, welche auf eine gewisse Kritik und Differenzen innerhalb des Partnerschaftsverständnisses schließen lassen. Auch die drei übrigen Hauptthemen „divers“, „undefiniertbar“ und „politisch motiviert“ lassen sich dieser Kategorie zuordnen, welche im nächsten Kapitel der Feinanalyse noch genauer ausgeführt wird.

Man kann davon ausgehen, dass diese Hauptthemen die Relevanz der ExpertInnen im Bezug auf das Partnerschaftsverständnis ausmachen. Partnerschaft basiert laut den Interviews auf Gleichheit, Zusammenarbeit auf Augenhöhe, *Ownership* und Präsenz vor Ort. Kommunikation auf Augenhöhe sowie Gleichheit innerhalb dieser Kommunikation und des Austausches, sollten auch ein „Voneinander-Lernen“ ermöglichen.

Hervorzuheben ist, dass die Möglichkeit einer offenen Interpretation des Partnerschaftsbegriffes aufgrund des Fehlens einer genauen Definition erkannt wurde.

„Ich glaube nicht, dass es irgendein bewusst eingeführter Begriff ist, sondern einfach eher ein aus der Logik unserer Tätigkeit heraus entstandener Begriff ist, der flexibel genug ist und verschwimmend // dieser Begrifflichkeit verschwimmend genug ist, um gewisse Eventualitäten offen zu lassen.“ (Interview II)

„Jetzt könnte man natürlich sagen, für die handelnden Personen, die ein weiteres, tieferes Partnerschaftsverständnis haben, könnte es recht sein, dass es nicht irgendwie so definiert ist, dass man nicht irgendwie darüber hinausgehen kann.“ (Interview III)

Ob das Fehlen einer Definition den handelnden Personen nun recht ist, oder nicht, sei erst einmal dahingestellt, eindeutig wurde die Flexibilität und Eventualitäten des bestehenden Partnerschaftsbegriffes und somit seine verschwimmende und nicht eingrenzbare Bedeutung erkannt. Für diese Arbeit ist es allerdings essentiell, dieses Partnerschaftlichkeitsverständnis so weit einzugrenzen, dass Kriterien für eine Partnerschaft aufgestellt werden können und diese somit überprüfbar gemacht werden kann. Auf Basis der groben Interviewanalyse ergibt sich für die vorliegende Arbeit folgende Arbeitsdefinition der Partnerschaft:

„Partnerschaft setzt die Beteiligung von mind. zwei Akteuren in einer spezifischen Interaktion voraus, welche auf einem gegenseitigen Wissens- beziehungsweise Informationsaustausch auf Augenhöhe und auf dem gemeinsamen Interesse des Erfolges dieser Interaktion, sowie dem beidseitigen Nutzen daraus, basieren soll.“

An dieser Stelle könnte man für die Entwicklungszusammenarbeit noch hinzufügen: „[...] welcher auf gegenseitigem Respekt und Akzeptanz für die jeweiligen Verschiedenheiten und unterschiedlichen Bedürfnisse beider Partner sowie auf deren beidseitiger Vollwertigkeit ihrer Individualität und Eigenverantwortung beruht.“

Dies führt zu nachfolgender Arbeitsdefinition:

„Partnerschaft setzt die Beteiligung von mind. zwei Akteuren in einer spezifischen Interaktion voraus, welche auf einem gegenseitigen Wissens- beziehungsweise Informationsaustausch auf Augenhöhe, Respekt und Akzeptanz für die jeweiligen Verschiedenheiten und unterschiedlichen Bedürfnisse beider Partner sowie auf deren beidseitiger Vollwertigkeit ihrer Individualität und Eigenverantwortung beruhen, und auf dem gemeinsamen Interesse des Erfolges dieser Interaktion, sowie dem beidseitigen Nutzen daraus, basieren soll.“

## **b) Feinanalyse**

Im weiteren Verlauf der induktiven Kategoriebildung wurde nun auch das implizite Verständnis<sup>13</sup> von Partnerschaft herangezogen, welches sich im Laufe der Interviews meist im Bezug auf Machtdivergenzen herauskristallisierte und häufig mit dem expliziten Verständnis der Interviewten kollidierte. Hier wurden spezifische Eigenschaften einer partnerschaftlichen

---

<sup>13</sup> Das „implizite“ Verständnis meint hier die getätigten Aussagen der InterviewpartnerInnen, ohne die explizite Nachfrage durch die Interviewerin.

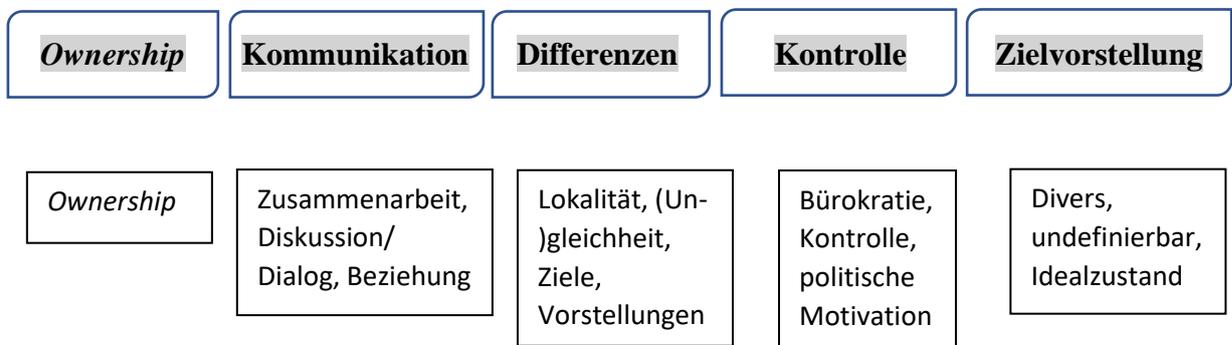
Beziehung, Idealvorstellungen sowie Geber-Nehmer-Differenzen und der Umgang mit diesen deutlich.

Das zu analysierende Material wurde in einem weiteren Schritt der induktiven Kategorienbildung<sup>14</sup> paraphrasiert und es fand eine erste Kategorienformulierung statt. Dieser gesamte erste Durchgang der induktiven Kategorienbildung wurde unter dem Namen der Grobanalyse subsumiert.<sup>15</sup>

Innerhalb des zweiten Teils der induktiven Kategorienbildung nach MAYRING (2015), welcher hier als Feinanalyse beschrieben wird, kam es zu einer Revision der bisherigen Kategorieformulierungen sowie zu einer Auswertung der Interviews anhand der Erstellung von Kategorien für Partnerschaft sowie deren Strukturierung.

Nach der endgültigen Materialanalyse haben sich diese fünf Kategorien innerhalb der Feinanalyse, nach Revision der Kategorienformulierung der Grobanalyse, zusammenführend neu gebildet.

**Es ergeben sich aus der Interviewanalyse für die OEZA-Partnerschaft 5 Kategorien aus den Hauptthemen:**



*Ownership* wurde hier als eigene Kategorie angegeben, da die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung beider AkteurInnen in dieser Arbeit als Grundfeste und Voraussetzungen einer Partnerschaft verstanden werden.

Unter der Kategorie der Kommunikation wurden nun die Hauptthemen der Beziehung, des Dialogs und der Zusammenarbeit subsumiert, da jede Art der Beziehung irgendeine Art der Kommunikation voraussetzt und diese Kommunikation von den Qualitäten „Respekt, Auf

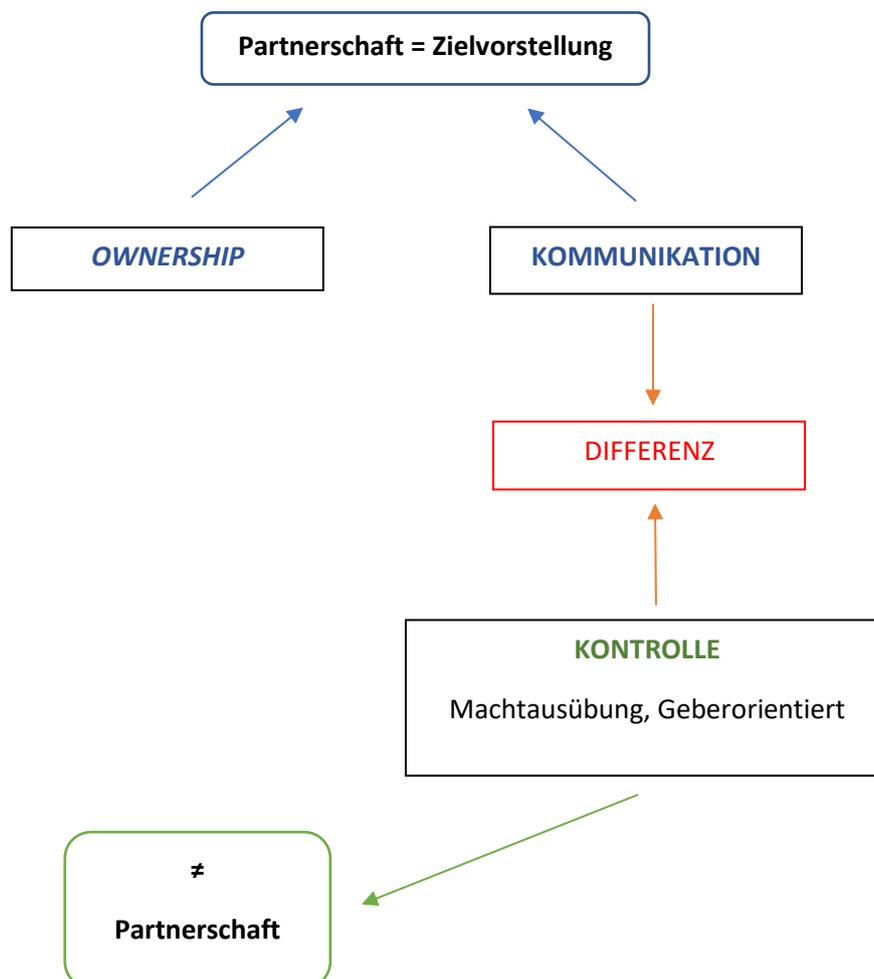
<sup>14</sup> Prozessmodell der Induktiven Kategorienbildung siehe MAYRING (2015: 86)

<sup>15</sup> Für den ersten Teil der Induktiven Kategorienbildung nach MAYRING (Selektion, Paraphrasierung und erste Kategorienformulierung) siehe Grobanalyse im Anhang

Augenhöhe, Vertrauen und Transparenz“ geprägt sein sollte, um eine Partnerschaft zu ermöglichen.

Differenzen finden sich innerhalb der unterschiedlichen Lokalitäten, sowie in finanziellen, wirtschaftlichen und politischen ungleiche Voraussetzungen der Akteure, sowie in ihren Zielvorstellungen und Erwartungen. *Differenzen* fanden sich allerdings auch innerhalb der Interviews auf Grund diverser, häufig sich widersprechender Aussagen über Partnerschaft. Unter *Kontrolle* wurden alle machtpolitischen, meist einseitigen Instrumente und Motivationen, wie Verträge, Abkommen, Bürokratie und politische, wirtschaftlichen Motivation zusammengefasst. Die *Zielvorstellung* bezieht sich auf die undefinierbarkeit und Diversität des Partnerschaftsbegriffes, sowie die Interpretation der Interviewten der „Partnerschaft“ als Art „Idealzustand“ und „sich entwickelnder Prozess“. Es kann daraus geschlossen werden, dass eine Partnerschaft innerhalb der staatlichen OEZA als *Zielvorstellung* existent, nicht jedoch in der Praxis umsetzbar ist, da es *Differenzen* gibt, die dies unmöglich machen.

Um das zu verdeutlichen wurde die folgende Grafik erstellt, welche eine Zusammenfassung des staatlichen OEZA- Partnerschaftsverständnisses darzustellen versucht.



Die Grafik zeigt, dass Partnerschaft innerhalb der OEZA als eine Art Zielvorstellung verstanden wird, welche nur dann zustande kommen kann, wenn die Eigenverantwortung des Nehmerlandes (*Ownership*) mit der richtigen Art der Kommunikation, welche einen respektvollen, reziproken Umgang und Austausch meint, einhergeht. Das Problem welches hier identifiziert wurde und eine Partnerschaft verhindert, sind die Differenzen. Differenzen ergeben sich aus machtpolitischen Interessen, finanziellen Ungleichheiten und unterschiedlichen Vorstellungen beider Partner. Diese führen zu einer Kontrolle, welche meist politisch, aber auch ideologisch motiviert ist und auf Basis der Bürokratie, durch Verträge und *Conditionalities* durchgesetzt wird. Partnerschaft kann daher als solche für die OEZA nicht bereits bestehen, da Differenzen diese verhindern.

Die Differenzen ergaben sich daraus, dass die InterviewpartnerInnen oft widersprüchlich in ihren Aussagen waren. Während die Aussagen zur Vorstellung von Partnerschaft innerhalb der OEZA und andere Hauptaussagen klar mitteilten, was denn eine Partnerschaft sei und inwiefern die OEZA partnerschaftlich agiere, so wurde dies in anderen Aussagen hinterfragt, kritisiert oder verdeutlicht, dass so eine „Art der Partnerschaft unmöglich sei“ bzw. wenn dann nur als Ideal- oder Zielvorstellung existiere.

„Ja also ich denke Partnerschaft ist ein gutes Ziel, sollte auch weiterhin unser Ziel sein.“ (Interview I)

„Partnerschaft hat für mich viel zu tun mit *Ownership* (...) wenn man *Ownership* will, muss man wahrscheinlich auch weggeh vom Geber-Nehmer Prinzip.“ (Interview I)

“...von der Struktur her eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe natürlich nicht so gegeben ist (...) Im Prinzip ist es immer noch Geber – Nehmer und alles was wir drüber hinaus machen in Richtung Partnerschaft“ (Interview II)

„Ich meine es gibt nicht die reine Form der Gleichberechtigung (...) es ist ein schwankendes Gerüst (...) von der Struktur her gibt es zwischen einem Geberland und einem Empfängerland keine Gleichheit, wo ist die? Wo kann die gegeben sein? Es ist einfach nicht so.“ (Interview III)

„Es kann keine wirkliche Partnerschaft sein, aber man kann sich dieser Partnerschaft annähern (...) Sonst glaube ich man kann durchaus von Partnerschaft sprechen, wenn man sie nicht als gegeben hinnimmt, sondern als Zielvorstellung irgendwo hinstellt.“ (Interview III)

Laut den ExpertInnen bestehen demnach Machtunausgewogenheiten, ob diese rein finanzieller, ideologischer oder auch politischer Natur seien, was dazu führe, dass man nicht von einer „Kommunikation auf Augenhöhe“ sprechen kann. Diese wäre allerdings für eine Partnerschaft laut unserer Analyse, essentiell. Bemerkenswert ist hier der Widerspruch zwischen einer Art der „Notwendigkeit“ des Erhaltens von ideologisch bedingten Ungleichheiten (Vorstellungen,

Idealen, Demokratie) auf Basis finanzieller Machtverhältnisse. Alfonso Gumucio Dagron beschreibt das sehr schön in seinem Artikel „*Playing with fire*“, 2009:

„(...) There are many people out there trying to gain power, but very few ready to release the power they are holding. Power to make decisions on funding, power to decide where, when, and how a programme can be implemented, power to centralise resources, power to provide technical advice, power to say no, and in general, power to remain in power (...)” (Gumucio Dagron 2009:456)

Diese *power* sollte allerdings, gemäß unserer Definition, gleichmäßig verteilt sein innerhalb einer Partnerschaft, Dagron schließt hier sein Argument mit: „The idea that by sharing power with others we lose power ourselves, is deeply rooted in institutional and organisational practises (...)“ (ebd.)

Um diesem Widerspruch zu entgehen wird in unserer Analyse die Zielvorstellung oder der Idealzustand als Kriterium wichtig, welcher eine „echte Partnerschaft“ in Zukunft vorsieht, nicht aber voraussetzt, dass diese bereits existiert. Häufig wird hier eine Zusammenarbeit als existent und die Partnerschaft als Ziel auf das man gemeinsam hinarbeitet beschrieben. „...sonst glaube ich man kann durchaus von Partnerschaft sprechen, wenn man sie nicht als gegeben hinnimmt, sondern als Zielvorstellung irgendwo hinstellt...“; „Ich denke Partnerschaft ist ein gutes Ziel, sollte auch weiterhin unser Ziel sein...“; „...Partnerschaft als Ideal...“ (Interview I, III) Weder jedoch die „Partnerschaft“ an sich, noch das Ziel, auf das hingearbeitet wird, konnte von den ExpertInnen klar definiert werden. Hier kam es häufig zu Aussagen wie „...die Frage ist wie man Partnerschaft definiert..“; „...genaue Definition oder so haben wir nicht...“; „Es glaubt es versteht jeder was Partnerschaft ist und das heißt wir kommen irgendwie mit einander aus..“; „...ich glaube nicht, dass es irgendwo eine etablierte Definition von dem gibt..“ (Interviews I, II, III)

Schlussfolgernd kann gesagt werden, dass eine Idee von Partnerschaft vorhanden ist, diese allerdings eine Ideal- oder Zielvorstellung bleibt, da den meisten InterviewpartnerInnen klar war, dass so eine Art der Partnerschaft momentan nicht umsetzbar ist.

Diese Erkenntnis des Partnerschaftsverständnisses der OEZA AkteurInnen scheint daher bemerkenswert, da die OEZA mit „Partnerländern, Partnern, Partnerschaft“ etc. wirbt und sich selbst als „partnerschaftlich“ darstellt. Ganz besonders in der Beziehung zu Nicaragua war seit den 1990er Jahren die Rede von einer Partnerschaft mit dem mittelamerikanischen Land. Im nächsten Kapitel wollen wir uns diese Partnerschaft nun genauer ansehen und sie auf Basis unserer Arbeitsdefinition überprüfen.

## II. Fallbeispiel: Ö-NIC

### 3) Überblick über die (inter)nationale „Partnerschaftsgeschichte“

Um den zweiten Teil der Forschungsfrage beantworten zu können, „warum die OEZA eben dieses Partnerschaftsverständnis hat“, bzw. woher sie dieses hat, folgt hier eine kurze geschichtliche Aufzählung einiger inter-, sowie nationaler Partnerschafts-Bemühungen.

Die **OECD** (Organisation for Economic Co-operation and Development) wurde 1961 mit dem Ziel gegründet, Richtlinien zu schaffen, die das ökonomische und soziale Wohlbefinden der Menschen auf der Welt verbessern. Das soll erreicht werden durch die Wahrung der finanziellen Stabilität, welche zu einem gesunden Wirtschaftswachstum und auf Basis einer multilateralen nichtdiskriminierenden Grundlage zur Ausweitung des Welthandels beitragen soll. Die OECD besteht mittlerweile aus 35 Mitgliedsländern, unter denen sich auch Österreich befindet, sowie fünf wichtigen Partnern (Brasilien, Indien, China, Südafrika und Indonesien). Sie spielt eine wichtige Rolle in der Umsetzung der EZA von allen Mitgliedsländern des DAC (Development Assistance Committees).

Die Geschichte beginnt hier mit dem **Lomé I** Abkommen von 1975, welches von 40 AKP-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft in Togo unterzeichnet wurde, da es laut Michal-Misak als die für „Entwicklungsländer“ erfolgreichste Verhandlung mit dem Norden gilt. (vgl. Michal-Misak In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 237) Anfang der 70er Jahre, mitten in den Unabhängigkeitserklärungen vieler ehemaliger Kolonialstaaten, kommt es bei den Industrieländern zu der Ölkrise und damit auch zur Wirtschaftskrise. Das Öl war hauptsächlich in südlichen Ländern zu finden und dadurch hatten diese „Entwicklungsländer“ eine gute Verhandlungsbasis. Die Inhalte des Abkommens waren die Öffnung des europäischen Marktes für AKP-Produkte wie Bananen, Zucker, etc., eine Entwicklungshilfe des Europäischen Entwicklung Fonds und Stabex. Stabex wurde durch Zuschüsse des EEF finanziert und garantierte den AKP-Staaten ein bestimmtes Mindesteinkommen, welches bei weniger Exporteinnahmen ausgeglichen wurde. Allerdings wurden die Verhandlungen von Lomé I laut Michal-Misak auch dazu genutzt die EL<sup>16</sup> an den Westen zu binden und sie somit

---

<sup>16</sup> EL = „Entwicklungsländer“. Wird unter Anführungszeichen gesetzt, da der Begriff des „Entwicklungslandes“ in dieser Arbeit das Vokabular der (inter)nationalen Institutionen widerspiegelt, nicht die eigene Meinung der Autorin.

von dem Sozialismus abzuschirmen und die Vertragsdauer wurde auf 5 Jahre begrenzt festgelegt. (vgl. ebd.)

Dementsprechend folgte **Lomé II** im Anschluss zu Lomé I von 1981 – 1985. Hier kam es u.a. durch das Fallen der Rohstoffpreise zu hohen Verschuldungen der EL. Durch diese benachteiligte Situation, sowie der politischen Marginalisierung der EL, hatten diese laut Michal-Misak schlechte Voraussetzungen für das neue Abkommen. Die Inhalte des Lomé II betrafen weiten Abbau der Handelshemmnisse, sowie die Unterstützung von Genossenschaften und KleinproduzentInnen, womit der Schwerpunkt, wie auch bei Lomé I auf der Industrialisierung und Infrastruktur lag. Die Mineralien, die als immer wichtiger werdendes Exportprodukt der EL galt, wurden nicht in das Stabex System integriert, sondern in ein neues, das Sysmin. Sysmin funktionierte auf Kreditbasis, nicht auf Zuschüssen, was dazu führte, dass kaum ein AKP-Land das System in Anspruch nahm. (vgl ebd.: 238-239)

**Lomé III** wurde ab 1986 implementiert und legte den Schwerpunkt auf die ländliche Entwicklung und die Befriedigung der Grundbedürfnisse. Durch die Wirtschaftskrise viele AKP Staaten und der historischen Tiefpreise an Rohstoffen wurden nun auch Konditionalitäten für Stabex eingeführt, da das Geld nicht ausreichte um alle Exportausfälle finanziell auszugleichen und die Erhöhung des EEF nicht ausreichte, für die nun 65 AKP-Mitgliedsstaaten. (vgl. ebd.: 239)

**Lomé IV** sah eine ab sofortige Vertragsdauer von 10 Jahren und eine Verschärfung der Menschenrechte und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit als Voraussetzung vor. Im Falle der nicht-Einhaltung der Konditionalitäten, könne die EU jederzeit Staaten aus dem Abkommen entfernen. (vgl. ebd.: 240)

Der **Barcelona- Prozess der Euro-Mediterranen Partnerschaft** wurde 1995 von der EU und den Mittelmeeranrainerstaaten unterzeichnet. Diese Partnerschaft ist die Erweiterung der ansatzhaften EU-Mittelmeerpolitik der 1960er Jahre, welche nun durch die Nahostkonflikte, Beitrittsperspektiven von mittel/osteuropäischen Ländern und dem Ende des Kalten Krieges neu definiert werden sollte. Die Partnerschaft basiert auf 3 Zielen nach dem Modell der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die 1995 als OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) institutionalisiert wurde. Erstes Ziel ist die politische und sicherheitspolitische Partnerschaft zur Schaffung von Frieden und Stabilität. Zweites Ziel ist die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft in der bis 2010 eine Freihandelszone eingeführt werden sollte. Und das dritte Ziel stellt die sozio-kulturelle Partnerschaft zu einem besseren Verständnis der Völker sowie dem Aufbau einer aktiven

Zivilgesellschaft dar. (vgl. Michal-Misak In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli.,2006: 242)

Einführung des Instruments der **EPA *Economic Partnership Agreement***:

Der **Vertrag von Cotonou**, wurde am 23. Juni 2000 von der Europäischen Union und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifischer Ozean) in Cotonou, Westafrika, unterzeichnet und für eine Laufzeit von 20 Jahren festgelegt. Es zählt als das Nachfolgeabkommen des Lomé IV. Die fünf Kernpunkte des Abkommens sind erstens, im Zuge der Good Governance Debatte, die Erfüllung politischer und ökonomischer Auflagen als Voraussetzung für EU-Subventionen. Demnach stelle Korruption einen Verstoß dar, laut Michal-Misak variierte der Vertragskontext hier allerdings sehr stark je nach den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interessen der Vertragspartner. Zweitens und drittens werden die Armutsbekämpfung zum zentralen Ziel sowie die Zivilgesellschaft und die NGOs miteinbezogen. Viertens wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit an die Bestimmungen der WTO (World Trade Organisation) angepasst. Und abschließend, werden die Programmabwicklung und die Finanzierung der EZA reformiert. (vgl. Michal-Misak In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 240-241) Hier wird nun statt den Lomé Systeme, Stabex und Sysmin, FLEX angewendet, welches AKP-Ländern eine Haushaltsunterstützung gewährt, sobald diese 2% ihrer Exporterlöse einbüßen. Statt einer AKP-Zone werden hier nun Economic Partnership Agreements (EPAs) angedacht, die WTO-kompatible Freihandelszonen darstellen, wodurch der Fokus des Cotonou-Vertrages laut Michal-Misak mehr auf den WTO-Regelungen als auf der „Entwicklung“ der Länder des Südens gelegt wurde. (vgl. ebd.: 241)

### ***Millenium Development Goals, 2000***

Die MDGs oder auch *Millenium Declaration* wurde von 149 Ländern und hochrangigen Mitgliedern 40 anderer Länder als Stellungnahme zu Werten, Prinzipien und Zielen für das 21. Jhdt. anerkannt. Die *Declaration* beinhaltet globale Richtlinien und Maßnahmen, zur Unterstützung der Entwicklungsländern, sowie der Schwellenländer. Die teilnehmenden Nationen haben sich dazu bereit erklärt eine „Neue Globale Partnerschaft“ einzugehen, um die acht *Millenium Development Goals* bis 2015 zu erreichen. Ziel Nummer acht *“Develop a global partnership for development”*. (un.org) konzentriert sich darauf, ein auf Regeln basiertes, vorhersehbares, nicht diskriminierendes Finanz- und Handelssystem aufzubauen, sowie sich auf die speziellen Bedürfnisse der LDCs, Entwicklungsländer und kleinen Inselstaaten zu fokussieren, verständnisvoll mit den Schulden der Entwicklungsländer umzugehen, leistbare

medizinische Versorgung und neue Technologien in Entwicklungsländern zu ermöglichen.  
(un.org)

### ***Paris Declaration, 2005 und Accra Agenda for Action, 2008***

Die Pariser Agenda von 2005 zu effektiver Entwicklungszusammenarbeit ist eine Übereinkunft von Entwicklungsagenturen und Partnerländern, um eine Verbesserung in der Zusammenarbeit zu erreichen und damit den MDGs (Millennium Development Goals) näher zu kommen. Die fünf Säulen der *Paris Declaration* 2005 sind *Ownership, Alignment, Harmonisation, Managing for Results, Mutual Accountability*. *Ownership* bezieht sich darauf, dass "Entwicklungsländer" ihren eigenen Entwicklungs-/Länderstrategien entwerfen, ihre Institutionen verbessern und Korruption vorbeugen. Mit *Alignment* werden die Geberländer und Organisationen angesprochen, welche ihre Unterstützung an diesen Strategien orientieren und lokale Systeme nutzen sollen. *Harmonisation* bezieht sich auf die Koordinierung der Geberländer selbst, damit Überschneidungen verhindert werden können (hier spielt auch der Fokus auf Schwerpunktländer eine Rolle). *Managing for Results* bezieht sich auf das Management und die Evaluierung der Ergebnisse von Projekten/Programmen der Geber- und Nehmerländer. Und *Mutual Accountability* meint die Rechenschaftspflicht der Geber und Nehmerländer für die zu erreichenden und erreichte Ziele. (vgl. OECD Paris Declaration, 5 Principles)

Auch die AAA (*Accra Agenda for Action*) schließt sich 2008 an dieses Ziel an und erweitert die PD um die Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft, die bis dahin nicht Teil der Agenda war.

Das ***Busan Partnership Agreement***, 2011 von 2011 gilt als Wendepunkt in der internationalen Entwicklungspolitik, da Armutsreduktion („Aid“ und ODA) zum ersten Mal ersetzt wurde durch Privatsektorentwicklung (PPP, FDI). Es fand hier ein Paradigmenwechsel statt, der Süd-Süd Kooperationen einen wachsenden Stellenwert einräumte. (vgl. Obrovsky et. alli. 2012: 24) Hier wird die Entwicklungszusammenarbeit durch eine „Globale Partnerschaft“ ersetzt. (vgl. AG Globale Verantwortung DJP 2010-2012, Dezember 2011)

Michal-Misak meint hier schlussfolgernd, dass sich die Voraussetzungen für Entwicklungsländer seit Lomé IV drastisch verschlechtert haben. Im Bezug auf die EU meint sie, dass die Hilfe für Low Income Countries von 70% (1990) auf 38% (2000) zurückgegangen sei. Auch bei der Schwerpunktsetzung sieht sie Probleme, da die EU den Großteil ihrer Hilfe an Südosteuropa und die Mittelmeerstaaten, nicht aber die LDCs (Least Developed Countries) verteilte. Ebenso in den unterstützten Sektoren kann man laut Michal-Misak gut erkennen, dass die EU den Sektor „Soziales“ vernachlässige, was Lebensbedingungen in Entwicklungsländern

verschlechtere. Das schlussfolgert die Autorin mit dem persönlichen Interesse der EU und ihrer Mitgliedstaaten, welches primär der Sicherheitspolitik und der Instrumentalisierung der EZA für diesen Zweck gelte. (vgl. Michal-Misak In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 245-246)

Auf internationaler Ebene lassen sich Bemühungen erkennen, eine Art der Partnerschaft einzuführen. Die Intentionen scheinen allerdings eher politischer und wirtschaftlicher, als altruistischer Natur zu sein. Das Lomé Abkommen scheint das einzige zu sein, welches die „Entwicklungsländer“ favorisierte und den AKP-Staaten mehr Verantwortung, Management und Entscheidungsmacht zuschrieb.

„Einer der kennzeichnendsten Züge der Lomé-Abkommen ist die Verantwortlichkeit der begünstigten Staaten für die Verwaltung und das Management der Entwicklungszusammenarbeit, besonders bei der Ausführung der Vorhaben. (...) Aufgabe der Kommission ist, über die finanzielle Administration des EEF zu wachen und sicherzustellen, daß seine Gelder nutzbringend eingesetzt werden, erfolgt die Implementierung, also die Ausführung des Vorhabens, unter Leitung und Verantwortlichkeit der örtlichen Verwaltungsbehörde, welche für die Einhaltung der im Empfängerland geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften zuständig ist. Der Verwaltungsbehörde des AKP-Landes obliegt es daher, Ausschreibungen durchzuführen, Angebote entgegenzunehmen und zu prüfen, den Zuschlag zu erteilen, die Verträge zu unterzeichnen, Zahlungen zu veranlassen und über die Abnahme zu entscheiden.“ (Liebermann 1992: 854)

Alle nachfolgenden „Partnerschaftsbemühungen“ implizierten Konditionalitäten von Seiten der Geber. Obwohl das internationale Verständnis der Partnerschaft nicht zur Gänze mit der österreichischen Zielvorstellung zu korrelieren scheint, lassen sich dennoch Parallelen innerhalb der anfangs beschriebenen Kategorien erkennen:

Hervorzuheben ist hier das dritte Ziel der Euro-Mediterranen Partnerschaft, welches sich auf eine sozio-kulturelle Partnerschaft zum besseren Verständnis der Völker bezieht und auf einen „reziproken Austausch auf Augenhöhe“ mit dem Ziel beidseitigem „Voneinander Lernens“ schließen lassen könnte. Durch den Beitritt neuer Länder zur EU könnte damit auch eine Strategie als Teil der europäischen Sicherheitspolitik gemeint sein, welche interkultureller Differenzen durch die Eingliederung aller neuer EU-Staaten in das europäische Werte- und Normensystem, vorbeugen möchte.

Des Weiteren ist *Ownership* (Eigenverantwortung) auch innerhalb der EZA der Europäischen Union und demnach in den Lomé's sowie im Vertrag von Cotonou ein Schlagwort. Weidinger, 2001 untersucht hier die Abkommen und weist auf eine „perfekionierte, hohe Kunst der partnerschaftlichen Rhetorik innerhalb der EU“ hin. (vgl. Weidinger 2001: 51) Die Stärkung der Eigenverantwortung war hier Ziel der so genannten „Partnerschaftsabkommen“. Als die

Grundsätze der Partnerschaft beschreibt Weidinger „Gemeinsamkeit und Gleichstellung“ (vgl. ebd.: 47) innerhalb der Abkommen und kommt zu dem Schluss:

„Diese Tatsache sucht man hinter einem rhetorischen Schleier zu verbergen, welcher dazu angetan ist, den Schein einer Partnerschaft zwischen Gleichgestellten zu wahren – bereits bei etwas genauerem Hinsehen jedoch werden die gewohnten Asymmetrien offenbar.“ (Weidinger, 2001: Einleitung)

Die Notwendigkeit einer „Gleichheit“ für eine Partnerschaft scheint auch Weidinger innerhalb der EU-Abkommen zu identifizieren, wenn diese seiner Meinung nach auch nicht als solche reziprok gelebt wurden.

„So unzureichend sich die Betonung von Gleichheit bzw. Gleichstellung auch in Finanzierungsangelegenheiten niederschlagen mag, so strikt wird das Prinzip anderswo gehandhabt: Die sogenannte „Rückübernahmeklausel“ (Art.13/5c) legt fest, dass sowohl EU- als auch AKP-Staaten sich verpflichten, ihre Staatsangehörigen, welche sich illegal(isiert)er Weise auf dem Territorium des anderen aufhalten, ohne weiteres „rück[zu]übernehmen“. Demonstrativ werden die Absichtserklärungen zur Betonung der Gleichstellung getrennt und in exakt dem selben Wortlaut formuliert. [Es] sei festgehalten, dass die vielbetonte „equality“ hier plötzlich buchstäblich (im wahrsten Sinne des Wortes) gehandhabt wird, nichtsdestotrotz jedoch wieder den EU-Interessen konform.“ (Weidinger 2001: 57, Ergänzung hinzugefügt)

Weidinger meint hier, dass innerhalb des Cotonou Abkommens jeweils der Gleichheitsbegriff angewendet werde, welcher die europäischen Interessen wahrt (vgl. ebd.: 57) und nicht der, welcher laut unserer Definition auf eine „echte Partnerschaft“ hindeutet. Nach der anfänglichen Erwähnung des Einflusses der OECD auf die EZA ihrer DAC-Mitgliedsländer ist es bemerkenswert, dass die Österreichische Partnerschaftsgeschichte vor den internationalen / transnationalen Abkommen zu starten scheint.

### 3.1.) Österreich

In den 1950er Jahren kommt es in Österreich zu ersten Aktivitäten im Bereich der Entwicklungshilfe. Prägend für die OEZA (Österreichische Entwicklungszusammenarbeit) am Beginn der 60er Jahre sind hier die katholischen Organisationen des IIZ (Institut für Internationale Zusammenarbeit) und der ÖED (Österreichische Entwicklungsdienst). (vgl. Gomes 2003, In: De Abreu Fialho Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 18)

1961 stimmt Österreich für das Programm der ersten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen. Laut ARBOLEDA verschafft dies Österreich einen Sympathiebonus bei der Dritten Welt. (vgl. Arboleda 1994: 67) ARBOLEDA meint, dass Österreich von den Dritte Welt-Ländern,

dank seiner antikolonialen Vergangenheit, leicht als Partner gesehen werden konnte. (vgl. ebd.: 67)

Erst 1963 kommt es zu dem ersten staatlichen Instrument für die „bilaterale technische Entwicklungshilfe“. Durch die Einsetzung des IKFE (Interministeriellen Komitees zur Förderung der Entwicklungsländer) kommt es dann zu ersten Strukturbildungsmaßnahmen, wobei es noch keine zentrale Kompetenzinstanz gab und das Außenministerium für die Abwicklung von Entwicklungshilfe zuständig war. 1964 legt die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) den Mindestwert von 0,7% des Bruttonationalproduktes für EH fest. 1965 wird Österreich DAC-Mitglied. 1970 gab es ein Ministerkomitee für Entwicklungshilfe (EH), aber bereits drei Jahre später wurde die Kompetenz für die EH an das Bundeskanzleramt übergeben. (vgl. Arboleda 1994: 76) 1966 wurde Wien zum Sitz der UNIDO (United Nations Development Organisation) ernannt.

Österreich betreibt in den 60er Jahren eine sehr stark wirtschaftspolitisch orientierte Entwicklungshilfe, da es für ein Land mit kleinem Binnenmarkt als wichtig angesehen wurde, Absatzmärkte in Dritte Welt-Ländern zu erschließen. (vgl. Hödl, In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003: 34) Von Absatzförderung über Exportkredite führte Österreich alle Arten von gebundener Entwicklungshilfe aus, die Exportinteressen förderte und der österreichischen Industrie Investitionen im Ausland ermöglichte. Diese Art der Entwicklungshilfe wurde in der ERP-Counterpart-Regelung zwischen Österreich und den USA von 1962 erlaubt (Bundeskanzleramt: ERP-Counterpart Regelung - Artikel III). Auch politische Bündnispartner wurden in den 60er Jahren als neutrales Österreich im Kalten Krieg gesucht, was ebenfalls zu dem aufkommenden entwicklungspolitischen Engagement beitrug. (vgl. ebd.: 35)

Österreich wird 1961 zum Gründungsmitglied der OECD und verpflichtet sich somit, zu der wirtschaftlichen Entwicklung von Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten beizutragen und dafür zu sorgen, dass diese Länder technische Hilfe benötigen und Ausfuhrmärkte gewinnen wollen. (vgl. Hödl 2006, In: De Abreu Fialho Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 30)

Bruno Kreisky spricht in seiner Zeit als Außenminister (1959-1966) bereits von einer Partnerschaft und vergleicht diese mit einer „echten Zusammenarbeit ohne politische Konditionen“ und regt Österreich dazu an, möglichst bald zu einer „echten Partnerschaft“ fähig zu sein.

„Sie werden eine Woche lang über das Problem der Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen jenen Staaten, die man landläufig und meiner Überzeugung nach zu Unrecht als Entwicklungsländer bezeichnet, und den modernen Industriestaaten beraten.“ (Kreisky 1962a: 350)

„Ich glaube, es wird darauf ankommen, daß es uns in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren - viel mehr Zeit wird uns nicht gegeben sein - gelingt, den politischen Führern der nichtkommunistischen Staaten Asiens und Afrikas zu beweisen, daß wir zu einer echten Zusammenarbeit bereit sind, ohne daß wir von ihnen politische Gegenleistungen fordern, daß wir bereit sind, unsere Hilfe in einem Umfange zu gewähren, der es ihnen wirklich ermöglicht, allmählich zu einer echten Partnerschaft zu gelangen.“ (Kreisky 1962a: 358-359)

„Andere Arbeitsgruppen sollten sich während dieser Tage mit (...) dieser neuen Partnerschaft befassen. Mit den kulturellen, psychologischen und soziologischen. Was die kulturelle Partnerschaft betrifft, so verstehen wir darunter eine Diskussion darüber, wie wir die kulturelle Zusammenarbeit vertiefen könnten und der großen kulturellen Reichtümer die es in den Ländern Afrikas und Asiens gibt, teilhaftig zu werden. Vielleicht aber sollte diese Frage zugunsten eines anderen Problemkreises noch zurückgestellt werden (...) Nämlich das sehr große Problem der psychologischen Voraussetzungen der Partnerschaft. Das "pattern of behaviour" in den Entwicklungsländern ist verschieden, je nach der inneren Struktur der Geschichte, der Tradition und der Kultur dieser Völker, verschieden aber auch ist es in Europa und Amerika. Es kann und darf nicht unsere Absicht sein, daß wir an dieses Problem herangehen mit der Vorstellung, daß unser "pattern of behaviour" das Maß aller Dinge wäre. Ein anderes Problem wäre, einmal klar von seiten der Vertreter der Entwicklungsländer auszusprechen, wie sie sich denn das "pattern of behaviour" der Europäer und Amerikaner vorstellen, die zu ihnen kommen und jahrelang bei ihnen arbeiten. Denn es ist irgendwie ein abstruser Gedanke, daß man in den Entwicklungsländern unsere Maschinen gerne hat, aber nicht die Leute, die sie erfinden und bedienen können (...)" (Kreisky, Bruno. 1962b. pp. 359-362, p. 361)

Laut HÖDL kam es bereits Anfang der 60er Jahre zu einer Ernüchterung in der Anfangseuphorie der Entwicklungshilfe und zu bewusstseinsbildenden Maßnahmen. In diesem Zusammenhang sind die Gründungen von Institutionen wie der ÖFSE (Österreichisches Institut für Entwicklungspolitik), das Wiener Institut für Entwicklungsfragen und das Institut für Bildungs- und Entwicklungsforschung zu nennen. (vgl. Hödl, In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003: 37)

Trotz der Gründung der IKFE (Interministerielles Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer) 1963 fiel die Zuständigkeit für Entwicklungshilfe in diesen Jahrzehnten fast allen Ministerien zu und zeugt somit von mangelnder Koordination und Konzepten. (vgl. ebd.: 38) HÖDL beschreibt die 50er- und 60er-Jahre-Entwicklungspolitik Österreichs als „Phase der Improvisation“ und meint, dass hier keine Reflexion des Handelns, sowie Problematisierung von Eurozentrismus oder Paternalismus stattfand. (vgl. ebd.: 41f.) Ebendas, was auch Kreisky Anfang der 60er Jahre zu kritisieren suchte. In den 60er Jahren waren es rund 45 Länder, die bilaterale Hilfe Österreichs erhielten, in welcher sich laut HÖDL deutlich pro-westliche Länder erkennen lassen. (vgl. ebd.: 43)

Die EZA wurde sehr lange als ein Teil der Außenpolitik betrachtet und als sich mit 1970 Spezialisierungen bildeten, führte dies nicht zu einer größeren Präsenz der entwicklungspolitischen Fragen innerhalb des Parlaments. (vgl Hödl 2006, In: De Abreu Fialho Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 28)

„Als Partner dieser Entwicklungspolitik sollten unabhängig von Staatsformen, Gesellschaftssystemen, politischen Strukturen alle diejenigen in Frage kommen, die diese Ziele tatkräftig verfolgen, seien es Regierungen oder gesellschaftliche Kräfte. (...) Wir glauben, daß es gerade eine der wichtigsten Aufgaben der Zweiten Dekade sein muß, den Partnerschaftsgedanken mit neuem Inhalt zu füllen, d. h. vor allem: Rechte und Pflichten der Partner festzulegen und bisherige Praktiken, Prinzipien und Kommunikationsschwierigkeiten zu überprüfen. Denn nur aus der weiteren Verbesserung der Partnerschaft wird sich eine Verbesserung der Entwicklungspolitik mit Auswirkungen auf Instrumentarien, Schwerpunkte, Prioritäten etc. ergeben.“ (Wagner, Alois, 1970. Katholische Stellungnahme zur Entwicklungspolitik)

Ab 1970 kommt es durch die sozialistische Alleinregierung Österreichs zu einem stärkeren Einsatz für entwicklungspolitische Fragen und es erklärt sich dazu bereit, die Vereinten Nationen auf dem Gebiet der globalen Solidarität zu unterstützen und seine Entwicklungshilfe anhand von Schwerpunktbildungen zu maximieren. (vgl. Arboleda 1994: 67) Im Zeichen der Zweiten Entwicklungsdekade der UN den 0,7%-Wert und erklärt sich bereit, dieses Ziel zu erreichen. (vgl Hödl 2006, In: De Abreu Fialho Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 36)

Im April 1976 spricht der Weihbischof Dr. Alois Wagner im ÖED-Rundbrief von Selbstbesinnung, Eigenständigkeit und Partnerschaft:

„In unserer heutigen Zeit wird viel von Partnerschaft gesprochen, aber vielleicht zu wenig bedacht, dass unser gesamtes gesellschaftliches Leben nur dann partnerschaftlich orientiert sein kann, wenn die Personen selbst eine entsprechende Eigenständigkeit haben.“ (Alois Wagner, ÖED Rundbrief Nr. 83, April 1976)

Wagner greift hier den *Ownership*-Gedanken auf, der auch in der OEZA-Definition von Partnerschaft essentiell ist. Er verdeutlicht in seiner Rede ebenfalls, dass Partnerschaft bereits in den 70er Jahren ein viel verwendeter Begriff war.

Bereits Anfang der 80er Jahre wurde Österreichs aktive Außenpolitik durch eine Neutralitätspolitik ersetzt, welche mehr auf die europäische und die Nachbarschaftspolitik, als auf den Nord-Süd-Diskurs fokussierte. (vgl. ebd.: 68) ARBOLEDA argumentiert hier, dass es sich zwischen 1970 und 1990 innerhalb der Österreichischen Entwicklungspolitik um eine Suche nach Verbündeten, wirtschafts-, und sicherheitspolitischen Eigeninteressen und den Wunsch

nach internationaler Anerkennung handelt und nicht um ein altruistisches Engagement. (vgl. Arboleda 1994: 68 -70)

„Eine weitere Voraussetzung für eine echte und dauernde Steigerung des Wohlstandes ist aber auch, daß die Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern in einem stärkeren Maße auf die Basis echter wirtschaftlicher Partnerschaft gestellt werden.“ (Kreisky, in Jankowitsch 1983: 263)

Österreich verfolgte von 1983 bis Ende der 80er Jahre eine Nachbarschaftspolitik, in der versucht wurde die Außenpolitik Kreiskys fortzuführen. Der Fokus lag weiterhin auf den drei Es der „aktiven Neutralitätspolitik“, Entspannung, Entwicklungspolitik und Europäische Gemeinschaft. (vgl. Bellers et. alli. 2001: 192ff.)

„Besonders im Fall Tunesiens gelang es, die Österreichische Entwicklungspolitik auf ein Land zu orientieren, das in kleineren und mittleren Industriestaaten wie Österreich den idealen Partner für die Entwicklung seiner Wirtschaft erblickte.“ (Jankowitsch 1983: 267-268)

Von Anfang bis Ende der 80er Jahre lässt sich eine wirtschaftspolitische Außenpolitik Österreichs erkennen, die auch in das Konzept der Partnerschaft integriert wurde. Ab 1989 kam es zu der Wende der Ö-Außenpolitik hin zu einer EU-Politik. 1989 wurde der Antrag zur Mitgliedschaft in der EG gestellt. 1990 wurde die EH wieder dem Bundeskanzleramt übergeben, wobei die multilaterale EH weiterhin vom Außenministerium behandelt wurde. 1989 wurde die ADC-Austria (Austrian Association for Development Cooperation) mit dem Ziel gegründet, den OECD-Standard und mehr Effizienz in der Projektabwicklung zu erreichen. (vgl. Arboleda 1994: 77) 1993 trat Österreich in die Beitrittsverhandlungen mit der EU.

Im Februar 1995 beteiligt sich Österreich an der NATO-Partnerschaft für Frieden (PfP). 1996 folgt der Beitritt zum Europarat. Im Jänner 1995 wird Österreich Mitglied der EU. Mit diesem Beitritt kommt es, nach der Orientierung an den OECD-Standards, zu einer weiteren entwicklungspolitischen Veränderung der OEZA. Die EU gilt als der bedeutendste Entwicklungshilfegeber weltweit und sie setzt die EZA laut HÖDL gezielt ein, um politische und ökonomische Präsenz in den Nehmerländern zu stärken. (vgl. Hödl 2006, In: De Abreu Fialho Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 30-31)

Nach dem Beitritt 1995 änderte sich die Ö-Außenpolitik zu einer europäischen Innenpolitik, jegliche Außenpolitik wurde von nun an in Abstimmung mit der EU betrieben. (vgl. Bellers et. alli. 2001: 195)

„Durch die Mitgliedschaft in der EU ist der eigenständige außenpolitische Spielraum Österreichs außerhalb der GASP rechtlich eingeengt. Österreich konzentrierte sich in den ersten Jahren seiner Mitgliedschaft in der EU besonders auf Politikbereiche wie Soziales,

Beschäftigung, Gesundheit, Konsumentenschutz, Verkehr und Energie.“ (Bellers et. alli. 2001: 195)

Den Vorsitz im EU-Rat hatte Österreich im zweiten Halbjahr 1998 inne und verfolgte eine Rolle des „ehrlichen Marklers“.

„(...) und grad Nicaragua, dass ja politisch so sensibel ist, geopolitisch sehr sensibles Land war (...) war es und ist es extrem wichtig, dass man ihnen zeigt, dass man der Broker ist, also ein honest broker ist.“ (Interview II)

2000 übernimmt Österreich den Vorsitz der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), wobei die Regierungsbeteiligung der FPÖ dazu führte, dass die EU-Sanktionen gegenüber Österreich verhängte. Der Stand von 2001 zeigt, dass das Interesse der Bevölkerung gegenüber außenpolitischen Fragen eher gering ist, was sich auch in der Ö-Medienlandschaft widerspiegelt. Laut BELLERS (2001) spielen auch „Think Tanks“ hier keine große Rolle, da die Ö-Außenpolitik eher auf Sympathie und persönlichen Beziehungen als auf langfristige Planung und Systematik aufbaut. (vgl ebd.: 196 ff.)

„(...) die Möglichkeiten Österreichs als außenpolitischer Spieler wird in erster Linie von seiner Rolle in der EU ausgehen. Österreichs Gestaltungsmöglichkeit hängt von der EU-Institutionenreform und dem Aufbau einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (...) ab.“ (Bellers et. alli.: 197)

Die Schwerpunkte der Ö-Entwicklungspolitik sind 2001 Demokratieförderung, Umweltschutz und Gleichberechtigung, wobei die öffentliche Entwicklungshilfe 1998 bei 0,25% des BIP lag und demnach weit entfernt von den seit 1971 von den Vereinten Nationen angestrebten 0,7% des BIP. (vgl ebd.: 198) 2011 liegt der ODA-Beitrag bei 0,27%. (vgl. Obrovsky, et. alli. 2012: 9)

Mit der Errichtung der ADA (Austrian Development Agency) im Jahr 2004 wurde der größte Teil der administrativen EZA ausgelagert und von nun an von dieser eigenständigen Entwicklungsagentur umgesetzt. Das BMEIA vertritt bei der ADA die Interessen der Republik Österreich und diese setzt hauptsächlich OEZA-Aufträge des BMEIA um, nicht aber anderer Ministerien. Die ADA ist für die Durchführung der bilateralen EZA sowie der humanitären Hilfe zuständig. (vgl. Obrovsky 2012: 21)

Österreich hat im Zuge der Pariser Agenda und der *Accra Agenda for Action* den *Austrian Action Plan on Aid Effectiveness* 2006 – 2010/11 erstellt und möchte eine bessere Partnerschaft mit allen involvierten Akteuren sowie mehr *Country Ownership* und Dezentralisierung erreichen. Des Weiteren möchte es die Effizienz und Harmonie erhöhen und die ODA auf weniger Schwerpunktländer und Sektoren konzentrieren. Auch die gegenseitige

Rechenschaftspflicht soll verstärkt werden und mehr Mitarbeiter in Koordinationsbüros eingesetzt werden, um die neue Aid Architecture zu fördern. (vgl. DAC Peer Review 2009: 65)

Dieser Paradigmenwechsel ist auf das Busan Partnership Agreement mit der dort formulierten Globalen Partnerschaft zurückzuführen. Von den Anfängen bis 2011 schien das Konzept der Partnerschaft einem stetigen Wandel unterlegen gewesen zu sein. Wobei sich tendenziell erkennen lässt, dass die Anfangsjahre der österreichischen EH von einer stark wirtschaftspolitisch geprägten Partnerschaft, welche sich in den 60er Jahren hauptsächlich an den Vereinten Nationen und ab den 80er Jahren vermehrt an der europäischen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik orientiert. Nach dem Beitritt Österreichs zur EU kommt es zu einer Orientierung an den OECD-Standards sowie zu einem Wandel von einer Außen- hin zu einer europäischen Innenpolitik. Obwohl Partnerschaft in all diesen Jahrzehnten ein präsent Thema gewesen ist, scheint dieses bis 2011, und man kann sagen bis heute, ein Konstrukt mit viel Interpretationsraum geblieben zu sein.

### 3.2) Nicaragua

Da wir uns im folgenden Kapitel die partnerschaftliche Beziehung Österreichs mit Nicaragua genauer ansehen werden, ist es wichtig, auch die andere Seite der Partnerschaft darzustellen. Innerhalb der Arbeitsdefinition von Partnerschaft als Beteiligung zweier gleichwertiger Akteure mit Akzeptanz für die jeweiligen Verschiedenheiten und auf Basis ihrer beidseitigen Vollwertigkeit und Eigenverantwortung soll auch Nicaraguas Partnerschaftsgeschichte angeführt werden.

Die entwicklungspolitische Geschichte Nicaraguas beginnt 1979 mit dem Ende der Somoza-Diktatur und dem Einsetzen des Sandinistischen Regimes in Nicaragua. Da sich die wirtschaftlichen Beziehungen Nicaraguas in diesem Moment auf die USA beschränken, die keine kommunistische Regierung tolerieren, ist diese Zeit geprägt von Bürgerkrieg, Schulden, Wirtschaftsembargo, etc. Der sandinistischen Regierung war das Thema der Gesundheit das größte Entwicklungsanliegen und sie schafft es trotz der wirtschaftlichen Missstände, die Malariafälle sowie die Kinderlähmung zu halbieren. (vgl. Sabor 2014: 48)

Erst durch die rechte Regierung unter Violetta Chamorro ab 1990 geht Nicaragua wieder eine Verbindung zur internationalen Finanzwelt ein und erholt sich langsam. 1994 wurde das erste Strukturanpassungsprogramm des IWF (Internationalen Währungsfonds) und der

Weltbank in Nicaragua begonnen, um einen Schuldenerlass sowie die Möglichkeit von Krediten zu erreichen. (vgl. Sabor 2014: 48)

Die Regierung unter Arnaldo Alemán ab 1997 entwickelt die ERCERP - *Estrategia reforzada de crecimiento económico y reducción de pobreza* (die Nationale Strategie zur Stärkung des Wirtschaftlichen Wachstums und der Reduzierung von Armut), welche Voraussetzung dafür ist, in das Kreditprogramm der HIPC's (Highly Indebt Poor Countries) der Weltbank einzusteigen. (vgl. ebd.:48) Ab 1997 schafft es Nicaragua, ein weiteres Kreditprogramm, das ESAF (Enhanced Structural Adjustment Facility) des IWF gewährt zu bekommen. Auch unter Alemáns Präsidentschaft kommt es zu großen Ausgaben im Bereich der Gesundheit, wofür 1996-1998 4,4% des BIP aufgewendet werden. (vgl. ebd.: 48)

Die Europäische Union stellt einen der wichtigsten Entwicklungsakteure für Nicaragua dar, da sie 50% der Kooperationshilfen übernimmt. Zwischen 2002 und 2004 werden 31% der Auslandshilfe von der EU finanziert. 2003 soll es mit der Erklärung von Managua zwischen den Gebern und der Regierung zu einer besseren Koordinierung, Harmonisierung und Angleichung der Zusammenarbeit kommen. (vgl. EU-Länderstrategiepapier NIC 2007-2013: 19f.)

Die größten bilateralen Geber sind 2004 die USA und Japan, auf multilateraler Ebene sind es die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (Interamerican Development Bank). (vgl. ebd: 19)

2005 kommt es laut EU-Länderstrategiepapier 2007 zu der Kofinanzierungsvereinbarung (Joint Financial Arrangement - JFA), worin ein koordinierter Ansatz über die Maßnahmen mehrerer Geber definiert wird. Nicaragua wird hier als das erste Land beschrieben, welches zwei Pilotprojekte im Zuge der Geberharmonisierung durchführt. Eines davon ist das Joint Country Learning Assessment (JCLA). Die JCLA ist eine Initiative der OECD-DAC-Länder, in welcher Nicaragua den Stand der Angleichung und Harmonisierung seiner Geberländer bewerten soll. Innerhalb dieses Prozesses werden die Hindernisse sowie die einzuleitenden notwendigen Schritte ausformuliert. (vgl. ebd.: 20) Im Anschluss kommt es zu Vorschlägen:

„(...) eine(s) Fahrplan(es) der EU für die Harmonisierung. Eine spezielle Koordinierung der EU in Bezug auf Koordinierung, Komplementarität und Kohärenz ist ein weiterer Schritt in Richtung Harmonisierung.“ (EU-Länderstrategiepapier NIC 2007 - 2013: 20)

„(...) das wichtigste Element der Strategie der EG für den Zeitraum 2007 - 2013 (ist), dass die Unterstützung der Kommission nicht nur finanzieller Art sein wird, sondern schrittweise zu einer wichtigeren Politik und politischen Dialog parallel zu einem weitreichenden Transfer der

europäischen Erfahrung (d.h. Partnerschaft zwischen Akteuren) verlagert wird (...)“ (EU-Länderstrategiepapier NIC 2007-2013: 22)

Innerhalb des Länderstrategiepapiers wurden die Vorschläge Nicaraguas für eine Geberharmonisierung, einem besseren Dialog und einer Partnerschaft aufgenommen. Dadurch lässt sich klar erkennen, dass es in diesen Bereichen 2007 noch Verbesserungspotential gab.

Daniel Ortega, welcher seit 2007 das Amt des Präsidenten in Nicaragua innehat, gilt als umstrittene Persönlichkeit, dennoch war es auch ihm ein großes Anliegen, das Gesundheitssystem zu reformieren. 2008 wurde der Plan Nacional de Desarrollo Humano (PNDH), der nationale Plan der menschlichen Entwicklung, ins Leben gerufen, welcher den Fokus auf die arme Bevölkerung, speziell der Atlantikregion Nicaraguas, legt. (vgl. ebd.: 49) Dieser wurde ein Jahr später, nach Aktualisierung, (vgl. PNDH 2009-2011:7) von der internationalen Gebergemeinschaft als integrales und multisektorales Instrument für Entwicklung anerkannt. (vgl. Sabor 2014: 49)

„Der PNDH, wurde offiziell im April 2008 als Vorentwurf bekannt gegeben und als Endform im Oktober 2008 vorgelegt. Dieser Plan wurde als eine Änderung des neoliberalen Modells, welches sich weltweit in einer Krise befindet, hin zu einem auf Bürgermacht basierendem Modell umstrukturiert.“ (PNDH 2009-2011: 7; eigene dt. Übersetzung)<sup>17</sup>

„Dieses Thema wurde in dem PNDH von 2009-2011 wieder aufgegriffen, ohne aber auf Aktionen zu verzichten, die ökonomische Aktivitäten stimulieren könnten, was wiederum bedeutet, Ermessenskosten zu senken, das Programm der staatlichen Investitionen zu verfeinern, und Konzessionäre- und Kontingentressourcen/Notressourcen der internationalen Gemeinschaft und des lokalen Marktes und der lokalen Wirtschaft abzuwickeln.“ (PNDH 2009-2011: 9, eigene dt. Übersetzung)<sup>18</sup>

Anhand dieses nationalen Plans konnte Nicaragua von 2007 - 2011 deutlich die Armutsrate senken und auch eine Steigerung der Beschäftigtenrate erreichen. Dank der Exporte und vermehrter Investitionen kam es 2010 zu einem BIP-Wachstum von 4,5% und 2011 zu einem Wachstum von 4,7%. (vgl. Sabor 2014: 50)

Der Entwicklungsplan gilt als ein Zeichen dafür, dass Nicaragua selbstständig handeln und seinen eigenen nationalen Plan entwickeln konnte, an den sich die internationalen Geber in ihren EZA-Vorhaben anzupassen hatten. Dies zeugt von einer Eigenverantwortung und einem

---

<sup>17</sup> „(...) Plan Nacional de Desarrollo Humano (PNDH), dado a conocer oficialmente en abril de 2008 en forma preliminar y en forma definitiva en octubre de 2008. Este Plan fue estructurado como cambio de modelo neoliberal que está en crisis mundialmente hacia el modelo del poder ciudadano (...)“ (PNDH 2009-2011: 7)

<sup>18</sup> “Este tema ha sido recogido en el Plan Nacional de Desarrollo Humano 2009-2011, pero sin abandonar acciones que estimulen la actividad económica, lo que exige a la vez reducir el gasto discrecional, afinar el programa de inversiones públicas, y gestionar recursos concesionales o de carácter contingente ante la comunidad internacional y mercado local.” (PNDH 2009-2011: 9)

*Ownership*, welches als solches für eine Partnerschaft unabdingbar ist. Fakt ist allerdings, dass der PNDH nicht ganz alleine von Nicaragua entwickelt wurde, sondern immer in Abstimmung mit der Weltbank und auch der EU.

„Also sicher auch mitgeschrieben hat die Weltbank als einer der größten Geber, dann die EU, also es ist sehr viel an Beratung und auch an unterschiedlichen Interessen eingeflossen (...) ich glaube nicht, dass es irgendwo einen Plan gibt, den das Land ganz alleine [stellt].“ (Interview IV, Ergänzung hinzugefügt)

### 3.3.) Vergleich & Überschneidungen der internationalen Geschichte zu Ö. und Nic.

Nachdem Österreich erst 1995 der Europäischen Union beitrifft, allerdings bereits ab den 60er Jahren den Partnerschaftsgedanken aufgreift, kann man davon ausgehen, dass die entwicklungspolitische Partnerschaft in Österreich von der katholischen Kirche und dem ÖED ausgegangen ist und von diesen eingeführt wurde. Genau wie auch Nicaragua schien Österreich abhängig zu sein von internationalen Bemühungen. Nicaragua war als EL abhängig von dem Interesse der internationalen Geberländer, als Partnerland auserkoren zu werden, wohingegen sich Österreich, im Rahmen der internationalen politischen Situation, mehr oder weniger aussuchen konnte, mit welchen Partnerländern es interagieren wollte. Dies impliziert bereits ein Machtungleichgewicht zwischen diesen potentiellen Partnern. Bemerkenswert ist auch, dass Partnerschaft in Österreich bereits ab den 60er Jahren Verwendung findet und somit lange vor den Bemühungen der EU und der OECD im entwicklungspolitischen Kontext als Konzept fungiert.

Als Österreich 1961 Mitglied der OECD wird, sind es die USA, Kanada und 18 europäische Länder, die die Organisation formen. Diese werden von Beginn an als Mitglieder bezeichnet. Ab 2007, mit der Miteinbeziehung anderer Länder und Ökonomien, wie Indien, China, Südafrika, etc., ist die Rede von Partnern.

“The OECD has 35 Member countries. Other countries and economies may be invited to participate in any of the Organisation's 36 Committees and other bodies. These countries and economies will be referred to as Partners. To determine which **Partners** should be invited, each Committee is required to formulate a **Global Relations Strategy**.” (OECD Partnerschaft)

“In May 2007, the Council, meeting at ministerial level, invited the Secretariat to strengthen OECD cooperation with Brazil, India, Indonesia, the People's Republic of China and South Africa through "Enhanced Engagement" programmes. These Key Partners contribute to the OECD's work in a sustained and comprehensive manner.” (OECD Members and Partners)

Diese „KeyPartners“ sind Länder, die nicht zu den Mitgliedern der OECD zählen. Daher ist davon auszugehen, dass die OECD den Begriff der Partnerschaft nach Österreich in sein Vokabular aufnimmt beziehungsweise in diesem Zusammenhang verwendet. Darüber hinaus meint „Partner“ auch die „Anderen“, die Mitglieder der OECD werden nicht als solche bezeichnet beziehungsweise nicht als „Key Partner“.

Kreisky definiert Partnerschaft bereits im 63er Jahr als eine „echte Zusammenarbeit ohne politische Gegenleistungen“, sprich ohne Konditionalitäten. Des Weiteren spricht er von einer kulturellen und psychologisch-soziologischen Partnerschaft, nämlich der Auseinandersetzung mit den kulturellen Reichtümern, Traditionen, der Entwicklungsländer, von denen auch Österreich lernen kann. Er warnt hier auch vor der Annahme, dass unser Verhalten, unsere Wertvorstellungen und Normen das „Maß aller Dinge“ wären. Seine Ideen und Vorstellungen der 60er Jahre kommen einer Partnerschaft, wie die OEZA sie heute definiert, sehr nahe. Auch Alois WAGNER, ÖED, schreibt in den 70er Jahren von der Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit dem Partnerschaftsgedanken, damit dieser auf bisherige Praktiken und Prinzipien überprüft sowie mit neuem Inhalt gefüllt werden kann. Er nennt auch die Wichtigkeit der Eigenständigkeit (des *Ownerships*) für eine Partnerschaft. Wenn sich der Diskurs über eine solche echte Zusammenarbeit oder Partnerschaft seit den 60er und 70er Jahren bis heute allerdings kaum verändert hat, dann stellt sich die Frage, ob eine solche ernsthafte Auseinandersetzung tatsächlich stattgefunden hat.

„Partnerschaft wird immer dann zu etwas Spezifischem, wenn der Umgang mit dem anderen kritisiert wurde, solange da keine Kritik war, also der Bürstmeier, Winkler, die haben nie ein Problem gehabt mit dem Wort und haben es verwendet in unterschiedlichem Sinne; der Kreisky im Sinne intern. Solidarität, die Katholiken, usw.“ (Walter Schicho, Gespräch am 03.07.2017)

W. Schicho meint hier, dass Partnerschaft schon lange und in unterschiedlichen Kontexten und Bedeutungen Verwendung gefunden hat, solange es zu keiner intensiveren Auseinandersetzung mit der Problematik kam. Für diese Arbeit wurde, um Eventualitäten und unterschiedliche Möglichkeiten der Interpretation zu entgehen, ein Vorschlag für die Definition von Partnerschaft für die OEZA erstellt. Im Folgenden wird diese Partnerschaft zwischen Österreich und Nicaragua als Fallbeispiel untersucht.

## 4) Österreichische Entwicklungspolitik (mit?) Nicaragua

### 4.1) Historische Beziehung

Das entwicklungspolitische Südwind-Magazin spricht 2009, bei der Beschreibung der Beziehung Österreichs mit Nicaragua, von einer „30-jährigen Partnerschaft auf zivilgesellschaftlicher und offizieller Ebene“. (vgl. suedwind-magazin.at)

Im Herbst 1977 begann in Nicaragua die Endphase der Samoza-Diktatur.<sup>19</sup> Somit war die 40-jährige Herrschaft der Samozas beendet und das Land begann seinen Neustart. Die Sandinisten (Mitglieder der FSLN (Sandinistische Nationale Befreiungsfront)), die am 23. Juli 1961 als Opposition der Diktatur der Samoza-Familie gegründet wurden, übernahmen 1979 unter Daniel Ortega die Macht und bauten das Land wieder auf. (vgl. südwind-magazin.at & uni-protokolle.de)

Zum ersten Mal seit 40 Jahren Diktatur wurde ein Dekret zur Verkündung der Grundfreiheiten sowie zur Abschaffung der Todesstrafe und der Zensur erstellt. Durch die Sabotagetätigkeiten der Contras<sup>20</sup> und die steigende Verschuldung Nicaraguas wurde 1982 der nationale Notstand ausgerufen. (vgl. Arboleda 1994: 117f)

Dies wurde zum Hauptgrund für das internationale und demnach auch österreichische Engagement für Nicaragua. Erst 1973 kam es durch einen Putsch zum Sturz des Präsidenten Salvador Allendes in Chile. Dieser Putsch, ebenfalls unterstützt durch die USA, führte zu der Sorge, dasselbe könnte durch die Contra-Revolution auch in Nicaragua passieren. (vgl. Rybak 2015: 30f) Die dadurch entstandene Solidaritätsbewegung ab 1978 meinte den Kampf der Dritten Welt<sup>21</sup> gegen den Imperialismus. (vgl. ebd.: 50) In Österreich wurden 1978 die ersten Solidaritätskomitees in Wien, Graz, Salzburg und Braunau gegründet und es kam zu der bekannten Spendenverdopplungsaktion<sup>22</sup> der Regierung für Nicaragua. (ebd.: 51ff)

1979 stattete der nicaraguanische Kulturminister, Ernesto Cardenal, Österreich einen Besuch ab, genauer genommen Salzburg, und ein Jahr später bereiste Bundesminister Pahr Nicaragua. Diese Besuchsdiplomatie wurde die nächsten Jahre so fortgesetzt. Im selben Jahr stellt die

---

<sup>19</sup> Der Samoza-Clan war eine einflussreiche Familie, die eine jahrzehntelange Diktatur in Nicaragua durchsetzte.

<sup>20</sup> Contra-Bewegung / Contras war eine von den USA finanzierte Militärbewegung gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua.

<sup>21</sup> „Dritte Welt“ bezeichnet die sich noch in Entwicklung befindenden Länder, die nicht der Ersten Welt - den Industrieländern und auch nicht der Zweiten Welt, den sogenannten Schwellenländern, zuordenbar sind.

<sup>22</sup> Die Spendenverdopplungsaktion war eine Initiative Bruno Kreiskys zur Verdopplung jeder Spende, die an das mittelamerikanische Land getätigt wurde, um die Solidarität zu Nicaragua zu verdeutlichen.

Österreichische Bundesregierung unter Kreisky den Beitrag von 1,5 Mio. Schilling für die gesundheitliche Versorgung in Nicaragua zu Verfügung. (vgl. Arboleda: 123ff)

Aufgrund der belastenden Beziehung mit den USA zog sich Österreich 1981 in eine diskrete Diplomatie mit Nicaragua zurück. (vgl. ÖFSE-NIC 2002: 26) Die Reagan Administration der USA strich ab 1980 alle Kredite für Nicaragua und nutzte sogar das Vetorecht, um den Kredit der Interamerikanischen Entwicklungsbank von \$500 Millionen an Nicaragua zu verhindern und somit die neue Regierung Nicaraguas zu stürzen. (vgl. Henighan 2014: 228)

Während die USA weiterhin die Contra-Revolution finanzierten, nahm Nicaragua in den 1980er Jahren eine sehr wichtige Position für die OEZA ein, welche ein Drittel ihrer Projektmittel in das mittelamerikanische Land investierten. (vgl. Margit 1995: 131) Diese Unterstützung war hauptsächlich politisch motiviert und zeigte die Solidarität zu Nicaragua, welches ebenfalls viel Unterstützung von anderen EU-Nationen sowie Kanada, Venezuela, etc. erhielt, jedoch nicht von der Sowjetunion, wie es die USA propagierten. (vgl. Henighan 2014: 232) Die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Nicaragua stiegen bis 1984 deutlich an, Österreich importierte hauptsächlich Baumwolle und Kaffee. (vgl. Arboleda: 124)

1983-88 kam es zur Bildung von Solidaritätsbrigaden, um Nicaragua vor der Contra-Revolution der US-Regierung Reagans zu schützen. Man ging davon aus, dass die dortige europäische Präsenz weitere militärische Interventionen der USA verhindern würde. (Rybak 2015: 55ff) Die österreichischen Brigaden hielten sich im Nordwesten sowie im Südosten des Landes auf. (ebd.: 71) 1983 stellt Österreich Nicaragua einen Kredit von 114 Mio. Schilling zu besonderen Bedingungen zur Verfügung. Der Kredit müsse innerhalb der nächsten 10 Jahre nicht zurückbezahlt werden, hat ein Schenkungselement von ca. 75% und eine Verzinsung von nur 1% jährlich. Im selben Jahr und im Folgejahr kam es auch zu einer hohen Nahrungsmittelhilfe von Österreich von jeweils 1.725 Tonnen Getreide. (vgl. Arboleda: 125f)

Bei den Wahlen von November 1984 gewinnt Daniel Ortega und die FSLN-Partei. Ab 1985 gab es Koordinierungskonferenzen-, und Stellen, die auch nach der Niederlage der Sandinisten 1990 weiterhin stattfanden. (ebd.: 75) 1985 war auch das Jahr, in dem die USA ein totales Wirtschaftsembargo gegenüber Nicaragua verhängten. (vgl. Jagschitz 2005: 49)

Von 1980 bis 1985 wurden von Österreich insgesamt 286 Mio. Schilling an Kredithilfe und 129 Mio. Schilling an technischer Hilfe an Nicaragua gegeben. (vgl. Arboleda 1994: 127) 1983 und 1985 stellt Nicaragua das (finanzielle) Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungshilfe dar (vgl. ebd.: 127), obwohl es erst 1992 offiziell zum Schwerpunktland

ernannt wurde. Ab 1987 kam es zu hohen Kreditforderungen und der Forderung nach gerechten Wirtschaftsbeziehungen mit Nicaragua, da der Profit und die eigenen wirtschaftlichen Interessen Österreichs, laut RYBAK, vor selbstlosem Handeln stand. (vgl. Rybak 2015: 87f.)

RYBAK stellt sich hier die Frage, ob staatliche Hilfe überhaupt als Solidarität bezeichnet werden kann (ebd.: 88). Laut ihm wurde auch die Frage nach Paternalismus in diesem Kontext kritisch diskutiert und es wurde angefangen, die Gelder und Spenden nicht mehr für spezifische Zwecke zu sammeln, sondern direkt an den Gemeinderat zu geben. (vgl. ebd.: 102)

Am 14. Juli 1985 wurde das Abkommen zur technischen Zusammenarbeit Österreichs mit Nicaragua unterzeichnet. (vgl. Arboleda 1994: 128) 1986 nahm Dipl.-Ing. Josef Pernerstorfer seine Tätigkeit als Koordinationsbüroleiter in Managua, Nicaragua auf und 1988 gab es bereits einige Städtepartnerschaften, Energie-, Wasser-, Land- und Gesundheitsprojekte, etc. (vgl. ÖFSE-NIC 1996: 22) Der Hurricane Joan verschärft die Wirtschaftskrise Nicaraguas 1988. Trotz des zentralamerikanischen Friedensabkommens von 1987 (Esquipulas II) (vgl. Bellers et. alli 2001: 440) schickt die Bush-Regierung ab 1989 weiter Geld an die Contra-Bewegung und finanziert die Wahlkampagne von der Präsidentschaftskandidatin Violetta Chamorro in Nicaragua. Auch die Besetzung Panamas und die Ermordung tausender Zivilisten wurde als taktisches Mittel eingesetzt, um die erneuten Neuwahlen der FSLN zu verhindern. (vgl. Henighan 2014: 235) Der großteils von den USA finanzierte neunjährige Bürgerkrieg, das Wirtschaftsembargo und die Zwangsrekrutierung zum Militär waren die Hauptgründe für das Wahlergebnis von 1990. (vgl. Arboleda 1994: 118)

Nach dem Wahlsieg Violetta Chamorros und der UNO (Union Nacional Opositoria) und damit der Niederlage der FSLN kam es zu einer Identitätskrise und damit zu einem Ende der Solidaritätsbewegung. (vgl. ÖFSE-NIC 1996: 126) Dennoch wurde versucht die bestehenden österreichischen Projekte und auch Städtepartnerschaften aufrecht zu erhalten und die diplomatischen Beziehungen mit der österreichischen Bundesregierung und der Präsidentin Violetta Chamorro rentierten sich. (vgl. Margit 1995: 62) Die US-Regierung beauftragte die Demobilisierung der Contras, beendete die Wirtschaftsblockade und stellte konditionierte Finanzhilfen bereit. (vgl. Bellers et. alli. 2001: 440) Nicaragua eröffnet im Oktober 1990 seine diplomatische Vertretung in Wien. (vgl. ÖFSE-NIC 2002: 27)

Ab 1991 legt Österreich, neben den bestehenden Schwerpunktsektoren, großen Wert auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und fördert das Regenwaldschutzprogramm „Rio San Juan“. (vgl. ÖFSE-NIC 1996: 23)

1992 wird Nicaragua offiziell zum Schwerpunktland der Ö-EZA ernannt (vgl. Slezak 2010: 19), wobei die Diskussion über die Notwendigkeit von Schwerpunktländern bereits 1980 begann, womit das Beenden des Gießkannenprinzips – also der wahllosen Entwicklungshilfe ohne Koordination - und der Fokus auf die jeweiligen Schwerpunktländer erreicht werden sollte. (vgl. Hödl 2004: 259ff.)

1993 besuchte der österreichische Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Wolfgang Schallenberg, Nicaragua (vgl. ÖFSE-NIC 2002: 28) und die nicaraguanische Präsidentin Chamorro stattete Heinz Fischer und den Regierungsmitgliedern einen Besuch ab. (vgl. ebd.) 1994 wurde ein bilaterales Kooperationsabkommen für 1994-97, über 528 Mio. ATS (Schilling) unterzeichnet (vgl. Slezak 2000: 19) und die Eröffnung eines Regionalbüros festgelegt. (vgl. ÖFSE-NIC 2002: 27) Des Weiteren kommt es zu dem ersten Strukturanpassungsprogramm (ESAF – Enhanced Structural Adjustment Facility) mit dem IWF (Internationalen Währungsfond), welches Nicaraguas Auslandsschulden reduzierte und neues Kapital erschloss. (vgl. Slezak 2010: 7)

1997 stattete Benita Ferrero-Waldner dem neuen Präsidenten Nicaraguas, Arnoldo Alemán einen Besuch ab und 1998 erließ Österreich Nicaragua 100 Mio. Schilling an Schulden. Seit diesem Jahr erhält Nicaragua auch ODA- (Official Development Aid) Leistungen aus OECD- (Organisation for Economic Cooperation and Development) Ländern, welche von 1993-2001 zwischen 325 Mio. US\$ und 931 Mio. US\$ schwankten. (ebd.: 12) Alemán instrumentalisierte Hilfgelder und durch seinen autokratischen Führungsstil und die Verhaftung des obersten Rechnungsprüfers der Republik drohten die europäischen Geberländer mit dem Stopp von Krediten und Hilfgeldern. (vgl. Bellers et. alli. 2001: 442) 1999 kam es von österreichischer Seite zu großen Hilfsmaßnahmen nach dem Hurrikan Mitch und Nicaragua tritt der HIPC- Initiative der Weltbank bei (HIPC – *Highly Indebt Poor Countries*), dessen vorrangiges Ziel die Förderung der Wirtschaft zur Reduktion der Armut ist. (vgl. ebd.: 11) 2000-2001 lag der Fokus der Beziehungen zwischen Nicaragua und Österreich auf der Entwicklungszusammenarbeit. (ÖFSE-NIC 2002: 27), wobei es zu einigen Projektabbrüchen aufgrund der Verschlechterung des Wechselkurses von Schilling und Dollar kam. (vgl. Jagschitz 2005: 67)

Da die zentralen außenpolitischen Themen der Regierung unter Alemán seit 1997 der Erwerb von Hilfgeldern und der Schuldenerlass sind, bemüht sich die Regierung die Kriterien für „poor highly in dept“ (arme hoch verschuldete) Länder zu erfüllen. (vgl. Bellers et. alli. 2001: 442) Nicaragua erarbeitet 2000 das „Interim Poverty Reduction Strategy Paper (IPRSP –

Armutsreduktions-Strategiepaper), welches der IWF (Internationaler Währungsfond) und die Weltbank 2001 als „Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP)“ anerkennen und manifestieren damit die Notwendigkeit des makroökonomischen neoliberalen Wachstums Nicaraguas und bestimmen dessen soziale Haushaltspolitik maßgebend mit. (vgl. Jagschitz 2005: 68)

2001 gewinnt Enrique Bolaños die Präsidentschaftswahlen und in diesem Jahr wird das Teilprogramm der Ö-EZA: „Sozialer Sektor in Nicaragua“ vom BMaA (seit 2014 BMEIA) ins Leben gerufen, welches bis 2003 Schwerpunkte im Bereich Bildung, Soziales, Wasser und Gesundheit setzt. (vgl. ÖFSE-NIC 2002: 32)

2003-2006 kommt es zu einer verstärkten bilateralen Kooperation mit der nicaraguanischen Regierung durch den Amtsantritt Bolaños und zu der ERCERP-Strategie (*Estrategia Reforzada de Crecimiento Económico y Reducción de la Pobreza*)<sup>23</sup> als Basis für die Durchführung künftiger Kooperationsprogramme. Bei dieser Strategie handelt es sich um eine nicaraguanische, zur Reduktion der Armut und Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums, welche als Schwerpunkte Landwirtschaft, Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe und Gesundheit formuliert. Somit kann Österreich seine Sektor-Konzentration wie gehabt fortführen. (vgl. ebd.: 33 & Braddock et alli 2003: ii)

Während sich der bilaterale ODA-Anteil Österreichs an Nicaragua in den 90ern und Anfang der 2000er immer zwischen 0,9% und 3,1% des BIP befand, liegt dieser seit 2005 unter 1%. (vgl. Slezak 2010: 20)

2006 trafen sich die Vertreter Mittelamerikas in Wien, um im Vorfeld des EU-LAC-Gipfels ihre gemeinsamen regionalen Entwicklungsstrategien mit den Geberländern zu diskutieren. Das Forum in Wien, an dem 200 Experten aus Lateinamerika und allen Ländern der EU teilnahmen, diente der Intensivierung der Partnerschaft zwischen Lateinamerika und der EU. (vgl. ebd.: 18)

Seit Anfang der 2000er Jahre finden sich die meisten Informationen zu den Beziehungen Ö-NIC in den Dreijahresprogrammen der OEZA. (siehe Kapitel 4.2.1)

#### 4.2) „Schwerpunktland“ Nicaragua

Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit, oder auch Entwicklungspolitik, setzt sich zusammen aus der Außenpolitik der Bundesregierung sowie der Entwicklungspolitik der EU und wird jährlich in einem Dreijahresprogramm festgesetzt. (vgl. Rassman 2003: 7) Das DAC

---

<sup>23</sup> Dt. „Verstärkte Strategie für Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion“

(Development Assistant Committee) der OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development) prüft etwa alle drei Jahre die Umsetzung der Entwicklungspolitik Österreichs.

Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit vieler Länder wird durch die OECD-Länder und deren DAC-Mitglieder bestimmt. Mittlerweile sind es 30 DAC-Mitglieder, welche anhand von bestimmten Kriterien (Institutionen, Richtlinien, Entwicklungsprogramme, M&E - Monitoring and Evaluations - Systemen, etc.) ausgewählt werden. Unter ihnen befinden sich 23 EU-Länder, die Europäische Union, Neuseeland, Australien, USA, Kanada, Japan und Korea. (vgl. OECD.org) Die DAC-Mitgliedsländer verfolgen zwar ihre eigene Entwicklungspolitik, legen allerdings gemeinsame entwicklungspolitische Leitprinzipien und Richtlinien fest. Diese Richtlinien werden laut GOMES (2006) als Ausweginstrument der Mitgliedstaaten im Rechtfertigungsdiskurs verwendet, um die Verantwortung von entwicklungspolitischen Handlungen abzugeben. (vgl. Gomes 2006, In: De Abreu Fialho Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2006: 15)

Ab 1991 wurden schrittweise Koordinationsbüros, Länder- und Sektorenprogramme innerhalb der Geberländer eingeführt. Seit dem EU-Beitritt 1995 muss Österreich seine Entwicklungspolitik mit den anderen EU-Mitgliedstaaten besser koordinieren und seit diesem Jahr ist das BMaA (heute BMEIA) für die EZA und Entwicklungspolitik zuständig. (vgl. ÖFSE-historische EZA: 1991-2000)

1992 kam es zu wesentlichen Reformen in der OEZA, woraufhin eine Konzentration auf Schwerpunkt- und Kooperationsländer stattfand, um die verfügbaren finanziellen Mittel besser auf die Partnerländer zu konzentrieren. (ÖFSE-historische EZA: 1991-2000) Nicaragua war von 1992-2013 ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und zählte zu der Schwerpunktregion Zentralamerika.

Das Dreijahresprogramm von 1996-1998 definiert ein Schwerpunktland für Österreich unter den folgenden Bedingungen:

- „• Das Land liegt in einer Schlüsselregion; • gewachsene österreichische Kooperationserfahrung; • Sicherheit und logistische Infrastruktur bieten die erforderlichen Arbeitsvoraussetzungen; • Möglichkeit zu tragfähigen lokalen Strukturen/Institutionen; Für Schwerpunktländer soll zusätzlich gelten, daß • ein umfassendes Kooperationsprogramm nach eingehenden allgemeinen und sektoriellen Analysen aufgebaut wird; • umfangreiche Erfahrungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in mehreren verbundenen Sektoren bestehen; • die Anstrengungen der nationalen Politik hinsichtlich der Wahrung von Menschenrechten, der Demokratisierung und eines schonenden -Umganges mit natürlichen Ressourcen erkennbar und anerkannt sind; • ein regelmäßiger entwicklungspolitischer Dialog stattfindet, der durch entsprechende Strukturen vor Ort unterstützt wird; • die nationale

Entwicklungspolitik in hohem Grad den Grundsätzen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit entspricht.“ (BMeiA: DJP 1996-1998: 24)

Der Grund, weshalb Nicaragua als einziges mittelamerikanisches Land zum österreichischen Schwerpunktland wurde, liegt unter anderen daran, dass langjährige Beziehungen bestanden, dass es ein LDC<sup>24</sup> war und eine funktionierende Infrastruktur vorhanden war. Josef Pernerstorfer, der erste Leiter des Koordinationsbüros in Managua, Nicaragua, von 1986 bis 1994, meint, dass es durch den Sieg der Sandinisten zu einer „spontanen Schwerpunktsetzung“ gekommen ist. (vgl. Interview Pernerstorfer in Jagschitz 2005: 157)

Von den Ländern, die Nicaragua unterstützen, wurde ab den 90er Jahren eine koordinierte Entwicklungspolitik angestrebt. Ab 1995 gab es dazu das erste Treffen in Paris, gefolgt von 1996 in Washington, 1998 in Genf und 1999 in Stockholm. Diese sollten dazu beitragen, den Geldfluss der Geber zu regeln und zu kontrollieren, so dass es nicht zu einer Vernachlässigung oder einer Überschüttung von finanzieller Hilfeleistung einiger Länder kommt. Das führte schließlich auch zu der Ernennung von Schwerpunktländern innerhalb der OECD, um einen Fokus auf ausgewählte Nehmerländer zu legen und die finanzielle sowie technische Unterstützung auf diese Länder konzentrieren zu können.

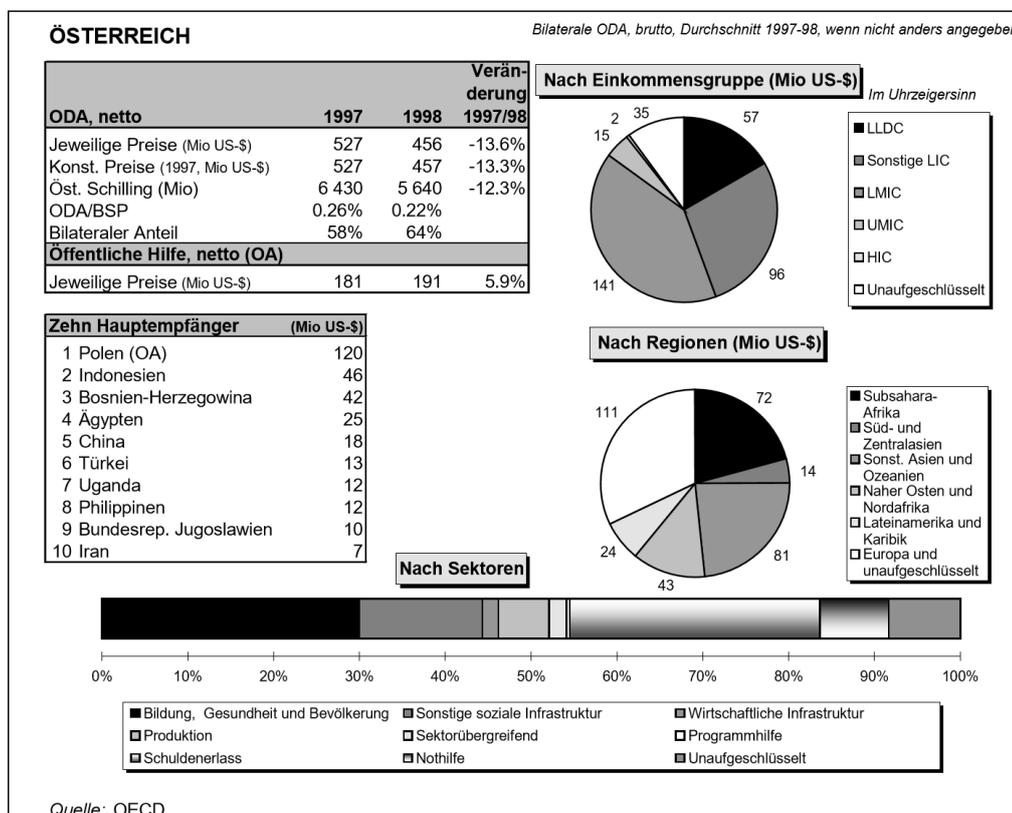
In den 1990er Jahren erhielten Schwerpunktländer etwa 60% der bilateralen Programm- und Projekthilfe, wobei der Höhepunkt im Jahr 1998 erreicht wurde, als 72,6% für Schwerpunktländer verwendet wurden. (vgl. Ostermann 2003: 47f) Umso mehr ist hervorzuheben, dass Nicaragua trotz der Ernennung zu einem Schwerpunktland der OEZA (1994-95) in den Folgejahren nicht unter den 10 Hauptempfängerländern der ODA aufschien.

---

<sup>24</sup> LDC = Least Developed Country

Figure 1

### Übersicht über die österreichische ODA



Josef Pernerstorfer kritisiert die ökonomischen Vorteile, die sich Österreich im Laufe der EZA mit seinem Partnerland Nicaragua ermöglicht hat.

„Wie lange haben wir die Lüge aufrechterhalten, dass wir Exportförderung als Entwicklungshilfe deklariert haben, mit allen möglichen Tricks ist das geschehen. Es ist so arg geworden, dass sogar die OECD bei allem Verständnis gesagt hat, so geht das nicht weiter (...) Wenn diese Prioritäten an die Bedürfnisse des Entwicklungslandes gegeben sind, dann kann man es auch rechnen, aber Exportkredite sind einmal prioritär im Interesse der österreichischen Exportwirtschaft (...) Dann werden (...) Traktoren oder sonst was exportiert und die ganze Infrastruktur (...) und dass man vielleicht heimische Bemühungen abwürgt oder in Nöte bringt, mit diesen Exporten, das ist immer wieder vorgekommen und passiert. Das waren typische österreichische Haltungen (...)“ (Jagschitz 2005: 166)

Der OECD-Bericht von 2000 spricht ebenfalls genau diese Problematik an. 1994 sind noch 27% der ODA an vergünstigte Exportkredite geflossen, was im Jahr 1998 bereits auf 7% verringert wurde. Dennoch zählen diese Kredite nicht zu den ODA-Leistungen, weil hier nicht primär Entwicklungsziele verfolgt werden und diese Exportkredite unabhängig von dem bilateralen Programm des BMA (heute BMEIA) existierten und daher andere als die Schwerpunktländer als Hauptempfänger der bilateralen ODA Österreichs aufscheinen. (vgl. OECD-Prüfbericht 2000: 10f.) Auch indirekte Studienplatzkosten machen Ende der 1990er bis

zu 10% der ODA aus und auf die Flüchtlingshilfe innerhalb Österreichs entfallen zirka 7%, was die ODA intransparent und ungenau macht. (vgl. ebd.) Empfehlungen des DAC waren hier die Erhöhung der gesamten ODA-Leistungen Österreichs, eine ganzheitliche EZA-Strategie, die an klar definierte EZA-Ziele gebunden ist, Mechanismen zur Koordination von ODA-Aktivitäten, stärkere Verankerung der DAC-Grundsätze, Erstellung eines Jahresberichts zum ODA-Budget, In-Einklang-Bringung von Flüchtlingshilfe, Exportkrediten und Studienplatzkosten mit den DAC-Berichtsaufgaben und -praktiken und die Sektion EZA (Sektion VII) sollte sich stärker auf eine kleine Anzahl von Partnerländern fokussieren, etc. (vgl. OECD-Prüfbericht 2000: 11f)

Österreichs wichtigstes Schwerpunktland mit Platz 1 war 2009, laut DAC, das mittelamerikanische Land Nicaragua, wenn man sich allerdings die ODA-Transfers ansieht, so befindet sich Nicaragua nicht einmal unter den Top 10 der Nehmerländer. Auch von den anderen 14 Schwerpunktländern schaffen es gerade einmal Bosnien und Herzegowina und Serbien auf die Top 10 ODA-Liste.

Figure 2

**Table 1. Austrian development co-operation thematic priorities and priority countries**

ADC thematic priorities	Priority countries/partners
<p><b>Development co-operation act</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Poverty reduction</li> <li>• Peace and human security</li> <li>• Preserving the environment</li> </ul>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Nicaragua</li> <li>2. Cape Verde</li> <li>3. Burkina Faso</li> <li>4. Ethiopia</li> </ol>
<p><b>Three year programme (six core thematic areas)</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Water and sanitation</li> <li>2. Rural development</li> <li>3. Energy</li> <li>4. Private sector development</li> <li>5. Education and scientific co-operation</li> <li>6. Good governance: including human rights, rule of law democratisation, conflict prevention and peace</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>5. Uganda</li> <li>6. Mozambique</li> <li>7. Bhutan</li> <li>8. Albania</li> <li>9. Bosnia and Herzegovina</li> <li>10. Macedonia</li> <li>11. Serbia</li> </ol>
<p><b>As well as:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Humanitarian assistance</li> <li>• International financial institutions</li> <li>• Multilateral aid</li> <li>• Aid for trade</li> <li>• Health</li> </ul>	<ol style="list-style-type: none"> <li>12. Kosovo</li> <li>13. Montenegro</li> <li>14. Moldova</li> <li>15. Occupied Palestinian Territories</li> </ol>
<p><b>Cross-cutting:</b> Gender; environment</p>	

Quelle: OECD - DAC Peer Review 2009

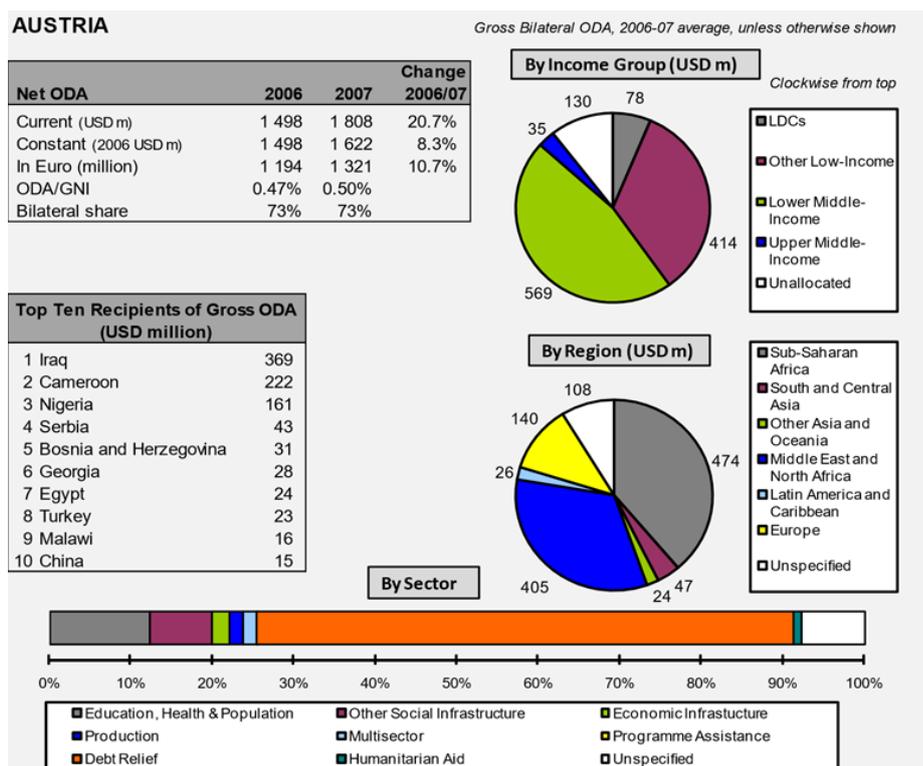
„Austria is not providing aid to priority countries at levels consistent with those of similarly prosperous EU countries (...) Increasing country programmable aid and multilateral aid is the only viable method for Austria to lift its performance in line with its commitments to increase aid. This would help Austria provide more aid for the programmes it supports at regional and national level at an adequate scale and degree of predictability to allow effective aid management by partner countries.” (DAC Peer Review 2009: 44)

Der DAC Peer Review meint hier, dass Österreich nicht genug Entwicklungsgelder für seine Schwerpunktländer aufwendet, wie es sinnvoll wäre, um lokal eine gute Arbeit leisten zu können und den Partnerländern die Möglichkeit zu geben, effektives und vorhersehbares EZA-Management zu betreiben. Der Peer Report zeigt ebenfalls, dass 2006 nur 17% der Entwicklungshilfegelder der ADA an Institutionen in Partnerländer geflossen sind, was zwar eine Steigerung von 5% seit 2004 bedeutet, nicht aber die Anforderungen der Paris Agenda von 2005 erreicht, welche als Teil der *Harmonisation*-Säule eine 66% Verwendung der Gelder bis 2010 vorsieht.

“Percent of aid provided as programme-based approaches: 66% of aid flows are provided in the context of programme-based approaches.” (OECD Paris Declaration 2005: 10)

25% der Gelder gingen 2006 an internationale Organisationen oder Agenturen. 41% haben NGOs bekommen und 17% gingen an private Österreichische Firmen und Institutionen. Mehr Geldflüsse gingen dementsprechend an internationale Organisationen und NGOs, als an die Partnerländer selbst. (vgl. DAC Peer Review 2009: 45)

Figure 3



Quelle: OECD - DAC Peer Review for Austria 2009

Laut DAC ist das Hauptproblem, dass die ADA jährlich zu viele neue kleine Projekte finanziert. Sie rät Österreich somit zu einer Konzentration auf das österreichische EZA-Programm und ihre Sektor-Programme. Das ist hier vor allem wichtig, damit sich die Partner in den

Schwerpunktländern auf einen regelmäßigen Geldfluss verlassen und so ihre eigenen Programme besser planen können. Der DAC verlangt hier seit 2004 eine bessere Vorhersehbarkeit und Eingrenzung in der Budgetplanung der ADA. (vgl. ebd.: 46) Denn trotz der 14 Schwerpunktländer (Stand 2009) fließt nicht der Hauptanteil der österreichischen ODA an diese Länder. (vgl. Abbildung 1 und 2)

#### 4.2.1) Koordinationsbüro

Seit 1986 bestand ein Regionalbüro, welches 1993 offiziell zum Koordinationsbüro in Managua wurde und sich um die regionale Umsetzung der OEZA sowie bilaterale Kooperationsprogramme kümmerte, bis es 2012 geschlossen wurde. (vgl. Slezak 2010: 20)

Im Jahr 2000 beginnt das ÖEZA-Koordinationsbüro in Zusammenarbeit mit der ÖEZA-Kontrollabteilung vollständig vor Ort die Rechnungsprüfungen für alle Projekte in Mittelamerika durchzuführen. Das wird als wichtiger Beitrag zur Dezentralisierung der OEZA gezählt. (vgl. ebd.: 32)

„Das Regionalbüro ist aktiv an der *Geberkoordination* beteiligt, vor allem im Bereich Good Governance, Klein- und Mittelbetriebe, Umwelt, Gesundheit und Armut. Limitierender Faktor dabei ist die mangelnde Themenführerschaft seitens der Regierung, sodass in den genannten Bereichen die Gebergemeinschaft die Initiative übernommen hat.“ (ÖFSE-NIC 2002: 31)

Dieses Zitat verdeutlicht, dass das Regionalbüro die Schwerpunktbereiche der Gebergemeinschaft unterstützte, da die nicaraguanische Regierung, laut Regionalbüro, mangelnde Themen vorschlug. Wie im Zitat erwähnt, ist das Büro vor allem in den Bereichen Gesundheit, ländliche Entwicklung und Privatsektorenentwicklung seit 2008 aktiv an der Geberkoordination beteiligt. Vor dem Antritt der neuen Regierung 2008, kam es laut Slezak allerdings eher zu einer geberschafts koordinierten Zusammenarbeit. (vgl. ebd.: 32)

Die Existenz der Regionalbüros führte laut GOMES sowohl zu Veränderungen der Machtverteilung innerhalb Österreichs, als auch innerhalb der Beziehung zwischen der Durchführungsorganisation und den jeweiligen Partnern. (vgl. Gomes, Hanak, Schicho et. alli. 2003: 19) Laut GOMES kam es hier zu sichtbaren Veränderungen in der Beziehung mit den Projektpartnern, ganz besonders mit den NGOs, die bis in die 90er Jahre über große Autonomie verfügten, sich nun aber der Schwerpunktsetzung des BMEIA (Sektion VII) unterwerfen mussten. Durch diese Verbürokratisierung kam es in einigen Bereichen zu einer Verdeckung von Organisations- und Machtstrukturen, was laut GOMES zu einer größeren Asymmetrie der

Beziehungen zwischen den Partnern führte. (vgl. ebd.: 20) Obwohl die Gründung des Regionalbüros zu einer Verbesserung innerhalb der Kommunikation Ö-NIC führen hätte sollen.

2004 kam es durch die Gründung der ADA nochmals zu einer Veränderung.

„Das ist ein wichtiger Punkt, die Gründung der ADA. Weil hier die operative Arbeit von der Strategiearbeit auseinanderfällt, nicht. Sie können sich das so vorstellen, so Menschen wie ich, die haben einfach vor Ort mit allen Beteiligten geredet, sich Sachen angeschaut, welchen Fortschritt jetzt die operative Arbeit macht und das macht jetzt die ADA mit ihren Projekten.“ (Interview III)

Vor der Gründung der ADA war das BMEIA für die Kommunikation mit dem Regionalbüro beziehungsweise Koordinationsbüro vor Ort zuständig. 2004 kam es allerdings hier zu einer weiteren Spaltung, nun wurde auch österreich-intern zwischen einer planenden (BMEIA) und einer operativen (ADA) Organisation unterschieden.

Josef Pernerstorfer kritisiert hier sehr deutlich die Haltung der OEZA gegenüber Nicaragua bis hin zur Gründung der ADA und verdeutlicht, dass die Eigeninteressen Österreichs immer an erster Stelle kamen.

„Nie ist ein Kooperationsministerium gegründet worden, nie hat es einen Staatssekretär gegeben, der ausschließlich für Entwicklungshilfe zuständig war (...) Nie hat es also einen Staatssekretär für Entwicklungspolitik gegeben, man hat das immer mitlaufen lassen und das Eigeninteresse war immer wichtiger (...)“ (Interview Pernerstorfer In: Jagschitz 2005: 165)

Des Weiteren merken sowohl Herr Pernerstorfer, als auch die ehemalige Koordinationsbüroleiterin Frau Michaela Ellmeier an, dass die Gründung der ADA einen Rückschritt für die Entscheidungsfreiheit der Leiter vor Ort und somit für die Partizipation der dortigen Bevölkerung, für nichtstaatliche Organisationen bedeutet, sowie zu einer Zentralisierung geführt hat. (vgl. Jagschitz 2005: 140f, 164ff)

„Was die ADA jetzt natürlich probiert, ist, dass sie Sachen auch vereinheitlicht und bis zu einem gewissen Grad auch zentralisiert (...) früher war es so, dass im Prinzip der Büroleiter [Koordinationsbüro] entschieden hat, jetzt entscheidet die Büroleitung in Wien (...) jetzt wird mehr Rechtfertigung verlangt für Entscheidungen [vor Ort] (...)“ (Interview Ellmeier In: Jagschitz 2005: 140 ; Anmerkung hinzugefügt)

„Ich war auch nicht so mächtig oder unabhängig und habe auch relativ wenig Spielraum gehabt für Entscheidungen (...) Ich halte es für einen Rückschritt, aber es ist auch nicht sehr durchdacht gewesen (...) da ist man in Österreich immer ängstlich, jemanden Eigenentscheidungen treffen zu lassen, die man dann mittragen muss (...) das Nahverhältnis zum offiziellen Vertreter im Entwicklungsland [hat] keinen großen Sinn mehr, wenn alles ohnehin woanders entschieden wird (...) Durch die Auslagerung muss die ADA immer Rechnung legen und berichten, es sitzen natürlich die Leute, die die Fäden in der Hand haben weiterhin im Außenministerium, die lassen das nicht aus, formal nach außen wurde es ausgelagert (...)“ (Interview Pernerstorfer In: Jagschitz 2005: 164ff ; Anmerkung hinzugefügt)

Frau Ellmeier und Herr Pernerstorfer verdeutlichen hier, dass es durch die Gründung der ADA zu vermehrter Kontrolle und Rechenschaftspflicht der Einsatzkräfte vor Ort in Nicaragua gekommen sei. Somit sei der Kontakt vor Ort durch das Koordinationsbüro nicht mehr sinnvoll, da die Entscheidungen in Wien getroffen würden. Hiermit kommt es zu einem Eingriff in die *Ownership* Nicaraguas.

Auch Development Cooperation Act, welcher 2002 von Österreich ratifiziert und seit 2003 umgesetzt wird, zeigt die Wichtigkeit der Selbstbestimmung des Partnerlandes, da auch das jeweilige Länderprogramm auf dem Entwicklungsprogramm des Partnerlandes basiert:

“The Development Co-operation Act states that the aims of the partner government —and their right to choose their own way of development is a key principle for Austrian development co-operation. This commitment to *ownership* is shown by Austria’s country programming arrangements which start from the basis of the partner country’s own development strategy (...)” (DAC Peer Review 2009: 67)

Ein Kernprinzip des Österreichischen Länderprogrammes ist demnach seit 2002 *Ownership* – das Recht der Partnerregierung, ihren eigenen Entwicklungsweg zu wählen. Basierend auf den erstellten Kriterien einer Partnerschaft ist *Ownership* oder Selbstbestimmung ein wichtiger Teil einer Partnerschaft beziehungsweise macht eine solche erst aus. Der DAC Peer Review verdeutlicht 2009, dass sich Österreich an der Länderstrategie des Partnerlandes orientiert, was für Österreich einen zentralen Grundsatz der Entwicklungskooperation darstellt.

#### 4.1.2) Dreijahresprogramme

Programme und Projekte werden je nach Wissensstand und Interesse der jeweiligen nationalen und internationalen Institutionen und Träger erstellt, angepasst oder erneuert. Wichtig ist, dass dies in einem Prozess mit dem jeweiligen Projektpartner geschieht, was in den Schwerpunktländern die dortige Regierung und (Zivil)-Gesellschaft meint. Für die Zusammenführung aller nötigen Informationen ist in erster Linie der sogenannte Koordinator in einem Projektland zuständig (Koordinationsbüro), weil er die Schnittstelle zwischen den Beteiligten ist. Bei Kontakten mit Ministerien sind auch Botschafter beteiligt. Diese erstellen in einem ersten Schritt einen Entwurf des Programmes, welcher dann der jeweiligen zentralen Stelle, in unserem Fall der Sektion VII und der politischen Abteilung des BMEIA, vorgelegt, überprüft und gegebenenfalls genehmigt wird. (vgl. Lennkh und Stachel In: Gomes B., Hanak I., Schicho W. et. alli. 2003: 117)

Die Dreijahresprogramme (DJP) werden im Vorhinein von dem BMEIA für die jeweils nächsten drei Jahre erstellt und dienen seit 2004 als Grundlage für die Projekte und Programme der ADA. Im Folgenden werden vier ausgewählte DJP im Zeitraum von 1986 - 2012 auf die Partnerschaft Österreichs mit Nicaragua untersucht.

#### DJP: 1993 - 1995

„Entwicklungspolitik ist ein Instrument zum Ausgleich zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern im Sinne einer sozial gerechteren, sicheren und ökologisch ausgewogenen Weltordnung. Entwicklungspolitik ist aufgrund der globalen Auswirkungen der gesamten nationalen und internationalen Politik eine Aufgabe aller Bereiche des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Handelns. Die Entwicklungspolitik soll spezifisch entwicklungshemmende Abhängigkeitsverhältnisse und benachteiligende Wirtschafts- und Finanzstrukturen abbauen und zur Entwicklung im Sinne der Gleichberechtigung aller Staaten, Völker und Menschen, wie es in den Grundsatzdokumenten der Vereinten Nationen festgelegt ist, beitragen.“ (Arboleda 1994: 65)

1992 wurde Nicaragua zum Österreichischen Schwerpunktland ernannt und in den DJP von 1993 - 1995 finden sich bereits wichtige Kriterien einer Entwicklungspolitik, die als solche eine Partnerschaft ausmachen könnten. Die Rede ist hier von der Entwicklungspolitik als Instrument des Ausgleichs, von der Wichtigkeit des kulturellen Handelns und einer Gleichberechtigung aller Staaten.

DJP 1996 - 1998: Schwerpunkte Gesundheit, Wasser, HIV-AIDS, Armutsbekämpfung (vgl. ÖFSE-NIC 1996: 23f)

Das DJP handelt davon, dass die OEZA ihren Partnerländern helfen möchte, bessere Voraussetzungen für deren Entwicklung zu schaffen, damit „erfolgreiche Partner zu mehr Wohlstand und Sicherheit beitragen werden“. (vgl. BmeiA DJP: 88) Es sollen die „Bedingungen und Verpflichtungen der einzelnen Länder berücksichtigt“ werden. (ebd. 89)

„Im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für die Jahre 1996 bis 1998 werden folgende Aufgaben formuliert: (...) Im Bereich der ländlichen Entwicklung beabsichtigt die österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Beiträge zum Schutz und zur Nutzung alternativer Energiequellen zu leisten sowie Arbeitsplätze durch Anbau und Verarbeitung von Energiekulturen zu schaffen (...) Unterstützt werden (...) Vorhaben zur Entwicklung demokratischer Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsmechanismen durch aktive Partizipation der Bevölkerung bei der Planung und Durchführung von Entwicklungsvorhaben im lokalen Kontext.“ (ÖFSE\_NIC 1996: 24; Hervorhebung hinzugefügt)

Das Dreijahresprogramm der OEZA entscheidet darüber, welche Bereiche die OEZA in Nicaragua unterstützt und welche Beiträge im Land geleistet werden sollen. Die Möglichkeit einer aktiven Partizipation, die die OEZA der Bevölkerung vor Ort ermöglicht, bezieht sich auf die „Planung und Durchführung von Entwicklungsvorhaben im lokalen Kontext“, also z.B. die

Planung für ein bestehendes Projekt und die lokale Umsetzung dessen. Oder die Planung eines Projektes innerhalb des Rahmenprogrammes der OEZA. Hier kommt die Frage auf, ob dies eine aktive oder passive Partizipation nach P. FREIRE meint. Feststeht allerdings, dass die finanzielle Planung und somit auch die Größe sowie der Rahmen eines Projektes von Österreich bestimmt wird, was gewisse Machtungleichheiten impliziert.

„(...) einerseits hat Österreich gewachsene Beziehungen und Schwerpunkte in der Dritten Welt, die im Interesse der Partner weiterverfolgt und ausgebaut werden sollen, und andererseits ist der Stellenwert Österreichs im Rahmen der EU-Entwicklungspolitik auch von seinen bilateralen Leistungen, seinem Know-how und seinem Ansehen bei den Partnerländern abhängig. (BMeiA: DJP 1996-1998: 6)

In dem DJP ist die Rede von einer Diskrepanz zwischen der österreichischen Verpflichtung der EU gegenüber und der seiner Schwerpunktländer gegenüber. Es wird allerdings versichert, dass die bilaterale Hilfeleistung Österreichs nicht durch den Beitritt der EU belastet werden soll. (vgl. ebd: 6) Des Weiteren wird hier Partnerschaft als Austausch verschiedener Kulturen, Länder und Lebensweisen beschrieben, welche laut DJP der Arbeit der österreichischen NGOs zu verdanken sei.

„Erst die gute Kenntnis der internationalen und nationalen Rahmenbedingungen und ein breites Verständnis für andere Länder, Kulturen und Lebensweisen ermöglichen partnerschaftliche Begegnung und Zusammenarbeit. Den nichtstaatlichen Organisationen kommt im Rahmen der Informations-, Bildungs-, und Öffentlichkeitsarbeit aufgrund von persönlichen Kontakten, den in Entwicklungsländern gemachten Erfahrungen und der Verankerung in der österreichischen Bevölkerung, insbesondere den entwicklungspolitisch bereits engagierten Kreisen, eine besondere Bedeutung zu.“ (BMeiA DJP 1996-1998:47)

Trotz Bestehen des Koordinationsbüros schreibt das DJP nur den NGOs und nicht der staatlichen OEZA eine „besondere Bedeutung“ in dieser Art der partnerschaftlichen Begegnung zu. Auch eine interviewte Expertin äußert sich in diesem Zusammenhang folgendermaßen.

„Wichtig ist, dass die NGOs dort gute Arbeit geleistet haben, wenn man jetzt von Partnerschaft spricht, die auch viel von dem, was jetzt wir offiziell dort gemacht haben wieder nach Österreich zurücktragen (...) Vielleicht kann man das als Amt auch nicht, aber wir hätten es auch nicht einmal versucht.“ (Interview III)

Diese Aussage bestätigt, dass das partnerschaftliche Vorgehen beziehungsweise das Bemühen um Partnerschaft, oder eine partnerschaftliche Arbeit an sich eher von den österreichischen NGOs ausgeübt wurde, als von staatlicher Seite.

DJP 2003 - 2006 Hauptziele: Umweltschutz, Friedenssicherung und Armutsbekämpfung. (vgl. BMEIA-DJP 2004 bis 2006)

„...Außerdem soll das geringe Interesse der österreichischen EZA an der Miteinbeziehung von kulturellen Faktoren in den verschiedenen Dreijahresprogrammen und bei Entwicklungsprojekten diskutiert werden.“ (Jagschitz 2005: 76; Hervorhebung hinzugefügt)

JAGSCHITZ kritisiert hier, dass die Kultur in den Dreijahresprogrammen der OEZA, außer bei Umweltanliegen, keine Rolle spielt, dass erst im Jahr 2005 die Rede von einer Berücksichtigung von kulturellen Faktoren im Strategiepapier des BMEIA ist und dass sich allgemein in der OEZA noch nicht die Erkenntnis durchgesetzt habe, dass kulturelle Aspekte auch für die Armutsbekämpfung eine große Rolle spielen. (vgl. ebd.: 76)

JAGSCHITZ nennt hier ein konkretes Bioenergieprojekt, welches 1994 startete und 1999 erfolglos für beendet erklärt wurde. Als Grund für das Scheitern wird im Dreijahresbericht von 1996-1998 die fehlende Unterstützung der nicaraguanischen Regierung und 1999 schlussendlich die schlechte und unzureichende Projektplanung und -umsetzung genannt. Laut JAGSCHITZ wurde hier keine Rücksicht auf die nicaraguanische Kultur genommen. Eine fehlende Miteinbeziehung der lokalen Bevölkerung und keine soziokulturelle Analyse der lokalen primären Probleme führten schlussendlich dazu, dass die betroffene Bevölkerung wieder auf ihre eigenen Anbaumethoden zurückgriff. (vgl. ebd: 77f)

Somit verdeutlicht JAGSCHITZ die ungleichen Beziehungen und den fehlenden beidseitigen Austausch auf Augenhöhe zwischen Österreich und Nicaragua, welche laut Arbeitsdefinition für eine vollwertige Partnerschaft ausschlaggebend sind.

JAGSCHITZ macht in seiner Arbeit unter anderem deutlich, dass es ein Ungleichgewicht an Ausbildungshintergrund der Beschäftigten in der ADA gibt.

„Auf eine Anfrage bei der ADA um den Ausbildungshintergrund der 60 beschäftigten Personen in Österreich und der 20 Mitarbeiter(Innen) in den 13 Koordinationsbüros in den wichtigsten Partnerländern (welches zu dieser Zeit auch Nicaragua war) zu erfahren, wurde mir mitgeteilt, dass sich die ADA als Expertenorganisation versteht und der Ausbildungshintergrund nicht als Auswahlkriterium dient, sondern die Berufserfahrung ausschlaggebend ist (...) Aus dieser Antwort schließe ich jedoch, dass bei der Personalzusammensetzung kein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Sozialwissenschaftlern und Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlern besteht.“ (Jagschitz 2005: 81)

Wie wichtig es allerdings ist, sich auf den sozioökonomischen Hintergrund der Bevölkerung vor Ort einzustellen bevor man ein Projekt plant und dementsprechend eine einschlägige Ausbildung vorzuweisen hat, wird unter anderem auch in der Arbeit von JAGSCHITZ deutlich. Des Weiteren argumentiert er hier gegen die vorgegebenen Zeitrahmen für Projekte von 3-5 Jahren, welche bereits im Vorhinein festgelegt würden. Die Leiterin seines untersuchten Projektes IPADE, welches als eines der erfolgreichsten Projekte in Nicaragua gilt, betont, dass mindestens 10 Jahre für ein landwirtschaftliches Projekt nötig seien, um auch die Denkstrukturen von Menschen verändern zu können. Das Beispiel, welches in diesem Zusammenhang angeführt wird, ist das der Produktivitätssteigerung.

Selbst wenn mehr Produkte erzeugt werden können, muss dieser monetäre Mehrwert nicht per se zu einer positiven Veränderung innerhalb der Familie oder der Gesellschaft führen, da eben dieser vielleicht nur von den Männern der Familien dazu genutzt wird, Alkohol zu konsumieren. (vgl. Jagschitz 2005: 129f)

#### DJP 2007 - 2009:

In diesem DJP von 2007 ist davon die Rede, dass Schwerpunktländern mehr Budget erhalten sollen und Programme im partnerschaftlichen Dialog stattfinden, was der Pariser Agenda von 2005 entspräche.

„Schwerpunktländern wird durch höhere Dotierung der ADA-Budgetlinien größeres Gewicht verliehen. Programme werden im partnerschaftlichen Dialog auf Basis der Pariser Deklaration entwickelt.“ (BMeiA DJP 2007 - 2009: 12)

Hervorzuheben ist allerdings, dass laut DAC Peer Report von 2006 nur 17% der Entwicklungshilfegelder der ADA an Institutionen in Partnerländern geflossen sind, was trotz einer Steigerung von 5% seit 2004 nicht die Anforderungen der Paris Agenda von 2005 erfüllt. (vgl. DAC Peer Review 2009:45 & OECD Paris Declaration 2005: 10) Nicaragua befindet sich in diesem DJP an zweiter Stelle der ODA-Schwerpunktempfängerländer, obwohl es, wie im DJP verdeutlicht, nicht zu den LDC zählt. (vgl. BMeiA DJP 2007-2009: 14ff) Dies gewinnt an Bedeutung, wenn als einer der offiziellen Hauptgründe der Schließung des Koordinationsbüros in Managua genannt wird, dass „Nicaragua nicht mehr zu den LDCs zählt“, obwohl dies bereits länger nicht der Fall war.

„Und die offizielle österreichische Begründung, dass wir uns aus Nicaragua zurückziehen und zwar sehr schnell zurückziehen, war, dass Nicaragua kein Least Developed Country mehr ist, was so ja gestimmt hat, was auf viele andere auch zutrifft, aber hier war schon auch etwas [mehr dahinter]“ (Interview III, Ergänzung hinzugefügt)

2007 wird Nicaragua als Good-Practise-Beispiel der OEZA zur Erfüllung der fünf Säulen der Pariser Agenda genannt.

„Der OEZA-Aktionsplan zur Umsetzung der Pariser Deklaration wird aktualisiert und um die Darstellung guter Beispiele zur Effektivität der Zusammenarbeit, die die Fortschritte der OEZA im Rahmen der 5 Säulen der Pariser Erklärung belegen, ergänzt (Good-Practice-Beispiele aus Uganda, Nicaragua, Mosambik, Albanien).“ (BMeiA DJP 2007 - 2009: 53)

Innerhalb der fünf Säulen der *Paris Declaration 2005 (Ownership, Alignment, Harmonisation, Managing for Results, Mutual Accountability)* meint *Mutual Accountability* die Rechenschaftspflicht der Geber- und Nehmerländer für die zu erreichenden und bereits erreichten Ziele. Hiermit ist eine Transparenz und Vorhersehbarkeit der Beziehung sowie der

Geldflüsse gemeint, auf deren Basis langfristige Projekte geplant werden können. (OECD Paris Declaration, 5 Principles)

“Provide reliable indicative commitments of aid over a multi-year framework and disburse aid in a timely and predictable fashion according to agreed schedules (Indicator 7). Rely to the maximum extent possible on transparent partner government budget and accounting mechanisms.” (OECD Paris Declaration 2005: 5)

Aufgrund der undurchsichtigen ODA-Flüsse an Bereiche außerhalb der Partner- und Schwerpunktländer sowie der Beendigung der Zusammenarbeit mit Nicaragua zwei Jahre später kann nicht die Rede von einem verbindlichen „multi-year framework“ sowie einer vorhersehbaren EZA die Rede sein, die die Planbarkeit von erfolgreichen Projekten und Programmen möglich macht.

In diesem Dreijahresprogramm, sowie in dem folgenden, ist die Rede von diversen Partnerschaften (Wirtschaftspartnerschaften, Infrastrukturpartnerschaften, Mobilitätspartnerschaften, Energiepartnerschaften, strategischer Partnerschaft, etc.), ohne eine genauere Definition dieser.

**DJP 2010 - 2012:** Hauptthemen: Multi-, und bilaterale EZA, Politikkohärenz, Wirksamkeit der EZA (vgl. ADA – DJP: 2010-2012)

„Wir werden zudem noch enger als bisher die Partnerschaft der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft suchen.“ (Dreijahresprogramm 2010 - 2012: 5) „Österreich beteiligt sich dabei aktiv an den Partnerschaften „Frieden und Sicherheit“ und „Energie“. (ebd.: 17; Hervorhebungen hinzugefügt)

In diesem DJP ist von verschiedensten Arten der Partnerschaft die Rede: Wirtschaftspartnerschaft, Energiepartnerschaft, Strategische Partnerschaft, Städtepartnerschaft, Provinzpartnerschaft, Hochschulpartnerschaft (APPEAR), Multi-Donor-Partnerschaft, Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), Süd-Süd und trianguläre Partnerschaften. Diese verschiedensten Ausprägungen und auch dementsprechende notwendige unterschiedliche Umsetzung finden hier alle unter dem Deckmantel der Partnerschaft Erwähnung. Durch das Fehlen einer genaueren Definition wären hier demnach Partnerschaften, wie Wirtschaft und Energie dasselbe wie Länderpartnerschaften oder Süd-Süd-Partnerschaften. Auch innerhalb der Interviews ist diese Diversität des Partnerschaftsbegriffes deutlich geworden.

„(...) es gibt Vertragspartner, Projektpartner. (...) Wenn man heiratet, sagt man Partnerschaft, es gibt Städtepartnerschaften, es gibt Universitätspartnerschaften. (...) sind dann Partner? Vertragspartner? Developing Partner? Also im Prinzip es gibt diese ganze Reihe und ich glaub, es ist gut, das Ganze irgendwie darzustellen // welche Arten von Partnerschaft es gibt (...)“ (Interview II)

Trotz dieses verstärkten Fokus auf Partnerschaft scheint es interessant, dass eben dieses Dreijahresprogramm die Vorgabe beinhaltet, die Zusammenarbeit der OEZA mit Nicaragua bis

zum Jahr 2013 zu beenden (vgl. Sabor 2014: 54), was eine alleinige Entscheidung Österreichs darstellte.

Die AG Globale Verantwortung kritisiert an diesem Dreijahresprogramm die Verabsäumung der Miteinbeziehung der österreichischen Zivilgesellschaft, da das Programm hinter verschlossenen Türen verabschiedet wurde. Weiters fordert die AG mehr Bemühen um Kohärenz im Sinne der Pariser Erklärung von 2005 (vgl. Pariser Agenda: 22, vgl. AG-Globale Verantwortung – Stellungnahme DJP 2010-2012)

Der Hauptkritikpunkt der AG betrifft den Rückzug der EZA aus Zentralamerika und Ostafrika. Die Begründung der „Budgetkürzungen in der EZA und dass es keine LDCs (Least Developed Countries) mehr seien“ greife laut AG zu kurz und würde rein aus außenpolitischen und außenwirtschaftspolitischen Interessen in dieser Art umgesetzt werden. (vgl. ebd.) Außerdem würden laut Globale Verantwortung hier die Empfehlungen des DAC Peer Review missachtet werden, welche ausdrücklich auf den Ausbau der Beziehungen zu Schwerpunktregionen und der Intensivierung der Kooperationen hinweisen. (vgl. ebd. & DAC Peer Review 2009: 15, 43)

Den Rückzug aus Nicaragua selbst befindet die AG für legitim, solange er von den PartnerInnen mitgestaltet würde und eine klare Strategie dahinter stehen würde, was hier auch laut AG nicht der Fall ist.

„Das Ende war nämlich ein knappes. Die Bundesregierung hat beschlossen „Licht aus, Tür zu“.“  
(Interview III)

Verloren ginge hier ein „gesamtheitliches und verbindliches partnerschaftliches Verständnis“ der Entwicklungsprobleme und Perspektiven der Partnerländer sowie die Nutzung von Synergien und Potenzialen der OEZA. (vgl. AG-Globale Verantwortung – Stellungnahme DJP 2010-2012)

Des Weiteren wird hier von der AG die Überbetontheit der Wichtigkeit der Wirtschaft in der EZA hinterfragt. Im Sinne des Schwerpunktes der Politikkohärenz im DJP müssen die Auswirkungen auf die Gesellschaft durch Investitionsentscheidungen laut AG entwicklungspolitisch hinterfragt werden. (vgl. AG-Globale Verantwortung – Stellungnahme Strukturen Entwurf: 1 & 3)

Hier werden wirtschafts- und außenpolitische Interessen Österreichs deutlich, die in die DJP einfließen, nicht allerdings offengelegt, oder als solche der österreichischen Gesellschaft oder den Partnern verdeutlicht werden.

„(...) das ist das, was in der OEZA weniger vorkommt als in der schweizer Zusammenarbeit oder bei den Deutschen, dass wir als Staat unsere Interessen an am jeweiligen Land klarmachen.“ (Interview II)

Wichtig wäre hier, die jeweiligen Interessen am Land sowie die Möglichkeiten und Einschränkungen einer Partnerschaft deutlich zu machen. Ebenso wesentlich wäre es, zu verdeutlichen, dass von Seiten der staatlichen OEZA von keiner Partnerschaft auf Augenhöhe oder Gleichheit gesprochen wird, sondern dass diese Partnerschaft als Zielvorstellung innerhalb einer Zusammenarbeit fungiert, auf die man gemeinsam hinarbeitet.

„Von einander lernen, sich gegenseitig zu beeinflussen, all das ist drinnen. Aber Kooperation (...) Zusammenarbeit trifft das wahrscheinlich insgesamt besser als Partnerschaft, weil Partnerschaft eine andere Qualität ist, eben die persönliche, die man da eben mitbringt, von beiden Seiten.“ (Interview III)

„Entweder als etwas Vorhandenes, das weiterentwickelt wird, oder als Zielvorstellung ist es legitim, dass die EZA von Partnerschaft spricht.“ (Interview III)

Der Rückzug aus Nicaragua und somit die Schließung des Koordinationsbüros war eine Entscheidung Österreichs, in der die Nicaraguaner kein Mitspracherecht hatten, dennoch muss gesagt werden, dass diese Entscheidung nicht direkt von der Sektion VII des Außenministeriums oder der ADA gekommen ist, sondern „dass es eine politische Entscheidung war und nicht eine EZA-Entscheidung“ (Interview III).

„Das entscheidet der Außenminister. Diese Entscheidung kommt aus dem Kabinett des Außenministeriums. Die wird der ADA mitgeteilt.“ (Interview II)

„(...) wir hätten da einfach etwas mehr Zeit gebraucht und etwas weniger Stress. Das ist etwas, was die Außenpolitik nicht versteht, dass man nicht jetzt Licht aus, Tür zu und das wars jetzt.“ (Interview III)

„Die Entscheidung ist gekommen, wobei, ich habe fast 1 1/2 Jahre Zeit gehabt zu schließen.“ (Interview II)

Das verstärkt allerdings die Notwendigkeit eines offenen Dialogs mit den Partnern darüber, was die OEZA tun kann und wofür sie die Entscheidungsmacht hat, oder auch nicht. Um im Anschluss darüber nachdenken zu können, ob eine solche Beziehung tatsächlich als Partnerschaft bezeichnet werden sollte, oder wie bereits erwähnt, als Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Partnerschaft.

„(...) wir sollten die Begriffe aber nicht inflationär verwenden, sondern auch mit Leben erfüllen, in dem Sinn, dass man sagt: ‚Was kann eine Partnerschaft und was kann sie nicht?‘, oder ‚Was kann diese Partnerschaft in der EZA? Wo habe ich meine Zwänge als Geber und wo kann der Partner sich einbringen und wo nicht?‘ Dass man einfach klar am Tisch legt, das kann ich bieten, das erwarte ich mir und dass das von beiden Seiten kommt. Ich glaub, das wäre schon viel in Richtung Partnerschaft.“ (Interview I)

„(...) das können wir aus dem und dem Grund nicht fördern, weil das nicht unsere Politik ist. Dass man das offen auf den Tisch legt und sagt: „Das geht, das geht nicht“ (...) Und die Partner sagen „Das wollen wir, das wollen wir nicht“.“ (Interview I)

Innerhalb der Dreijahresprogramme konnten diverse Kriterien für Partnerschaft ausgemacht werden, die sich bereits in der Interviewanalyse herauskristallisiert haben. Ebenso konnten weitere Eigenschaften der DJP ausgemacht werden, wie kulturelle Faktoren, finanzielle Ungleichheit, unterschiedliche Entscheidungsmacht und Diversität des Partnerschaftsbegriffes sowie die Notwendigkeit eines offeneren Dialogs mit den Partnern.

Der DAC Report von 2004 ruft Österreich dazu auf, die Entwicklungshilfe vorhersehbarer zu gestalten und besser auf die Programme und Bedürfnisse der Partnerländer abzustimmen, was durch die Dreijahresprogramme nicht erreicht wird (Stand 2009). (vgl. DAC Peer Review 2009: 46) Der Review fordert Österreich auf, schnellstens transparente und vergleichbare ODA-Statistiken zu liefern. (vgl. ebd.: 50)

## 5) Keine Partnerschaft?

Der Vertrag von Cotonou 2001, welcher scheint, sich so sehr nach *Ownership* und partnerschaftlichem Vorgehen gerichtet zu haben, legt fest, dass es Aufgabe der europäischen Gemeinschaft sei, Finanzierungsbeschlüsse festzulegen. WEIDINGER (2001) meint hier, dass dieser Satz alleine alle vorangegangenen Bemühungen unsinnig macht.

„(...) am Ende des Artikels 57 prangende Satz: „Es ist Aufgabe der Gemeinschaft, die Finanzierungsbeschlüsse für die Projekte und Programme zu fassen“ (oder auch nicht), und führt die edlen Ansprüche ad absurdum. Die Betonung von Gemeinsamkeit und Gleichwertigkeit in der EU-AKP-Kooperation mag durchaus wohlgemeint sein und hebt sie zumindest oberflächlich von herkömmlichen ‚Geber-Empfänger‘-Beziehungen ab. Angesichts der einseitigen Entscheidungsmacht in finanziellen Belangen offenbart sich jedoch nur allzu schnell der kosmetische Charakter der Partizipationsmechanismen. Der ‚Geist von Lomé‘ verkommt so zu einem recht lauen Lüftchen.“ (Weidinger 2001: 57)

Auch die OEZA (BMEIA und die ADA) ist es, die finanzielle Schritte alleine von Österreich aus bestimmt. Mit dem Budget der ADA wurden 2007 31% „klassische Projekte“ finanziert, 24% gingen an Finanzierungsinstrumente für NGOs und den privaten Sektor, 7% wurden für Stipendien in Österreich eingeplant, 4% gingen an die humanitäre Hilfe, Geberinitiativen und Sammelinitiativen sowie Budgethilfe flossen weiter 7% und nur 3% gingen an Programme der Partnerländer. (vgl. DAC Peer Review 2009: 45)

Den Grund dafür stellt laut DAC 2009 die fragmentierte Struktur der Institutionen beziehungsweise Ministerien in Österreich dar (vgl. DAC Peer Review 2009: 64) und die hoch fragmentierte ODA, welche 2009 136 von den 150 möglichen ODA-Empfängerländern finanziell unterstützte. Diese hohe Anzahl an ODA-Empfängerländern stellt ein Hindernis für die Pariser Agenda dar, welche den Fokus auf ausgewählte Schwerpunktländer oder Regionen vorgibt. 2008 waren es nur drei Schwerpunktländer der OEZA, die es in die Top 10-Liste der ODA-Empfängerliste geschafft haben, diese waren Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Uganda (vgl. Wenger 2010: 5). Obwohl es sich bei den drei Ländern um Schwerpunktländer handelte, befand sich keines von ihnen unter den Top-Rängen der ODA-Empfängerliste. Nicaragua, welches laut DAC Peer Review 2009 das Schwerpunktland Nummer 1 der OEZA war, schaffte es nicht unter die Top 10 der Liste.

Auch die Budgetplanungen für das Partnerland Nicaragua fallen unter österreichische Entscheidungsmacht.

„Also die Endentscheidung für das Budget, die Verträge, werden dann hier gemacht, genau.“  
(Interview II)

„Also das Grundbudget ist gegeben, da gibt es keine, weder von der EZA, also vom Außenministerium, noch vom Partnerland, eine Wunschliste, also nach oben. Na, da gibt es eine Begrenzung.“ (Interview III)

WENGER (2010) schreibt hier in der *Evaluation of the Paris Declaration – Case Study Austria*, dass Österreichs Entwicklungshilfepolitik sich neu positionieren sollte, dass neue Regionalprogramme anhand der Pariser Agenda erstellt werden sollen, dass die Sektion VII des BMEIA sich mehr auf Strategien und Richtlinien fokussieren sollte, welche vereinfacht werden und die Programmgestaltung reduzieren sollte. (vgl. Wenger 2010: 47ff.) Der DAC fordert seit 2004 eine bessere Eingrenzung in der Budgetplanung sowie mehr Vorhersehbarkeit und Transparenz.

Transparenz ist notwendig, um die Planbarkeit in Empfängerländern zu verbessern und die Leistungen der GeberInnen besser bewerten und gegebenenfalls Verbesserungen einfordern zu können. (vgl. [www.globaleverantwortung.at-ranking](http://www.globaleverantwortung.at-ranking) Transparenz)

Die *Paris Declaration on Effective Aid* betont die Wichtigkeit der Transparenz von Geldflüssen und forciert sie als einen Teil der Geber-Verpflichtungen (Donor Commitments) ab 2005.

“Donors commit to provide timely, transparent and comprehensive information on aid flows so as to enable partner authorities to present comprehensive budget reports to their legislatures and citizens.” (OECD Paris Declaration 2005: 8)

Auch das britische UK policy paper schreibt über die Wichtigkeit von Transparenz und Rechenschaftspflicht.

“Transparency and accountability. Both partners – donors and developing country governments – should be committed to transparency, and should make public their decisions and the evidence on which they are based.” (UK Policy Paper 2005: 2)

Großbritannien verpflichtet sich 2005 zu mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht, welche darauf basiert, getroffene Entscheidungen und ihre Gründe öffentlich zu machen.

“We are committed to increasing transparency around the process of decisionmaking on conditions, the conditions themselves, and the process for deciding to reduce or interrupt aid.

“The UK will make our own aid conditions more transparent, by publishing them on DFID’s website.” (UK Policy Paper 2005: 16)

Die AG Globale Verantwortung schreibt, dass sich Österreich bei dem Busan-Gipfeltreffen 2011 zwar dazu verpflichtet hatte, den internationalen Standard der IATI (International Aid Transparency Initiative) einzuhalten, jedoch hat Österreich kein Datum genannt, wann die ADA und das BMEIA IATI eingeführt werden. Die Initiative „Publish What you Fund“ (dt. Veröffentliche, was du finanzierst) gibt Österreich 2,2 von 10 Punkten auf der Transparenz-Skala. (vgl. [www.globaleverantwortung.at](http://www.globaleverantwortung.at))<sup>25</sup>

Der Aid Transparency Index, welcher im Zuge des Busan 2011 Meetings ins Leben gerufen wurde, um mehr Transparenz bei den Geberländern zu fordern, platziert die ADA und somit Österreich 2013 mit 20,4% auf einem der letzten Plätze. Das Ranking sieht „very good“, „good“, „fair“, „poor“ und „very poor“ als Unterteilungen vor, wobei es sich hier um die Transparenz bei Geldmitteltransfers und die Offenlegung von Daten handelt, wie Strategien, geförderte PartnerInnen und Projekte.

Österreich befindet sich hier 2013 auf dem letzten Platz des “poor – Rankings“, 2014 auf dem ersten Platz der „Very poor“-Länder und seit 2015 scheint es in dem Ranking dieses Index überhaupt nicht mehr auf. (vgl. [ati.publishwhatyoufund.org](http://ati.publishwhatyoufund.org) ; [globaleverantwortung.at-ranking](http://globaleverantwortung.at-ranking) Transparenz) Partnerschaft ist ohne die Transparenz von Geldmitteltransfers an die jeweiligen PartnerInnen oder beidseitiger Rechenschaftspflicht nicht möglich. Ohne eine transparente Entwicklungszusammenarbeit, in der die Strategien, die jeweiligen PartnerInnen und die geförderten Projekte der ADA offengelegt werden, kann nicht von Partnerschaft gesprochen werden.

---

<sup>25</sup> Transparenz in der staatlichen EZA; Kapitel: Entwicklungspolitische Arbeit Österreichs

Der OECD-Review empfiehlt Österreich, ein ergebniszentriertes System zu entwickeln, von der Planung über die Umsetzung bis hin zu Monitoring und Evaluierung, welches die Ziele der Partnerländer berücksichtigt und miteinbezieht. (vgl. DAC Peer Review 2009: 19) Weiters rät er Österreich zu einer intensivierten Länderprogramm-EZA, um die EZA-Gelder zu erhöhen und strategisch für die wichtigsten Programme und Regionen aufzuwenden, um dadurch auch den Partnerländern ein effektives Management zu ermöglichen. (vgl. DAC Peer Review 2009: 44) Das wurde in dieser Form nicht umgesetzt, da Nicaragua zwei Jahre später als Schwerpunktland von der OEZA gestrichen wurde. Die Schließung des Koordinationsbüros in Managua wurde 2011 von Österreich beschlossen. Der Partner Nicaragua wurde nicht in die Entscheidungsfällung miteinbezogen, er wurde davon in Kenntnis gesetzt.

Die Kritik ist nicht nur eine internationale, sondern auch in den geführten ExpertInneninterviews sowohl explizit als auch implizit in den Aussagen zu vernehmen. Hier ist ebenfalls die Rede von finanziellen Ungleichheiten, Transparenz, Konditionalitäten und Rechenschaftspflicht. Unter der Kategorie der „Differenzen“, welche im Kapitel 2.3) der Interviewanalyse bereits angesprochen wurde, lassen sich finanzielle Abhängigkeiten und diverse Ungleichheiten zusammenfassen, die zu geberorientierter Machtausübung durch Kontrolle und dem Einsatz von Konditionalitäten führen können. Konditionalitäten werden nicht von allen interviewten ExpertInnen als kritisch innerhalb der OEZA betrachtet.

„Konditionalitäten, kriegst das, aber dafür musst du das und das unterschreiben. Also und das macht Österreich meines Wissens nicht (...), oder kaum.“ (Interview II)

Fast in dem selben Wortlaut findet sich dann allerdings im selben Interview die Aussage:

„(...) in der allgemeinen Budgethilfe gibt's die universal principles, da gibt es Transparenzpflicht z.B.: Da gibt's auch so Prinzipien, wo du sagst, ok manche dürfen nicht gegen ein paar demokratische Grundrechte verstoßen und das war auch der Grund, warum in Nicaragua die allgemeine Budgethilfe gestoppt worden ist (...)“ (Interview II)

Interviewpartner II meint hier, dass die allgemeine Budgethilfe in Nicaragua gestrichen worden ist, weil vermutet wurde, dass es bei den Gemeinderatswahlen 2008 zu einem Verstoß gegen die demokratischen Grundrechte kam. Die Gewährleistung dieser demokratischen Grundrechte ist eine Art der Konditionalität, die die OEZA ihren Partnern vorgibt.

Für diese Art der Vorgaben, die von Österreich (oder auch auf internationaler Ebene) erstellt werden und dementsprechend innerhalb der EZA an andere Länder weitergegeben werden, besteht ein Bewusstsein innerhalb der OEZA.

„(...) weil die ganzen Konditionalitäten, die auch geknüpft sind an Projekte, das ist im Prinzip // wir definieren in Österreich, was uns wichtig ist an Querschnittsthemen „Umwelt“, „Friede“,

„Gender“, „Demokratie“, „Inklusion“, usw. und das muss drinnen sein, das wird nicht diskutiert, das ist ein Fakt. Das schreiben wir sozusagen vor.“ (Interview I)

Fakt sind also gewisse Vorschriften, die ein Land zu erfüllen hat. Hierbei handelt es sich allerdings um geglaubt universell gültige, welche daher scheinbar nicht mehr als Konditionalitäten wahrgenommen werden.

„Also ich kann mich nicht erinnern, dass Nicaraguaner bei den Verhandlungen irgendeinen Passus in unserer Landesstrategie nicht gewollt hätten. Da stehen so Dinge drinnen die überhaupt drinnen stehen: Völkerrecht, Menschenrecht, Frauen, Demokratie, Entwicklung.“ (Interview III)

Von dem Großteil der ExpertInnen wird bemerkt, dass diese Vorschriften einseitig sind und es hier keiner Reziprozität bedarf.

„(...) die Gesellschaft, mit der wir kooperieren, braucht wesentlich mehr Voraussetzungen als ich das hier brauche (...) Es gibt diese Unausgewogenheit immer. Ich könnte was weiß ich, der wildeste Rassist sein und trotzdem überleben, oder xenophob sein und könnte trotzdem tolle EZA machen. Und es fragt mich auch niemand. Aber in Nicaragua will ich schon wissen, was der Ortega macht und die Ministerin Rosita (...)“ (Interview III)

Bemerkenswert ist, dass diese universell gültigen Kriterien als Vorschrift für eine Partnerschaft mit der OEZA zwar angegeben werden, jedoch Partnerschaften mit Ländern wie Äthiopien existieren, in dem Menschenrechte nicht geachtet werden. Äthiopien ist laut Human Rights Watch das afrikanische Land mit den meisten inhaftierten Journalisten und einer sehr geringen Pressefreiheit. (vgl. hrw.org) Eine Interviewte äußert sich dazu mit den folgenden Worten:

„Die Frage ist dann, wie ernst zu nehmen es ist, nicht? Sie finden diese Klausel auch in dem Vertrag mit Äthiopien, die äthiopische Regierung hat überhaupt kein Problem, ein paar hundert Studenten zu erschießen und die Opposition zu erdrücken.“ (Interview III)

Hier kann man davon ausgehen, dass diese Konditionalitäten von einem demokratischen Land wie Österreich vorgegeben werden müssen, da die OEZA auch eine Rechenschaftspflicht ihren BürgerInnen gegenüber hat, welche ihre Mittel zu einem guten Zwecke verwendet sehen möchte.

Man kann sagen, dass der Wunsch der ÖsterreicherInnen nach einer Mittelverwendung der Gelder ganz in ihrem Sinne zwangsläufig dazu führt, dass die OEZA primär eine Rechenschaftspflicht ihren BürgerInnen gegenüber hat und daher die Finanzierungsbeschlüsse immer noch Sache der Geber bleiben. Dennoch kann der *Ownership*-Gedanke und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht des Partnerlandes, auf einer solchen Basis der Kontrolle nicht gegeben sein, was wiederum dazu führt, dass auch eine Partnerschaft auf Gleichheit und Augenhöhe nicht möglich ist.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Studie des BMEIA von 2013, die erhoben hat, dass nur 1/5 der österreichischen Bevölkerung bereits etwas von OEZA gehört hat. Somit kommt die Frage nach der Rechenschaftspflicht auf.<sup>26</sup> (vgl. BMEIA: Studie\_EZA 2013: 12 & 17)

Die somit impliziten Konditionalitäten oder Vorraussetzungen der OEZA, wie Demokratie, Frauenrechte, etc., um eine Beziehung zu einem Partnerland eingehen zu können, scheinen demnach notwendig, nicht jedoch zwingend bindend zu sein. Beziehungsweise können diese Konditionalitäten hier auch genutzt werden, um gewollte finanzielle Unterstützungen oder Partnerschaften, wenn nötig, aufrecht zu erhalten.

„(...) also, wenn es einen Schritt gibt, an dem man sich festhalten kann, machen wir für uns die Beziehung insgesamt, oder den Partner insgesamt, ein bisschen besser, dass wir uns oder unsere Arbeit legitimieren können.“ (Interview III)

Ebenso können sie dazu genutzt werden, sie zu beenden. Ein Beispiel hierzu wäre die Schließung des Koordinationsbüros 2011, mit einer Auslaufzeit von 2 Jahren, welche ohne triftigen Grund oder Verstoß des mittelamerikanischen Landes beschlossen wurde.

„Das Ende war nämlich ein knappes. Die Bundesregierung hat beschlossen „Licht aus, Tür zu“.“ (Interview III)

Nicaragua lag 2011-2013 weiterhin in einer Schlüsselregion der OEZA, es bestanden weiter gewachsene österreichische Kooperationserfahrung, es war sicher und stabil und hatte eine ausgebaute Infrastruktur, des weiteren gab es ein bestehendes Kooperationsprogramm. Die nationale Politik hatte sich nicht maßgeblich verändert, da Daniel Ortega seit 2008 das Amt des Präsidenten in Nicaragua innehat. Entsprechende gewachsene Strukturen vor Ort waren durch das Koordinationsbüro ebenfalls gegeben und vieles mehr. (siehe Anforderungen Schwerpunktland: BMeiA: DJP 1996-1998: 24) Der Hauptargumentationsgrund der interviewten ExpertInnen für die Schließung des Büros war, dass Nicaragua zu jenem Zeitpunkt kein LDC (Least Developed Country) mehr war.

„(...) und da jetzt Nicaragua kein LDC mehr ist, als solches, hat es eben die Entscheidung gegeben, dass wir uns in Richtung LDCs [orientieren] und NIC zusperren.“ (Interview II; Ergänzung hinzugefügt)

Sollte das der tatsächliche Grund gewesen sein, so hätte die Schließung des Büros bereits früher stattfinden müssen, da Nicaragua nicht zu den LDCs zählte. Im LDC Report von 2000 ist

---

<sup>26</sup> Auch in den geführten Gruppendiskussionen war laut der Studie kaum Wissen über die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, sondern nur Vermutungen vorhanden. Befragte mit einem höheren Bildungsniveau gingen davon aus, dass die OEZA wirtschaftspolitische Interessen verfolgt und Abhängigkeitsverhältnisse zu Nehmerländern bewusst kreiert werden.

Nicaragua nicht unter den LDC gelistet (vgl. UN – LDC Report 2000: 15) und im DJP von 2007 - 2009 formuliert die OEZA ihre Hilfe zu Nicaragua folgendermaßen:

„Besonderes Augenmerk wird aber zusätzlich jenen „IDA-only“-Ländern geschenkt, die nicht als LDC klassifiziert sind – u. a. die OEZA-Schwerpunktländer Albanien, Moldau und Nicaragua.“ (BMeiA DJP 2007 – 2009: 33)

2006, zur Zeit der Formulierung dieses Dreijahresprogrammes war es demnach in Ordnung, dass Nicaragua nicht zu den LDCs gehörte. Demzufolge lässt sich daraus schließen, dass die Beendigung der Kooperation mit Nicaragua nicht aus diesem Grund erfolgte.

„Und warum ist man rausgegangen, es gibt verschiedene Gründe; also es ist nicht mehr Least-Developed-Country; Lateinamerika ist nicht unsere Schwerpunktregion, unbedingt. Warum noch? (...) Wenig politische, wirtschaftliche Interessen.“ (Interview I)

„(...) und es war den Nicaraguanern klar, dass es eine politische Entscheidung war und nicht eine EZA-Entscheidung.“ (Interview III)

Die Interviews weisen darauf hin, dass es sich hierbei um österreichische, wirtschaftspolitische Eigeninteressen bei der Schließung des Koordinationsbüros und der Beendigung der Zusammenarbeit mit Nicaragua handelt.

Innerhalb der Kritik an Partnerschaft beziehungsweise der Darstellung, was eine solche Partnerschaft nicht ist, werden Konditionalitäten unter Machtungleichheiten geführt, Evaluierung und Rechenschaftspflicht jedoch nicht. Gumucio DAGRON (2009) schreibt hier, dass es ironisch sei, dass Organisationen Beweise und Evaluierungen von Südländern fordern, um die Programme und Projekte weiterhin zu finanzieren, da sie selbst keine Rechenschaftspflicht oder Begründungen ablegen müssen, wieso Projekte oder Programme, die nicht erfolgreich zu sein scheinen, weiterhin finanziert werden. (vgl. Gumucio Dagron 2009: 461). Dragon kritisiert hier die Quantifizierbarkeit, welche die Qualität von Projekten oder sozialen Veränderungen außer Acht lässt.

“Evaluations are too often a mass of numbers with no indication about quality of delivery, let alone about evidence on social changes that may have occurred (...) there are seldom indications about social changes that occurred as the result of campaigns (...) Evaluation shouldn't be about counting, but about the quality of life improvement” (ebd.: 461)

Auch innerhalb der Interviews wurde diese Quantifizierbarkeit angeprangert, wenn auch im Zusammenhang mit der Finanzierung und der Relevanz innerhalb der EZA.

„(...) weil jetzt eben so viel Wert auf die Quantifizierung gelegt wird. Wenn Sie jemanden fragen: „Was verstehen Sie unter Partnerschaft?“, dann werden Sie ausgelacht. Aber wenn Sie jemand nach dem Nachweis von Wirkung der 3 Mio. EZA in Bhutan fragt, dann kann man ihm das genau sagen, man wird jeden einzelnen Cent sagen (...)“ (Interview III)

Die implizite Kritik der Expertin bezieht sich hier auf die Vernachlässigung der Qualität durch den Fokus auf die Quantität innerhalb der OEZA, so wie das Missen einer intensiveren Auseinandersetzung mit Konzepten, Ideen und bestehenden Beziehungen. „(...) Sie sehen, dass vielleicht nicht einmal die alten Beamten das Konzept der Partnerschaft unbedingt immer und überall reflektieren.“ (Interview III) Hier wird auch auf das Fehlen der Reflexion über die Partnerschaft hingewiesen.

Der Hauptkritikpunkt, der sowohl implizit als auch explizit zur Sprache gekommen ist, ist der des Geldes. Bei allen geführten Interviews war der finanzielle Faktor der, der schlussendlich einer echten Partnerschaft im Wege steht.

„Was in der EZA-Partnerschaft Störfaktor wäre, dass ich letztlich, wenn ich das Geld habe, immer Recht habe.“ (Interview III)

„(...) also Nicaragua ist ziemlich geberabhängig, sag ich einmal. Und in abhängigen Ländern ist es oft so, da sagt man: „Jaja, das machen wir, das ist eine gute Idee“ (...) weil sonst würde man das Geld ja auch nicht bekommen.“ (Interview I)

„Und entscheiden tun nach wie vor die Geldgeber, das heißt wir (...)“ (Interview IV)

Zusammenfassend lässt sich für das Fallbeispiel Österreich-Nicaragua sagen, dass sich, obwohl Nicaragua seit 1992 Schwerpunktland der OEZA ist, die ODA-Transfers in das mittelamerikanische Land in Grenzen gehalten haben. Hinzuzufügen ist, dass der ODA-Hauptanteil 2009, als Nicaragua von dem DAC als Nummer-Eins-Schwerpunktland für Österreich klassifiziert wurde, an das mittelamerikanische Land geflossen ist. 1996 bis 1998 stand Nicaragua, nach Uganda an zweiter Stelle der bilateralen Programm- und Projekthilfe für Schwerpunktländer. (vgl. OECD-Prüfbericht 2000: 26)

Die Gründung eines Koordinationsbüros vor Ort war ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Österreich und Nicaragua und hat den Austausch zwischen den zwei Ländern gefördert. Mit der Gründung der ADA 2004 schien es zu einer Zentralisierung und damit zu einer Verschlechterung der Kommunikation gekommen zu sein. *Ownership*, also die Selbstbestimmung des Nehmerlandes, steht laut DAC für Österreich an erster Stelle. Wobei es Uneinigkeiten bei den interviewten ExpertInnen zu dem *Ownership* Nicaraguas gab. Daher kann gesagt werden, dass *Ownership*, soweit dieser überhaupt möglich ist, von Österreich in dem Ausmaß gewollt und gefördert wird, solange die eigenen Werte und Interessen nicht gefährdet sind.

In den Dreijahresprogrammen lassen sich Machtungleichheiten zwischen Geber- und Nehmerländern sowie ein vager Begriff der Partnerschaft, welcher Interpretationsspielraum

offenlässt, erkennen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass ein verstärkter Fokus auf Partnerschaft innerhalb des DJP von 2010 - 2012 erkennbar ist, obwohl in genau diesen Jahren das Koordinationsbüro in Managua geschlossen wurde. Rückzugsgründe von Seiten Österreichs sind nicht klar erkennbar. Daher lässt sich darauf schließen, dass wirtschaftspolitische Eigeninteressen Österreichs der eigentliche Grund für die Beendigung der Zusammenarbeit darstellen. Innerhalb einer Partnerschaft müssen eigene Interessen, Absichten und Ziele klar verdeutlicht und anhand eines transparenten Austausches die Vorstellungen beider Akteure berücksichtigt werden, um auf die jeweiligen Bedürfnisse eingehen zu können.

Kulturelle Faktoren und Verschiedenheiten wurden laut JAGSCHITZ in den Dreijahresprogrammen nicht berücksichtigt, weshalb es zu keiner Kommunikation anhand eines Austausches auf Augenhöhe gekommen sein kann. Finanzielle Ungleichheiten lassen sich auf die Schnelle nicht beheben, diese sind Voraussetzung für eine Geber-Nehmer-Zusammenarbeit. Innerhalb einer partnerschaftlichen Beziehung sollte diese entweder nicht existieren, oder verdeutlicht werden sowie ungleiche Machtbeziehungen offen angesprochen werden. Ebenso sollten Konditionalitäten (*Conditionalities*) bei einer gleichberechtigten Beziehung und der Wertschätzung kultureller Differenzen nicht als Voraussetzung gelten

Hier spielt die Schwierigkeit des Verzichts auf eigene Wertvorstellungen mithinein, welche als richtig und universell gültig wahrgenommen werden. Anhand einer Kommunikation auf Augenhöhe mit Respekt, Vertrauen, Offenheit und der Möglichkeit eines beidseitigen Voneinander-Lernens könnten solche Differenzen beseitigt werden und es zu einer Partnerschaft kommen, wie sie die Arbeitsdefinition und Zielvorstellung der OEZA definiert.

## Fazit

Zusammenfassend kann für diese Arbeit gesagt werden, dass es momentan keine einheitliche Definition für eine Partnerschaft gibt, sondern es sich hierbei um verschiedene Ausprägungen, Formen und Ansichten dazu handelt. Bei der untersuchten Beziehung mit Nicaragua kann nicht von einer gleichberechtigten Partnerschaft laut Arbeitsdefinition gesprochen werden, sondern viel eher von einer ungleichen Partnerschaft oder von einer Zusammenarbeit, die auf einer Zielvorstellung der Partnerschaft basiert.

Trotz des Überganges von der Entwicklungshilfe hin zu der EZA und damit der Einführung des Partnerschaftsbegriffes in die EZA in den 1990er Jahren, ist dennoch in dem UNDP (United Nations Development Programme) von 1994 die Rede von Entwicklungshilfe. (vgl. Arboleda 1994: 75) ARBOLEDA meint, dass der Begriffsübergang von der Entwicklungshilfe hin zur Entwicklungszusammenarbeit rein von der Tatsache kommt, dass ersterer eine Art der Diskriminierung impliziert und letzter eine partnerschaftliche Gleichordnung. (vgl. Arboleda 1994: 70)

In dem OECD-Prüfbericht von 2000 ist ebenfalls die Rede von einem „Ausschuss der Entwicklungshilfe“ (vgl. OECD-Prüfbericht 2000), was darauf schließen lässt, dass der Begriff der Partnerschaft unabhängig von dem der Entwicklungszusammenarbeit als Konzept in die internationale EZA aufgenommen wurde. Das Fortbestehen eines Geber-Nehmer-Prinzips, anhand einer Entwicklungshilfe im Jahr 2000 macht es schwer, von einer gleichberechtigten Partnerschaft laut Arbeitsdefinition zu sprechen.

Im Beispiel Nicaragua - Österreich, welches in seiner Länge und in der Art der Zusammenarbeit vermutlich als Paradebeispiel der Entwicklungszusammenarbeit genannt werden könnte, kann erkannt werden, dass es sich bei dem Konzept der Partnerschaft selbst in dieser Beziehung um ein kontroverses und ein eher undurchsichtiges handelt.

Im Zuge der Arbeit konnten die anfangs formulierten Hypothesen zum Teil vorübergehend verifiziert und zum Teil nicht beantwortet werden.

Hypothese 1: „Der Begriff der Partnerschaft ist bewusst sehr weit gefasst, damit er unterschiedlich ausgelegt und nach dem jeweiligen Nutzen oder Interesse der jeweiligen Akteure interpretiert und präsentiert werden kann und impliziert machtpolitische Interessen und Hierarchievorstellungen.“

Man kann dies als Vermutung durchaus so formulieren, bestätigt werden konnte eine wirkliche Absicht eines breit gefächerten, schwammigen Partnerschaftsbegriffes aufgrund von Eigeninteressen der Akteure nicht. Das Konzept der Partnerschaft hat es in seiner derzeitigen

Ausführung nicht geschafft, Hierarchievorstellungen zwischen Geber- und Nehmerländern vollständig aufzulösen. Allein der Vortbestand eines spezifischen Geber-Nehmer- oder Entwicklungsländer-Vokabluars lässt das erkennen. Auch auf Grund der Einseitigkeit einer Partnerschaft, die keine reziprokes Lernen vorsieht, und des inflationären Gebrauchs des Begriffs, kann diese Hypothese vorübergehend verifiziert werden. Sollte es nicht zu einer Umformulierung des omnipräsenten Begriffes der Partnerschaft innerhalb der EZA kommen, so bedarf es hier weiterer, intensiverer Forschung zum ersten Teil der formulierten Hypothese.

Hypothese 2: „Es handelte sich bei der Partnerschaft der OEZA mit NIC um eine Idealvorstellung und keine gelebte Beziehung“

Diese Hypothese konnte innerhalb dieser Arbeit sehr deutlich verifiziert werden. Anhand der empirischen Forschung und der festgelegten Arbeitsdefinition von Partnerschaft konnte festgestellt werden, dass es eine klare Vorstellung von Partnerschaft innerhalb der OEZA gibt, dass diese allerdings aufgrund von verschiedenen Differenzen nicht umgesetzt werden kann. Das führt dazu, dass das Konzept der Partnerschaft noch eine Zielvorstellung bleibt. Insofern handelte es sich auch bei der Beziehung mit Nicaragua um eine Zusammenarbeit mit der Idealvorstellung einer Partnerschaft.

Hypothese 3: „Das Partnerschaftsverständnis der OEZA basiert auf dem Verständnis der internationalen Gemeinschaft (EU, UNO) und wird davon beeinflusst.“

Diese Frage kann nicht eindeutig beantwortet werden. Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass alle internationalen Konzepte und Ideen sich in der Zeit der Globalisierung beeinflussen und umso mehr innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit. In der *Paris Declaration* von 2005 lassen sich deutliche Tendenzen einer Zielvorstellung von Partnerschaft erkennen, welcher der der OEZA ähnelt. Diese wurden aber nicht erst 2005 zum ersten Mal erwähnt, sondern finden schon seit Beginn der 90er Jahre Anwendung.

Hervorzuheben ist bei dieser Hypothese allerdings, dass sich sehr deutlich erkennen lässt, dass Österreich und hier hauptsächlich die kirchlichen Organisationen und Institutionen bereits Anfang der 60er Jahre von einer Partnerschaft sprechen, diese zu formulieren suchen und auch sehr bald anfangen sie zu hinterfragen. Das internationale Partnerschaftsverständnis scheint erst mit Lomé langsam Eingang in die Entwicklungspolitik zu finden. Wobei sich eine Erwähnung des Begriffes der Partnerschaft erst ab den 90er Jahren abzeichnet.

## Vorschläge

Abgesehen von den fünf erstellten Kategorien der Partnerschaft für die OEZA haben sich im Laufe der Forschung zwei weitere hier anzumerkende Kategorienmöglichkeiten für eine Partnerschaft ergeben. Da diese in den Interviews nicht (explizit) zur Sprache gekommen sind und daher nicht in die Arbeitsdefinition von Partnerschaft aufgenommen wurden, sollen diese weiteren Kategoriemöglichkeiten im Fazit Erwähnung finden. Bei diesen Kategorien handelt es sich um den Faktor der Zeit und das lokale Wissen.

Der Zeitfaktor spielt neben der Lokalität, oder im Zusammenhang mit dieser, eine große Rolle. Oft hört oder liest man von Zeitdruck oder Zeitproblemen in den Entwicklungszusammenarbeitsorganisationen, welche dazu führen, dass gewisse Projekte nicht nachhaltig seien, oder von zu kurzer Dauer waren, um Erfolge zu erzielen. Wenn Organisationen bewusst ist, dass sich bestimmte lokale Bedingungen, soziale oder ökonomische Probleme, nicht innerhalb 2-3 Jahren ändern können, dann stellt sich die Frage, wieso es zu solchen institutionellen Vorgaben, statt Langzeitvisionen kommt.

„(...) und dann hat man gesagt, ein Projekt darf nicht länger als 3 Jahre dauern, da hat man schon gewusst, das ist eigentlich Blödsinn. Rein von dem Erstvertrag ist, glaub ich, 3 Jahre immer noch das längste und man plant so für 3 Jahre und wenn man was im Entwicklungsbereich erreichen will, muss man längerfristig planen. Also, wo man positive Resultate gesehen hat, war bei so Projekten, die 10 Jahre gelaufen sind. Da ist dann auch was geblieben.“ (Interview I)

Gumucio DAGRON (2009) schreibt über diese Problematik und meint, dass es sich bei diesen Zeitvorgaben nicht rein um finanzielle Gründe, sondern um Probleme bürokratischer Standards handelt. (vgl. Gumucio Dagrón 2009:457-458) Bei der Dauer von Projekten sollte es sich nicht um vorgegebene Strukturen handeln, sondern diese sollten von dem individuellen Bedarf eines Projektes und der Bevölkerung vor Ort abhängen. Daher ist die Kommunikation mit den Partnern hier sehr wichtig und die Absprache darüber, was, wann, wie, wieso, wie lange gebraucht wird. Für die Umsetzung einer Partnerschaft ist dementsprechend auch der Zeitfaktor ein Kriterium.

„Das kann ein Jahr sein, das kann zwei Jahre sein, 3 Jahre, es gibt Projekte, die mehrere Phasen haben. Wir haben selten Projekte, die länger sind als drei Phasen, einfach, weil wir unsere Bindungen wahren und machen eher ein Folgeprojekt, oder schauen, dass wir das evaluieren, oder ob wir das in einer weiteren Phase unterstützen können.“ (Interview II)

Das „wir“ steht hier in keiner Verbindung zu den Partnern, sondern in diesem Fall für die ADA, die entscheiden, wie lange und welches Projekt unterstützt wird.

Auch die Anerkennung von Local Knowledge als Kriterium für das Vorhandensein von Partnerschaft wurde in dieser Arbeit als wichtig erachtet, obwohl es innerhalb der ExpertenInterviews nur implizit als Nebenaussage erwähnt wurde. Zusammengefasst könnte man Local Knowledge innerhalb der ExpertInneninterviews unter dem Kriterium der Gleichheit, des Voneinander-Lernens und der Augenhöhe subsumieren. Wie es bereits JAGSCHITZ (2003) als Kritik an dem DJP von 2003-2006 formuliert und unter „kulturellen Faktoren“ anführt, wird häufig über das lokale Wissen, welches notwendig ist, um Projekte erfolgreich zu gestalten, hinweggesehen.

Bei dem sogenannten lokalen Wissen geht es um die Vielfalt von Wissenstraditionen, die für eine EZA auf Augenhöhe nicht nur beachtet werden sollten, sondern, die als Ausgangspunkt jeglicher Intervention beziehungsweise Einmischung in eine andere subjektive Wissenswelt dienen sollten. KLOSER schreibt dazu 2006 über „Local Knowledge in der EZA“, dass es sich hier um ein Konzept handelt, dass für alle gleichermaßen als Sprachrohr dienen und die verschiedenen Sichtweisen der lokalen AkteurInnen respektieren soll (vgl. Kloser 2006: 134).

Die UNCED (United Nations Conference on Environment and Development) erwähnt 1992 „global partnership“ in ihrer Agenda 21. Hier soll das „wissenschaftliche und technische Wissen“ der „entwickelten Länder“ des globalen Nordens den „unterentwickelten“ Länder nahegebracht werden und in deren „indigenes und kulturelles Wissen“ integriert werden.

„The achievement of the objectives of calls for a **global partnership** for sustainable development where all nations will have to make political, social and economic commitments, both individually and globally, to ensure the allocation of essential means to ensure a viable and sustainable human future (...) **The developed countries have over time built up a substantial base of scientific and technological knowledge that should be shared with the developing world to ensure a rapid transition to environmentally sound and sustainable development. At the same time, the indigenous knowledge and cultural heritage of developing countries must also be integrated with modern knowledge and technology** [sic. Betonung hinzugefügt].“(UNCED, Agenda 21 1992: 106)

Nicht ist jedoch 1992, innerhalb dieser globalen Partnerschaft die Rede davon, dass ebenso lokales Wissen der entwickelten Welt übermittelt werden sollte beziehungsweise, dass es auch umgekehrt Dinge gibt, die man lernen könnte. Das **Voneinander-Lernen** ist hier nicht Teil der Partnerschaft, da ein Wissen, dem anderen Wissen überlegen zu sein scheint.

Bereits 1974 schreibt Paul STREETEN von dem Wissenschafts-Imperialismus, der seiner Meinung nach in den Ländern des globalen Nordens vorherrscht und ohne hinterfragt zu werden

auf die Länder des globalen Südens übertragen wird. Er nennt hier das „Third World Forum“, welches laut ihm eine ausgezeichnete Möglichkeit ist, sich andere Blickwinkel und Zugänge, als die meist eurozentrisch geprägten, zu verschaffen. (vgl. Streeten 1974:7)

„Solange die Entwicklungsforschung in reichen Ländern die ihr zugrundeliegenden Wertprämissen und Interessen nicht kritisch reflektiert und explizit formuliert, läuft sie Gefahr, zum Träger von Ideologien anstelle von wissenschaftlichen Theorien und zu dem gefügigen Instrument eines ‚Wissenschafts-Imperialismus‘ zu werden.“ (Streeten 1974:7)

STREETEN schreibt über die Möglichkeit der Nutzung von Partizipation, um durch die Vereinigung von afrikanischen, europäischen, asiatischen und amerikanischen Sichtweisen, um einer intellektuellen Verzerrung vorzubeugen und einem „getreuen Bild der Realität“ näher zu kommen. (vgl. ebd.: 40)

„Die wirkliche Schwierigkeit liegt darin, dass eine Unvereinbarkeit zwischen dem Lehrer-Schüler-Verhältnis und der in der internationalen Zusammenarbeit implizierten Gleichheit besteht. Es ist keine Arroganz, noch intellektueller Neokolonialismus, noch die Anmaßung von Überlegenheit, sondern die Tatsache der Überlegenheit, die die Wurzel des Übels darstellt (...)“ (Streeten 1974:41)

Er hält es für dringend notwendig, Wissenschaftler aus anderen Ländern zu finanzieren und zu fördern, damit diese in entwickelten Ländern die Probleme, die vorherrschen, erforschen, denn nur durch diese Reziprozität und symmetrische Übereinkunft kann laut ihm der Gedanke gleicher Partner realisiert werden. (vgl. ebd.: 42)

KLOSER verdeutlicht die Problematik, dass kein Wissen den Anspruch erheben kann, universell gültig zu sein, sondern sich aus dem jeweiligen Kontext, dem Raum, der Sozialisierung und der Wahrnehmung entwickelt. Europäisches, westliches, wissenschaftliches Wissen wird jedoch meist als dominant und überlegen wahrgenommen und dargestellt. (vgl. Kloser 2006: 25)

Auch kritisiert sie die Einführung des „Local Knowledge“ in die EZA als „neue Wunderzutat“, ohne dieses zu reflektieren. Sie zeigt klar auf, dass es sich hierbei nicht immer um die beste Lösung handeln muss. So nennt sie etwa das Beispiel der landwirtschaftlichen Produktion, in der aufgrund von raschem Handlungsdruck womöglich nicht nachhaltig gepflanzt wird, oder bestimmtes Wissen nur an Männer und nicht an Frauen weitergegeben wird, was eine Genderungleichheit zur Folge haben kann. (vgl. ebd.: 24) All dies muss wiederum im Kontext des jeweiligen eigenen Wissens (eines Forschers, einer Institution) hinterfragt und auf mögliche Eurozentrismen geprüft werden. KLOSER schreibt hierzu:

„Das ist im Kontext des Aufeinandertreffens von EntwicklungstheoretikerInnen und Local Knowledge-PraktikerInnen von Bedeutung, da das wissenschaftliche Wissen seit der kolonialen Ära bis einschließlich heute eine nahezu hegemoniale Stütze der westlichen kulturellen Dominanz darstelle. Wissenschaftliches Wissen steht hierbei als ‚World-ordering knowledge‘ (nach Hobart 1993) im Raum.“ (Kloser 2006:25)

Die Problematik hierbei ist unter anderem, dass eine Hierarchisierung von Wissen stattfindet, die einer effektiven Zusammenarbeit **auf Augenhöhe**, in der beide oder mehrere Wissensformen als gleichwertig und dementsprechend gleich-nützlich herangezogen werden, im Weg steht. SIBISI (2004) schreibt hier:

“Conflict and contradictions between the different “knowledge worlds” will vanish once the gap between traditional and modern scientists and practitioners can be closed through mutual acceptance of standards, continuous exchange, protection of rights, and recognition and reward for contributors. This will also provide the basis for an intrinsic abolishment of harmful indigenous practices that have had their share in discrediting traditional cultures and practitioners.” (Sibisi 2004: 38)

Konflikte und Widersprüche innerhalb von Entwicklungspraktiken können laut SIBISI nur dann aufgehoben werden, wenn sowohl die traditionelle als auch die moderne Wissenschaft beidseitig akzeptiert werden und ein beidseitiger Austausch sowie der Schutz der Rechte und eine Anerkennung und Belohnung für alle sich Beteiligten stattfindet. Anzumerken ist hier, dass er diesen Artikel im Namen der Weltbank im Jahr 2004 verfasst, was darauf schließen lässt, dass es hier in der Gleichstellung der Partner noch einiges an Defiziten gibt.

Wichtig und nicht zu verachten ist hier dieses lokale Wissen, welches von der OEZA vielleicht implizit, nicht jedoch explizit als Teil einer Partnerschaft auf Augenhöhe verstanden wird. KLOSER schreibt dazu, dass der Fokus immer noch eher auf generelle Entwicklungsbedürfnisse gelegt wird, ohne identifizierte lokale Notwendigkeiten auszumachen. Sie schreibt in ihrer Diplomarbeit über die Zusammenarbeit von Horizont3000 und URACAN, einer Universität in der Atlantikregion Nicaraguas. In diese Richtung wurde nun vermehrt etwas unternommen, was man anhand der vielen Partizipationsbemühungen sehen kann, welche sich dadurch legitimieren konnten, dass Projekte und Programme, die mit der Einbeziehung der lokalen Bevölkerung umgesetzt werden, nachhaltiger seien als ohne die Berücksichtigung dieser.

Lokales Wissen soll hier nicht mit indigenem Wissen verwechselt werden, denn um innerhalb der bilateralen Partnerschaft Ö - NIC an indigenes Wissen anknüpfen zu können, müssten erst einmal die nicaraguanische Regierung und die Ministerien daran Interesse zeigen. Daher distanziert sich KLOSER auch von dieser Verbindung und nennt hier gewollt nur die Wichtigkeit des „lokalen“ Wissens, als Wissen, welches gebunden an einen bestimmten Raum zu verstehen ist, nicht an eine bestimmte Ethnie. (vgl. Kloser 2006: 20f.)

Innerhalb bestimmter Entwicklungsinterventionen kommt es oftmals zu der Einbeziehung lokaler Informationen und Wissensbereiche, nicht allerdings ohne die Anpassung dieser an das dominante Wissens- und Ideologienkonstrukt. „Lokale Komplexitäten werden während der Eingliederung in Aktionsstrategien oftmals reduziert, um sie den Weltansichten und Interessen dominanter Institutionen unterzustellen“ (ebd.: 43) Hier ist die Frage, ob dies dem Konzept der Partnerschaft entspricht beziehungsweise welchem es entspricht.

Innerhalb des OEZA-Verständnisses scheint es nicht so, als ob lokales Wissen Teil der Kategorie „Kommunikation“ und der notwendigen „Gleichheit“ für eine Partnerschaft fällt. Sowohl diese als auch der Zeitfaktor könnten im Zuge einer weiteren Auseinandersetzung mit dieser Thematik angedacht werden.

## Ausblick

In ihrer gesamten Beziehung zu Nicaragua wendete die OEZA für das Schwerpunktland nicht genug Geldmittel zur Unterstützung auf, wie es laut DAC und *Paris Declaration* umzusetzen gewesen wäre. Allgemein wäre das Ziel, die österreichische ODA (Official Development Assistance) auf 0,7% zu heben, innerhalb der letzten Jahrzehnte schwankt sie allerdings zwischen etwa 0,1% und 0,3%. In diesen Prozentsatz des BIP werden Mitteltransfers aus sieben Ö-Ministerien miteingerechnet. (vgl. Obrovsky, et. alli. 2012:18)

OBROVSKY et. alii. (2012) schreiben von der Möglichkeit einer Zentralisierung von allen Ministerien und Dienststellen, die sich entwicklungspolitisch engagieren, um zu mehr Effektivität und Professionalität zu gelangen. (ebd: 21) Auch der DAC Peer Review von 2009 legt Österreich nahe, seine 8 Ministerien in ein ODA-Budget zusammenzuführen, nämlich anhand eines „white paper“ (Weißpapier), welches sich verbindend an alle ODA-Aktivitäten auf allen politischen Ebenen richtet, um eine bessere Koordination und finanzielle Leistung zu erreichen. (vgl. DAC Peer Review 2009: 34, 43, 46)

Hier sprechen OBROVSKY et. alii. (2012) von der Möglichkeit eines „Schnittstellenmanagements“ innerhalb der einzelnen Politikbereiche sowie einer „klaren Definition von Entwicklungspolitik“. Denn das Dreijahresprogramm der OEZA ist zwar für das BMEIA und die Sektion VII bindend, nicht allerdings für andere österreichische Ministerien, die somit keinen fixen Beitrag zur Erreichung der 0,7% der ODA leisten müssen. Somit liegt 2011 der ODA-Anteil nur bei 0,27%. (vgl. Obrovsky et. alli. 2012: 16, 18)

Michael Obrovsky et. alii. (2012) meinen, in „Die Zukunft der Österreichischen Entwicklungspolitik“, dass die bereits Jahrzehnte andauernde Unzufriedenheit über die Österreichische Entwicklungspolitik in Anbetracht der „Neuen Aid Architektur“ und der globalen Herausforderungen eine neue Positionierung erfahren sollte, um eine kohärente Entwicklungspolitik in Österreich und damit auch die internationalen Ziele besser erreichen zu können. (vgl. Obrovsky 2012:16)

In Bezug auf diese neue Art der Positionierung möchte diese Arbeit auf die Notwendigkeit einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Konzept der Partnerschaft und ihrer Problematik hinweisen, um diversen Missverständnissen aus dem Weg zu gehen sowie zu einer gleichberechtigteren Beziehung zwischen allen Staaten beitragen zu können.

Ebenfalls besteht die Hoffnung, dass der Begriff der Partnerschaft entweder so angepasst wird, dass er beide Seiten gleichberechtigt und verbindlich ist, oder dass die EZA ihre Partnerschaft reformiert und dementsprechend anpasst. Wenn man Entwicklung nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf geistiger und sozialer Ebene betrachtet, vielleicht auch spiritueller Ebene, dann können wir alle von einander lernen.

Dann würde eine Ausgewogenheit oder Gleichheit darin bestehen, dass wir uns alle in bestimmten Bereichen entwickeln müssen. Wenn wir erkennen, dass wir alle nicht vollkommen sind, können wir auf einer gleichgestellten Ebene voneinander Lernen und womöglich wahre Partnerschaften leben. Dies impliziert allerdings eine Kommunikation, die den Kriterien der durchgeführten Analyse entspricht. Es fehlt an einem echten Dialog auf Augenhöhe, mit der Möglichkeit eines reziproken Austausches, von dem beide Akteure profitieren können.

„Wir als dialogisches Prinzip, also echter Dialog, wobei die zweite Seite des Dialogs natürlich wegfällt, weil (...) wir können das, was wir lernen höchstens auf Papier bringen (...) viel von dem, was jetzt wir offiziell dort gemacht haben, wieder nach Österreich zurücktragen (...) Vielleicht kann man das als Amt auch nicht, aber wir hätten es auch nicht mal versucht.“ (III)

„Und wenn wir da was lernen sollten, dann scheidert das auch schon an der sprachlichen Vermittlungsmöglichkeit oft. Und ehrlich gesagt, das nicaraguanische Schulsystem, so wie ich das kennen gelernt habe, auch universitätsmäßig, ist nicht dazu angetan, dass ich hergeh und sag // also ich weiß nicht, ob das Präpotenz ist oder so, aber ich glaub nicht, dass man sehr viel lernen kann als Europäer.“ (Interview IV)

„(...) das ist vielleicht ein Manko, wenn wir von Partnerschaft sprechen (...) nämlich diese Zweiseitigkeit. Wir lernen ja auch, warum sollen wir dieser Möglichkeit hier beraubt werden.“ (Interview III)

Abschließend kann gesagt werden, dass es sich bei der Partnerschaft um einen guten Ansatz handelt. Solange es sich hierbei nur um einen Ansatz handelt, kann nicht bereits von einer

Implementierung gesprochen werden. In der Art, in der das Konzept momentan Verwendung findet, kann einzig und allein von einer Zielvorstellung ausgegangen werden. Hier bedarf es einer genaueren Definition und einer Anerkennung dessen, was Verbesserungspotential aufweist, oder einer Umformulierung des Konzeptes.

## Zusammenfassung

Diese Masterarbeit setzt sich mit dem Begriff der „Partnerschaft“ im Entwicklungskontext auseinander. Ab den 1990er Jahren wurden die internationalen Beziehungen der „Geber- und Nehmerländer“ vermehrt als Partnerschaften klassifiziert, ohne eine spezifische Definition des Begriffs festgelegt zu haben. In einer Zeit, in der alles definiert wird und werden muss, stellt sich die Frage, wieso Partnerschaft im Entwicklungskontext eine Ausnahme zu sein scheint. Die Problematik, einen Begriff nicht klar zu definieren, besteht darin, dass Raum für Vermutungen bestehen bleibt und die jeweilige Umsetzung stark variieren kann. Anhand der Untersuchung des Partnerschaftsverständnisses und der Erstellung einer einheitlichen Definition können die Beziehungen zwischen „Geber- und Nehmerländern“ maßgeblich verändert werden. Zum ersten kann den kritischen Stimmen der „Partnerschaft als schwammiges Konzept zur Wiederbelebung der Entwicklungshilfe-Industrie“ entgegengewirkt werden. Zum anderen kann eine Partnerschaft messbar und evaluierbar gemacht werden. Diese Masterarbeit befasst sich im Konkreten mit dem Länderbeispiel Österreich – Nicaragua, welches auf Grund seiner langen Beziehung, als Paradebeispiel einer Partnerschaft gesehen werden kann. Der Untersuchungszeitraum umfasst das erste technische Kooperationsabkommen von 1986 bis hin zu der Schließung des Koordinationsbüros in Managua, 2011-2013.

Die Vorannahmen und Hypothesen der Arbeit waren zum einen, dass Partnerschaft als Antwort auf die internationalen Partnerschaftsbemühungen der 1990er Jahre in die OEZA integriert wurde. Und dass Partnerschaft aufgrund seines vagen Verständnisses und dem Fehlen einer Definition, nur als plakativer Aufhänger der OEZA fungiert, nicht jedoch umgesetzt werden konnte.

Neben einer historischen Analyse des „Partnerschaftsbegriffes“ sind auch historische internationale, sowie nationale Partnerschaftsbemühungen Teil der Untersuchung. Die Analyse des Länderbeispiels Österreich – Nicaragua erfolgte anhand von Interviews mit ausgewählten ExpertInnen der staatlichen österreichischen Entwicklungsorganisationen, welche aufgrund ihrer Positionen und Erfahrungen mit und in Nicaragua als repräsentativ gelten. Anhand dieser Interviews konnte das Verständnis von Partnerschaft der staatlichen OEZA ausgewertet und ein Vorschlag für eine konkrete Definition von Partnerschaft erstellt werden. Mittels dieser Definition, sowie historischen Dokumenten, überlappenden Masterarbeiten, sowie den

entsprechenden Dreijahresprogrammen, wurde die Beziehung Österreichs mit Nicaragua von 1986 bis 2011-13 auf ihre Partnerschaftlichkeit geprüft.

Die Ergebnisse dieser Arbeit sind die Auswertung des Verständnisses der staatlichen OEZA, die Erstellung eines Vorschlages einer Definition, sowie die Schlussfolgerung, dass Partnerschaft eine Zielvorstellung der OEZA war und ist, jedoch noch keine gelebte Beziehung darstellt. Einige Hypothesen konnten demnach vorübergehend verifiziert werden, andere wurden verworfen und / oder benötigen weitere Forschung. Ziel dieser Arbeit ist es, die Auseinandersetzung mit der Thematik auszuweiten, sowie auf die Notwendigkeit intensiverer Analysen und weiterer (Länder-)Studien hinzuweisen.

## Glossar

### **Eurozentrismus**

Das Verständnis der Welt von einem europäischen Standpunkt, Wissenschaft und Sozialisierung aus.

Das Unvermögen, sich in nicht-westliche Konzepte, Gedanken, Wissensformen, etc. hineinzudenken, oder diese unvoreingenommen wahrnehmen zu können.

### **EZA**

Entwicklungszusammenarbeit

### **FDI**

Foreign Direct Investment

### **Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe**

Die AG Globale Verantwortung vertritt national und international die Interessen von österreichischen NRO, die in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitische Inlandsarbeit, Humanitäre Hilfe sowie nachhaltige globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung tätig sind. Gemeinsam mit Partnerorganisationen vor Ort führen die Mitglieder in über 100 Ländern Afrikas, Lateinamerikas, Asiens, Osteuropas und des Nahen Ostens Projekte und Programme durch.

### **IWF**

Internationaler Währungsfond, oder International Monetary Fund (IMF)

### **KoBü**

Koordinationsbüro der ADA / BMEIA in den jeweiligen Projektländern / Schwerpunktländern

### **MDGs**

Millenium Development Goals

### **ODA**

Official Development Aid meint die offizielle finanzielle Entwicklungshilfeleistung eines Landes, oder eines Länderbündnisses (Bsp. EU)

### **PPP**

Public Private Partnership

### **Sektion VII**

Die Geschäftseinteilung des BMeiA erfolgt in Sektionen. Die Sektion VII ist die der Entwicklung und befasst sich mit Humanitärer Hilfe, Evaluation, Planung, Strategie, Dreijahresprogrammen, etc.

## Quellenverzeichnis

### Online - Quellen

ADA - Geschäftsbericht:

[http://www.entwicklung.at/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Publikationen/ADA-GB/2015\\_ADA\\_Geschaeftsbericht.pdf](http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/ADA-GB/2015_ADA_Geschaeftsbericht.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:29]

ADA - Homepage:

<http://www.entwicklung.at/mediathek/impressum/> [Zugriff: 01.10.2017; 16:29]

AG - Globale Verantwortung:

Stellungnahme DJP 2010 - 2012:

[https://www.globaleverantwortung.at/images/doku/agglobaleverantwortung\\_stellungnahme\\_3yprogramm\\_29nov2010.pdf](https://www.globaleverantwortung.at/images/doku/agglobaleverantwortung_stellungnahme_3yprogramm_29nov2010.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:29]

Stellungnahme Strukturenentwurf:

[https://www.globaleverantwortung.at/images/doku/aggv\\_stellungnahme\\_strukturentwurf3yprogramm\\_20111115.pdf](https://www.globaleverantwortung.at/images/doku/aggv_stellungnahme_strukturentwurf3yprogramm_20111115.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:29]

Stellungnahme DJP 2010 - 2012, Dezember 2011:

[https://www.globaleverantwortung.at/images/doku/aggv\\_stellungnahme\\_3yprogramm\\_aktual\\_2011\\_20111206.pdf](https://www.globaleverantwortung.at/images/doku/aggv_stellungnahme_3yprogramm_aktual_2011_20111206.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:30]

ATI - Publish What you Fund:

<http://ati.publishwhatyoufund.org/comparison-chart-2016/> [Zugriff: 01.10.2017; 16:30]

BMEIA:

<https://www.BMEIA.gv.at/das-ministerium/das-BMEIA-stellt-sich-vor/> [Zugriff: 01.10.2017; 16:29]

BMeiA: DJP 1996-1998

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/III/III\\_00036/imfname\\_531624.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/III/III_00036/imfname_531624.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:31]

BMeiA DJP 2007 - 2009: Fortschreibung 2007, nicht layoutierte Version

[http://www.eduhi.at/dl/4993\\_dreijahresprogramm\\_nicht\\_layoutiert\\_web.pdf](http://www.eduhi.at/dl/4993_dreijahresprogramm_nicht_layoutiert_web.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:31]

BMeiA DJP 2007 - 2009

[http://www.entwicklung.at/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Publikationen/3\\_JP/2007-2009\\_Dreijahresprogramm.pdf](http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/3_JP/2007-2009_Dreijahresprogramm.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:32]

Studie\_EZA, 2013:

[https://www.BMEIA.gv.at/fileadmin/user\\_upload/Zentrale/Publikationen/Studie\\_Entwicklungszusammenarbeit.pdf](https://www.BMEIA.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/Studie_Entwicklungszusammenarbeit.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:32]

BMWFW:

[http://www.bmfwf.gv.at/Aussenwirtschaft/oesterreichinderEU/EU-Institutionen/Documents/EZA\\_Gesetz\\_02.pdf](http://www.bmfwf.gv.at/Aussenwirtschaft/oesterreichinderEU/EU-Institutionen/Documents/EZA_Gesetz_02.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:32]

BMZ, 2002:

[http://www.partizipation.at/fileadmin/media\\_data/Downloads/themen/Partizipation\\_in\\_der\\_EZ.pdf](http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/themen/Partizipation_in_der_EZ.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:32]

Braddock, Grainger, Moreira (2003): *Addressing the Reproductive Health Needs and Rights of Young People since ICPD: The contribution of UNFPA and IPPF*; OECD - Nicaragua Country Evaluation Report

<http://www.oecd.org/countries/nicaragua/36750611.pdf> [Zugriff: 01.10.2017; 16:33]

Brockhaus, 2017:

Partnerschaft: <https://univie-brockhaus-de.uaccess.univie.ac.at/enzyklopaedie/partnerschaft-soziologie> [Zugriff: 01.10.2017; 16:33]

Bundeskanzleramt: ERP-Counterpart Regelung - Artikel III

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10003948> [Zugriff: 01.10.2017; 16:33]

Chambers, Robert (1994): *Paradigm Shifts and the Practice of Participatory Research and Development*; Institute of Development Studies, Working Paper, April 1994

<https://opendocs.ids.ac.uk/opendocs/bitstream/handle/123456789/3712/WP2.pdf%3bsequence=1> [Zugriff: 01.10.2017; 16:34]

DAC - glossary: Key terms and Concepts:

[http://www.oecd.org/development/dac-glossary.htm#Purpose\\_Aid](http://www.oecd.org/development/dac-glossary.htm#Purpose_Aid) [Zugriff: 01.10.2017; 16:34]

Deutsches Etymologisches Wörterbuch, Partner:

<http://www.koeblergerhard.de/derwbhin.html> [Zugriff: 01.10.2017; 16:34]

EU:

EQUAL Partnership Development Toolkit, 2005

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/equal\\_consolidated/data/document/pdtoolkit\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/equal_consolidated/data/document/pdtoolkit_en.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:34]

EU- Länderstrategiepapier 2007 - 2013:

[http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/csp-nicaragua-2007-2013\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/csp-nicaragua-2007-2013_de.pdf)  
[Zugriff: 01.10.2017; 16:34]

Gablers.Wirtschaftslexikon, Partnerschaft:

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/partnerschaft.html> [Zugriff: 01.10.2017; 16:35]

Globale Verantwortung:

<https://www.globaleverantwortung.at/ranking-transparenz-von-oesterreichischer-eza-ist-schlecht> [Zugriff: 01.10.2017; 16:35]

<https://www.globaleverantwortung.at/transparenz-in-der-staatlichen-entwicklungssusammenarbeit-oesterreich-unter-den-schlusslichtern> [Zugriff: 01.10.2017; 16:35]

Größe-Ötringhaus Hans-Martin (2007): Partizipation durch Partizipation erlernen;  
Paulo Freire Verlag:

<http://www.freire.de/node/102> [Zugriff: 01.10.2017; 16:35]

HRW - Human Rights Watch: Äthiopien

<https://www.hrw.org/africa/ethiopia> [Zugriff: 01.10.2017; 16:35]

OECD.org:

<http://www.oecd.org/> [Zugriff: 01.10.2017; 16:35]

DAC Peer Review 2009:

<http://www.oecd.org/dac/peer-reviews/CRC%20Austria%2010jun.pdf> [Zugriff: 01.10.2017; 16:35]

OECD Members and Partners:

<http://www.oecd.org/about/membersandpartners/> [Zugriff: 01.10.2017; 16:35]

OECD Paris Declaration 2005

<http://www.oecd.org/dac/effectiveness/34428351.pdf> [Zugriff: 01.10.2017; 16:35]

OECD Paris Declaration, 5 principles: *Paris Declaration for Aid Effectiveness: Five Principles for Smart Aid*

<http://www.oecd.org/development/effectiveness/45827300.pdf> [Zugriff: 01.10.2017; 16:36]

OECD Partnerschaft:

<https://www.oecd.org/globalrelations/partnershipsinoecdbodies/> [Zugriff: 01.10.2017; 16:36]

OeEB.at:

<http://www.oe-eb.at/de/ueberblick/partner/seiten/default.aspx> [Zugriff: 01.10.2017; 16:36]

ÖFSE: ÖFSE-historische EZA: 1991 - 2000

<http://www.oefse.at/forschung/die-oesterreichische-entwicklungszusammenarbeit-historischer-ueberblick/1991-2000/> [Zugriff: 01.10.2017; 16:36]

Partizipation.at: „*Partizipation in der Entwicklungszusammenarbeit*“

[http://www.partizipation.at/partizipation\\_eza.html](http://www.partizipation.at/partizipation_eza.html) “ [Zugriff: 01.10.2017; 16:36]

Partizipation.at: „Partizipative Prinzipien in der EZA“:

<http://www.partizipation.at/675.html> [Zugriff: 01.10.2017; 16:36]

PNDH: 2009 - 2011

[http://www.preventionweb.net/files/15491\\_pndh20092011.pdf](http://www.preventionweb.net/files/15491_pndh20092011.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:36]

Südwind - Magazin: „*Nicaragua und Österreich - Eine 30-jährige Partnerschaft auf zivilgesellschaftlicher und offizieller Ebene*“

<http://www.suedwind-magazin.at/nicaragua-und-oesterreich> [Zugriff: 01.10.2017; 16:37]

Uni-Protokolle: „Sandinisten“ - Begriffserklärung

<http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Sandinisten.html> [Zugriff: 01.10.2017; 16:37]

UN – LDC Report, 2000

[http://unctad.org/en/Docs/ldc2000\\_en.pdf](http://unctad.org/en/Docs/ldc2000_en.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:37]

United Nations: un.org

[http://www.un.org/en/events/pastevents/millennium\\_summit.shtml](http://www.un.org/en/events/pastevents/millennium_summit.shtml) [Zugriff: 01.10.2017; 16:37]

Wenger, 2010: *Evaluation of the Paris Declaration, Phase 2 - Case Study Austria Final Report.*, ADA:

[http://www.entwicklung.at/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Evaluierung/Evaluierungsberichte/2010/Evaluation\\_Paris\\_Declaration\\_Final\\_Report\\_Dec\\_2010.pdf](http://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Evaluierung/Evaluierungsberichte/2010/Evaluation_Paris_Declaration_Final_Report_Dec_2010.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:38]

WHO: who.int

[http://www.who.int/medicines/mdg/mdg8report2012\\_en.pdf?ua=1](http://www.who.int/medicines/mdg/mdg8report2012_en.pdf?ua=1) [Zugriff: 01.10.2017; 16:38]

## **Bibliografie**

- ANZENBACHER, Arno (1997): *Christliche Sozialethik - Einführung und Prinzipien*; Schöningh (UTB), Paderborn
- BAAZ, Maria Eriksson (2005): *The Paternalism of Partnership: A Postcolonial Reading of Identity in Development Aid*; Zed Books
- BELLERS J., BENNER T., GERKE I. M. (2001): *Handbuch der Außenpolitik - Von Afghanistan bis Zypern*; Oldenbourg Verlag, München, Wien
- CROCKER, David (2008): *Ethics of Global Development - Agency Capability and Deliberative Democracy*; Cambridge University Press, Cambridge U.K.
- DE ABREU FIALHO GOMES B., HANAK I., SCHICHO W. et. alli. (2003): *Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit*; Mandelbaum Verlag, Wien
- (2006): *Entwicklungszusammenarbeit- Akteure, Handlungsmuster und Interessen*; Mandelbaum Verlag, Wien
- FOUCAULT, Michel (1979): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. 9. Auflage. Suhrkamp-Taschenbuch 2271, Frankfurt am Main 2008
- HENIGHAN, Stephen (2014): *Sandinò's Nation: Ernesto Cardenal and Sergio Ramírez Writing Nicaragua, 1940 - 2012*; Montreal: MQUP
- HERRIGER, Norbert: *Empowerment in der Sozialen Arbeit, eine Einführung*; Verlag W. Kohlhammer, Düsseldorf
- HICKEY S. und MOHAN G. (2004): *Participation - From Tyranny to Transformation?: Exploring New Approaches to Participation in Development*; Zed Books, London
- MARGIT, Franz (1995): *Venceremos - Auch hierzulande? Österreichs Entwicklungszusammenarbeit mit dem Sandinistischen Nicaragua*, Wien
- MAYRING, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*; Beltz Verlag, Basel, 12. Auflage
- PICCIOTTO Robert, (2004) In: Liebenthal A., Feinstein O., Ingram G., 2004: *Evaluation&Development The partnership dimension*; World Bank Series on Evaluation and Development; Volume 6; New Brunswick, New Jersey
- ROWLANDS, Joanna (1997): *Questioning Empowerment: Working with women in Honduras*; Oxfam Print Unit, UK and Ireland
- RYBAK, Jan (2015): *„Eine sehr besondere Revolution, die ich kennenlernen wollte“ - Die österreichische Nicaraguanische Solidaritätsbewegung - 1979 - 1990*; Wiener Verlag für Sozialforschung; Bremen
- SAID, Edward (1979): *Orientalism*; Vintage Books Edition
- STREETEN, Paul (1974): *Grenzen der Entwicklungsforschung*; Original: „The Limits of Development Research“, Übersetzung Reinhild Kahn, Institut für allgemeine Überseeforschung; Weltforum Verlag, München

WHITFIELD, Lindsey (2010): *The Politics of Aid - African Strategies for Dealing with Donors*; OUP Oxford

## **Diplomarbeiten**

ARBOLEDA RIVERA, Fredy (1994): *Die österreichische Entwicklungspolitik aus dem Blickwinkel der Menschenrechte, dargestellt am Beispiel Guatemalas und Nicaraguas in der Zeit von 1979 bis 1986*; Universität Wien

JAGSCHITZ, Sebastian (2005): *Die Beziehungen zwischen Nicaragua und der OEZA anhand des Projektes „Manejo Integral de Finca con Efoque Agroecológico e Investigación Aplicada“*, Universität Wien, Diplomarbeit, November 2005

KLOSER, Katharina (2006): *Local K knowledge in der EZA - Die Strategie der Universidad de las Regiones Autónomas de la Costa Caribe Nicaragüense (URACCAN)*; Diplomarbeit Universität Wien, August 2006

LIEBERMANN, Andreas (1992): *Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit im europäischen Kontext. Eine verwaltungsrechtliche Systemstudie*. Graz; Dissertation, zusammengefasster Auszug: S. 843 - 867 [http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Andreas-Liebmann\\_Die-o%CC%88sterreichische-Entwicklungs-Zusammenarbeit-am-Pru%CC%88stein-der-EG.pdf](http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Andreas-Liebmann_Die-o%CC%88sterreichische-Entwicklungs-Zusammenarbeit-am-Pru%CC%88stein-der-EG.pdf)

OSTERMANN, Gudrun (2003): *Die Bezeichnung „Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ und ihre Bedeutung für Nicaragua*, Diplomarbeit, Universität Wien

RASSMANN, Verena (2003): *Terminologie der Entwicklungszusammenarbeit Österreichs mit Guatemala anhand ausgewählter Projekte – Deutsch - Spanisch*; Diplomarbeit Universität Wien, Mai 2003

SABOR, Petra (2014): *Überprüfung der Nachhaltigkeit in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit – Untersuchung anhand des Projektes Lago Managua des Hilfswerks Austria International*; Diplomarbeit Universität Wien, Jänner 2014

WEIDINGER, Bernhard (2001): *Partnerschaft, „Eignerschaft“, Vormundschaft? Bekenntnisse zu Partnerschaftlichkeit und „Ownership“ in der EZA der Europäischen Union*; Stichproben; Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien; Stichprobe Nr.2/2001 <https://stichproben.univie.ac.at/archiv/stichproben-nr-22001/> /// [https://stichproben.univie.ac.at/fileadmin/user\\_upload/p\\_stichproben/Artikel/Nummer02/Nr2\\_Weidinger.pdf](https://stichproben.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_stichproben/Artikel/Nummer02/Nr2_Weidinger.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:38]

## **Rundbriefe / Reden**

JANKOWITSCH, Peter. 1983. Österreich und die Dritte Welt. Ein neues Kapitel Außenpolitik, In: Bielka, Erich. Peter Jankowitsch & Hans Tahlberg (eds). Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik. Wien: Europaverlag, pp. 257-292.

KREISKY, Bruno. 1962a. „Die Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas". Europagespräch, Wien 23. Juni 1962. In: Kreisky Reden, Bd. 1. Wien: Verlag der Österr. Staatsdruckerei 1981, pp. 350-359.

KREISKY, Bruno. 1962b. Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft, Salzburg 1. Juli 1962. In: Kreisky Reden, Bd. 1. Wien: Verlag der Österr. Staatsdruckerei 1981, pp. 359-362.

WAGNER, Alois 1970. Katholische Stellungnahme zur Entwicklungspolitik, Hearing über Probleme der Entwicklungspolitik, Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 27. und 28. April 1970, in: Nachlass A. Wagner, Diözesanarchiv Linz

WAGNER, Alois 1976. ÖED Rundbrief Nr. 83, April 1976

### **Artikel / Zeitschriften / Sammelbände / Programme**

BMEIA - DJP (Dreijahresprogramm) 2016 - 2018

BMaA - Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, 2002: *Österreichische Entwicklungszusammenarbeit Landesprogramm Nicaragua 2003 - 2006*. Wien

BMaA - Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, 2004: *Außenpolitischer Bericht 2003*, Wien

CARBONNIER Gilles, KONTINEN Tiina (2014): *North-South Research Partnership*; European Association of Development Research and Training Institutes Policy Paper Series, Juni 2014

EU - EQUAL: *Partnership Development Toolkit - A partnership oriented planning, monitoring and evaluation guide for facilitators of EQUAL Development and Transnational Partnerships*; European Commission, September 2005

GUMUCIO DAGRON, Alfonso (2009): *Playing with fire: power, participation, and communication for development*; Development in Practise, Volume 19, Numbers 4-5, Seiten 453-465; June 2009

MQ QUAID R. W. (2000): *The Theory of Partnerships – Why have Partnerships?*, In: S.P. Osborne (ed.) *Managing public-private partnerships for public services: an international perspective*; Routledge, London; S. 9-35

OBROVSKY M., et. alli. (2012): *Die Zukunft der Österreichischen Entwicklungspolitik*; Österreichische Entwicklungspolitik, ÖFSE, Wien Südwind-Verlag

OECD - Prüfbericht (2000): *Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Österreichs 2000*; Ausschuss für Entwicklungshilfe; Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ÖFSE-NIC (2002): *Länderprofil Nicaragua - República de Nicaragua*; S. 8 - 9; 26 - 44

ÖFSE-NIC (1996): *Länderprofil Nicaragua*; S. 21 - 24

SIBISI Sibusiso, (2004): *Indigenous Knowledge and Science and Technology: Conflict, Contradiction or Concurrence?*, In: *Local Pathways to Global Development - Marking Five*

*Years of the World Bank Indigenous Knowledge for Development Programme*; Capter 8, The World Bank: S. 34 - 39

SLEZAK, Gabriele (2010): *República de Nicaragua – NIC (Republik Nicaragua)*; ÖFSE, Länderinformation Nicaragua; S. 7-14; 17-21

SMITS, Paul (2001): *Balancing Ownership and Partnership in Development Research*; Netherlands Development Assistant Research Council, RAWOO, Publication NO. 23; September 2001, S. 3 - 30

UNCED - Agenda 21 - (1992): *The global Partnership for environment and development - A guide to Agenda 21*; Genf; S. 1 - 116

UNWIN, Tim: *Partnerships in Development Practice: Evidence from multi-stakeholder ICT4D partnership practice in Africa*; UNESCO Publications for the World Summit on the Information Society, 2005

UK Policy Paper, March 2005: *Partnerships for poverty reduction: rethinking conditionality*. Department for International Development. London  
[https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/211182/partnerships-poverty-reduction.pdf](https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/211182/partnerships-poverty-reduction.pdf) [Zugriff: 01.10.2017; 16:38]

## **Grafiken**

Figure 1: OECD - Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Österreich, 2000: S.6  
*Übersicht über die Österreichische ODA 1997-1998*  
<http://www.oecd.org/dac/peer-reviews/25337666.pdf> [01.10.2017; 16:40]

Figure 2: OECD – DAC Peer Review 2009: S. 29  
*Austrian Development cooperation thematic priorities and priority countries*  
<http://www.oecd.org/dac/peer-reviews/CRC%20Austria%2010jun.pdf> [01.10.2017; 16:40]

Figure 3: OECD – DAC Peer Review, 2009: S. 6  
*Austrias Aid at a glance, 2006-2007*  
<http://www.oecd.org/dac/peer-reviews/CRC%20Austria%2010jun.pdf> [01.10.2017; 16:40]

## Anhang 1: Abstract

This paper discusses the need for a definition of the term “partnership” in the development field. Fact is that the international relationships between north and south development agencies, since the 1990s, are mainly described as partnerships without providing a specific definition for that term. In a time, when everything has to be defined, from democracy, to economic relations, to development itself, how come that “partnership” in an developmental vocabulary seems to be the exception. The issue with not defining anything, is that it leaves a lot of space for assumptions and allows many forms of implementation. By analysing the understanding of partnerships in the development field and by opting for a global definition, relationships between “donors” and “recipients” can be changed on a bigger scale. First partnerships can be lifted out of their prejudices of blurry concepts and the only purpose to morally rehabilitate the aid industry. Secondly, a partnership can be made measurable and can be evaluated. This thesis takes a closer look at the relationship between central american Nicaragua and central european Austria, who are most likely seen as the perfect example of a development partnership due to their long-term relationship. The period of investigation starts from 1986, when the first official cooperation was signed, until the closure of the coordination office in Managua 2011-2013.

This thesis hypothesis were, that Austria implemented the concept of partnership as an answer to the international hype of the 1990s. And due to the lack of a firm definition and a vage understanding of partnership in the Austrian development agencies, partnerships are a mind set and a goal, but not yet a stable relationship.

Beside a historical introduction on partnerships and its varying definitions, this thesis describes the international partnership intentions as well as the Nicaraguan and the Austrian, to analyse the similarities and the differences. Digging deeper, significant representators of the Austrian Ministry and state development Agencies have been interviewed, who have been working with and in Nicaragua for years. The specific interest was based on the austrian state agencies. Due to these interviews the perception of partnerships for the Austrian development state agencies could be analysed. And by analysing their specific statements a suggestion for a definition of Austrian development partnerships was created. Based on this definition the actual relationship between Austria and Nicaragua from 1986 to 2012 has been analysed, to examine if such a partnership had been implemented. Beside the interviews, also historical sources, documents and similar master theses, as well as the corresponding Austrian 3-year-programmes have been analysed.

The results were the established proposal for a definition on partnership as much as the conclusion that such a partnership did not exist between Austria and Nicaragua, because this kind of partnership is until now a goal and an idea, not an implemented relationship.

Therefor some hypothesis could be verified to date, while others need further research or have been rejected. This thesis intends to intensify the discussion on this topic. A recommendation for a partnership definition for the Austrian development agencies has been made and the need for additional analysis, debates and studies, as well in Austria, as in other countries might be needed.

## Anhang 2: Interviewausschnitte - Grobanalyse

Hier wurden die geführten Interviews auf relevante Passagen reduziert, paraphrasiert, interpretiert und schlussendlich erste Kategorieformulierungen vorgenommen.

Relevante Interviewausschnitte	Paraphrasen	Interpretation	Kategorieformulierungen
--------------------------------	-------------	----------------	-------------------------

**Interview I** (MitarbeiterIn der Sektion VII des BMeiA und ehemalige/r KoordinationsbüroleiterIn in Nicaragua)

<p>„(...) das ist aus der Notwendigkeit eigentlich heraus entstanden. Dass man vor Ort einfach präsent ist.“</p> <p>„(...) ein richtiges Bild kann man sich nur machen, wenn man im Land ist.“</p> <p>„Und ich halt’s für enorm wichtig, dass man vor Ort ist, wenn man wirklich von Partnerschaft spricht (...)“</p> <p>„Ab der Dezentralisierung. Also, ein Zeichen dafür, dass man partnerschaftlicher arbeitet, war die Einrichtung der Koordinationsbüros. Das heißt, dass vor Ort bist, dass du weißt, wie die Dinge dort funktionieren, weil am Schreibtisch hier in Österreich merkt mans nicht unbedingt.“</p>	<p>Partnerschaft setzt einen unmittelbaren physischen Kontakt vor Ort voraus</p>	<p>Mittelbare Zusammenarbeit</p> <p>Unmittelbare Zusammenarbeit</p>	<p>Lokalität / physischer Kontakt</p>
<p>„(...) und dass man einfach realistischere Einschätzung hat vor Ort, das ist möglich, das zweite ist, dass man sich an dem orientiert, was die Partner wollen...“</p> <p>„(...) dass man einfach mehr auf der Basis macht, was Partner wollen.“</p> <p>„(...) wirklich das, was die Partnerländer haben, als Basis zu nehmen und dass wir uns, wir als Geber, uns daran anpassen (...)“</p> <p>„(...) also, wenn man genau das macht, was dann die Partner sich wünschen, das ist für mich eine gute EZA.“</p> <p>„(...) wir nehmen die Politiken der Partnerländer als unser Ausgangsdokument, wir orientieren uns daran (...)“</p> <p>„(...) es wäre auch [umgekehrt] keine Partnerschaft, wenn das Partnerland, oder das Empfängerland sagt: „So, entweder macht ihr das, oder nicht und ihr habt dazu nichts zu sagen.“</p>	<p>Erste Kategorie: Partnerschaft ist das, was Partner wollen / haben; Anpassung der Geber</p> <p>Zweites Element /Kategorie: Alles, was realisierbar ist</p>	<p><i>Ownership</i></p> <p>Kontrolle</p>	<p>Differenzen</p>

<p>„(...) na, ich glaub, man kann nicht alles akzeptieren (...) wir müssen, glaub ich, schon auch sagen, das akzeptieren wir so nicht.“</p> <p>„Partnerschaft hat für mich viel zu tun mit <i>Ownership</i>. Das heißt, dass ich den anderen so akzeptiere, wie er ist und was er will und nicht dauernd meins aufdrücken will.“</p> <p>„(...) also, dass man wirklich sagt, ja, wenn man von Staat zu Staat arbeitet, dann muss die Partnerregierung im Driver-Seat sein.“</p> <p>„(...) wenn man <i>Ownership</i> will, muss man wahrscheinlich auch weggeh von Geber-Nehmer-Prinzip.“</p>	<p>im Rahmen einer Partnerschaft, unterliegt der Beurteilung beziehungsweise der Einschätzung der Lage durch die Geberseite.</p>		
<p>„(...) das hat alles nicht ganz so funktioniert, weil man, weil das ein ziemlich politisches Thema ist und man das ziemlich technisch angegangen ist.“</p> <p>„(...) Ich habe das Gefühl, dieses // Partnerschaft ist nach wie vor wichtig, aber // naja, es ist anders, es ist wieder mehr so „wir machen“, „die Geber machen was“ (...) es ist vielleicht politischer geworden.“</p> <p>„(...) EZA ist auch Politik. Man darf nicht vergessen, dass EZA im Kalten Krieg begonnen hat und das war ein stark politischer Hintergrund damals und es war nicht, weil wir so nett und so gut sind.“</p>	<p>Die EZA wird von der (Außen)Politik (mit)bestimmt.</p>	<p>Die Politik wird dafür verantwortlich gemacht, dass Partnerschaft nicht möglich ist.</p>	<p>Kontrolle</p>
<p>„Also für mich wäre eine Partnerschaft, eine richtige Partnerschaft dann, wenn die beiden auf gleicher Ebene sind.“</p> <p>„Und das höre ich immer wieder, wird vor allem von den Partnerländern, weil wir sagen ja nicht Empfängerländer, wir sagen nach wie vor Geberländer und Partnerländer, aber von // ich sag Empfängerländer, weil de facto ist es so, das wird nicht so empfunden (als wären es Partnerländer) das höre ich immer wieder und wer also // im Prinzip ist es so, wer das Geld hat, schafft an.“</p> <p>„(...) ich glaub, man kann viel in den Ländern lernen und von den Leuten in den Ländern, wie sie was machen.“</p> <p>„(...) glauben Sie, dass wenn jetzt jemand aus Nicaragua kommt, in Österreich würd sich ein Minister irgendetwas sagen lassen? (...) kann ich mir nicht vorstellen...“</p> <p>„(...) bei einer Wirtschaftskooperation stehen sie mehr auf gleicher Ebene (...) also das hören wir oft in afrikanischen Ländern, ja und wäre lieber</p>	<p>Gleichheit</p> <p>Ungleichheit</p>	<p>Idealzustand /Zielvorstellung</p> <p>Realität / Kontrolle</p>	<p>Differenzen</p>

<p>Wirtschaftskooperation, weil dann ist offen, was ihr von uns wollt und was wir von euch wollen.“</p> <p>„Partnerschaft ist dann am leichtesten, wenn die Machtverhältnisse ähnlich sind.“</p>			
<p>„Alles, was uns hier wichtig ist und gut und schön ist, muss in jedem Entwicklungsprojekt berücksichtigt werden. Teilweise fehlt da auch das Verständnis dafür, weil sehr europäische Konzepte sind. Partnerschaft würde heißen, dass man sowas ausdiskutiert.“</p> <p>„Na, aber man versteht generell unter Partnerschaft nicht, dass wir sagen: „So, wir hören euch jetzt nicht zu, wir machen das Projekt, wie wir wollen und was ihr wollt, ist uns völlig wurscht.“</p>	<p>Ausdiskutieren und Zuhören</p>	<p>Diskussion</p>	<p>Kommunikation</p>
<p>„(...) Partnerschaft, würde ich sagen, ist zumindest (...) offen sein und sagen, naja, wir können so und so weit gehen mit der Partnerschaft, aber wir müssen das und das auch machen! Also, dass man das zumindest offen sagt und ned von einer Partnerschaft redet, die es dann de facto nicht ist.“</p> <p>„Partnerschaft ist (...), dass ich rechtzeitig informiere, dass was nicht funktionieren wird, dass was nicht geht, dass man sich gegenseitig respektiert und offen ist.“</p> <p>„(...) offen zu sagen, was kann ich geben und was will ich dafür haben. Also auch eine Offenheit.“</p> <p>„(...) Wir sollten die Begriffe aber nicht inflationär verwenden, sondern auch mit Leben erfüllen, in dem Sinn, dass man sagt: „Was kann eine Partnerschaft und was kann sie nicht?“ oder „Was kann diese Partnerschaft in der EZA? Wo habe ich meine Zwänge als Geber und wo kann der Partner sich einbringen und wo nicht? Dass man einfach klar am Tisch legt, das kann ich bieten, das erwarte ich mir und dass das von beiden Seiten kommt. Ich glaub, das wäre schon viel in Richtung Partnerschaft.“</p> <p>„(...) das können wir aus dem und dem Grund nicht fördern, weil das nicht unsere Politik ist. Dass man das offen auf den Tisch legt und sagt „Das geht, das geht nicht“ (...) Und die Partner sagen „Das wollen wir, das wollen wir nicht“.“</p>	<p>Ehrlichkeit, Kommunikation, rechtzeitig informieren, miteinander reden, Offenheit</p>	<p>Offenheit</p>	<p>Kommunikation</p>
<p>„(...) gegenseitiger Respekt ist meiner Meinung nach das Allerwichtigste“</p> <p>„(...) den anderen respektieren und ernst nehmen. Das wäre ein Idealzustand.“</p> <p>„Aber Partnerschaft, ja, ich glaube, es geht (...) es müsste in die Richtung gehen, auch Offenheit und Respekt.“</p>	<p>Sich respektieren und ernst nehmen</p>	<p>Respekt</p>	<p>Beziehung</p>

„Ja, also, ich denke, Partnerschaft ist ein gutes Ziel, sollte auch weiterhin unser Ziel sein.“	Gutes Ziel und Ideal	Zielvorstellung	Idealzustand
„Partnerschaft als Ideal“			

„(...) sehr viel un(...) also auch Abhängigkeit von den Gebern muss man sagen und was sie aber schon gemacht haben, sie haben einen eigenen Entwicklungsplan gemacht.“	Nicaragua ist geberabhängig. Es werden Dinge gemacht, um das Geld zu bekommen.	Abhängigkeit, finanzielle Unterschiede	Kontrolle
„(...) also, Nicaragua ist ziemlich geberabhängig, sag ich einmal.“			
„Und in abhängigen Ländern ist es oft so, da sagt man: „Ja, ja, das machen wir, das ist eine gute Idee (...), weil sonst würde man das Geld ja auch nicht bekommen, ja?“			
„(...) weil die ganzen Konditionalitäten, die auch geknüpft sind an Projekte, das ist im Prinzip // wir definieren in Österreich, was uns wichtig ist an Querschnittsthemen „Umwelt, Friede, Gender, Demokratie, Inklusion usw. und das muss drinnen sein, das wird nicht diskutiert, das ist ein Fakt! Das schreiben wir sozusagen vor.“	Projekte sind geknüpft an Konditionalitäten und Vorschriften.	Machtausübung durch Konditionalitäten	Kontrolle

**Interview II** (MitarbeiterIn der Austrian Development Agency und ehemalige/r KoordinationsbüroleiterIn in Nicaragua)

„Das ist der Grundkonsens der internationalen Zusammenarbeit, also EZA, das Recht auf den eigenen Entwicklungsweg. Das ist in der UN-Charta und vielen anderen Bereichen festgelegt. In der Praxis spielt es sich oft nicht so ab. Wenn du mitspielst und unsere geostrategischen und ideologischen Vorgaben akzeptierst, dann kannst du machen, was du willst, dann fragen wir auch nicht, was du für eine Minderheiten- oder Menschenrechtspolitik hast (...)“	Das Recht auf den eigenen Entwicklungsweg  Geostrategisch, ideologische Vorgaben	<i>Ownership</i>  Kontrolle	Differenzen
„(...) mit den anderen Partnern“  „(...) und man hat die Partner vor Ort, mit denen man spricht.“  „(...) mit der EU, mit anderen Partnern, mit Oppositionen, Politikern (...)“  „(...) wo man die anderen Partner einfach informiert.“	Partner sind sowohl die Nord- als auch die Südländer, die Staaten als auch die internationalen Gemeinschaften, die Wirtschaftspartnerschaften werden gleichgestellt mit	Diversität, Ungenauigkeit, Definition fehlt	Differenzen

<p>„(...) es gibt Vertragspartner, Projektpartner. Vertragspartner ist der, mit dem ich den Vertrag unterzeichne. Projektpartner oder Development-Partner sind die, die im Sektor sind (...) also alle, die in einem Sektor oder einem Land mit unseren Interventionen direkt oder indirekt zu tun haben, sind eigentlich unsere Development Partners. International Development Partners sind meistens in einer Sektor Working Group, wo man sich abstimmt, wo man schaut, dass die Schweizer, die Dänen, die Amerikaner, Weltbank, UN usw., dass wir kohärent arbeiten, dass wir uns abstimmen untereinander, dass wir Synergien schaffen. Also, das sind Development Partner. Projektpartner, wir sagen dazu Vertragspartner (...) das kann eine NGO sein, das kann Horizont 3000, CARE sein (...) das Außenministerium (...) ein Institut, eine nicaraguanische oder nationale NGO sein, eine internationale NGO sein.“</p> <p>„(...) Teil unserer Arbeit ist einfach die Besprechung mit den anderen Partnern [hier die Finnen] „was macht ihr“, „in welchen Sektoren seid ihr“, usw.</p> <p>„(...) wenn man heiratet, sagt man Partnerschaft, es gibt Städtepartnerschaften, es gibt Universitätspartnerschaften (...) sind dann Partner? Vertragspartner? Developing Partner? Also im Prinzip, es gibt diese ganze Reihe und ich glaub, es ist gut, das Ganze irgendwie darzustellen // welche Arten von Partnerschaft es gibt (...)“</p> <p>I: „Kann man dann sagen, dass Wirtschaftspartnerschaften gleich EZA-Partnerschaft ist?“</p> <p>B: “Ja, würde ich schon sagen. Natürlich. Also die Wirtschaftspartnerschaften, da ist das Wort Partnerschaft drinnen und du hast ja gesagt, Partnerschaft ist EZA, also insofern, das würde ich schon sagen, weils ja auch, da die WiPas (...) nicht das Kerngeschäft einer profitorientierten Firma unterstützt, sondern nur den entwicklungspolitisch wertvollen Teil, der dann zusätzlich kommt, zu 50% kofinanziert.“</p>	<p>der EZA-Partnerschaft. Alles, was das Wort Partnerschaft trägt, wird gleichgestellt.</p>		
--	---	--	--

<p>„(...) ich glaube, das Wort „potenzielle Partner“ ist auch wichtig (...) andere sind einfach nur Gesprächspartner, auch das ist wichtig.“</p>			
<p>„Wir haben uns [aus Nicaragua] zurückgezogen, wie man sich aus einer Partnerschaft zurückzieht. Im Prinzip ist das wie in einer Ehe, wo man 20 - 30 Jahre lang zusammen ist und sagt, ok, man geht halt jetzt zurück, aber das heißt ja nicht, dass man jetzt nicht mehr miteinander zu tun hat.“</p> <p>„[Entscheidung der Schließung des Koordinationsbüros] ist rein von österreichischer Seite. Das ist // die Entscheidung ist gekommen, wobei, ich hab fast 1 ½ oder 2 Jahre Zeit gehabt zu schließen.“</p> <p>„Das entscheidet der Außenminister. Diese Entscheidung kommt aus dem Kabinett des Außenministeriums. Die wird der ADA mitgeteilt.“</p>	<p>Rückzug aus Nicaragua wie aus einer Beziehung/Ehe</p> <p>Entscheidung der Schließung einseitig, nur vom österreichischen Außenminister ausgegangen</p>	<p>Im Zusammenhang mit der Schließung des Koordinationsbüros wird Partnerschaft auf der einen Seite als langjährige Ehe beschrieben, aus der man sich zurückzieht, aber trotzdem noch Kontakt erhält. Auf der anderen Seite entschuldigt man sich und lagert die Schuld aus.</p>	<p>Differenzen</p>
<p>„Also, die Endentscheidung, die Verträge werden dann hier gemacht, genau (...) aber wir im Koordinationsbüro bereiten die Unterlagen vor, das wird dann genehmigt in Wien, hingeschickt und unterschrieben. Das Koordinationsbüro macht das Monitoring vor Ort und die Kontrolle auch, dass das irgendwie passt.“</p> <p>„(...) meistens ist es so, dass der Projektpartner die Evaluierung beauftragt, nur die Terms of Reference, also die Leistungsbeschreibung für die Evaluierung, die muss von uns abgestimmt werden (...)“</p>	<p>Vor-Ort-Beziehung mit dem Koordinationsbüro. Das Koordinationsbüro hat Mitbestimmungsrecht, Endentscheidungen kommen aus Wien.</p>	<p>Verträge, Monitoring Kontrolle</p>	<p>Kontrolle</p>
<p>„Also, ich gehe schon davon aus, dass die Erwartungen dieselben sind und wenn das nicht so ist, dann ist es (...) kein Best Practise. Also im Idealfall (...) sitzt man alle im gleichen Boot, rudern auch alle, naja vielleicht rudern nicht alle, aber wir wollen zumindest in die gleiche Richtung, weil wir ziehen alle an einem Strang, aber auch in die gleiche Richtung.“</p>	<p>Partnerschaft sollte die gleichen Erwartungen beinhalten und den gleichen Kurs, das wird allerdings als Best Practise beschrieben.</p>	<p>Best Practise ist, wenn alle dasselbe wollen.</p>	<p>Zielvorstellung</p>

<p>„(...) ich glaube nicht, dass die OECD irgendwas, dass es da irgendwo eine etablierte Definition von dem gibt (...) aus meiner Sicht wäre es absurd, das einzugrenzen. Das ist eine Partnerschaft, das andere nicht. Das eine Partnerschaft im Gegensatz zu anderen, was nicht Partnerschaft, das ist auch eine zwischenmenschliche Partnerschaft, wenn man heiratet, sagt man Partnerschaft, es gibt Städtepartnerschaften, es gibt Universitätspartnerschaften (...) sind dann Partner? Vertragspartner? Developing Partner?“</p> <p>„Naja, weils einfach so ein diffuser Begriff ist (...) ich mein, im Kontext bleibt es wahrscheinlich offen (...) jeder hat da einen eigenen Stil.“</p> <p>„Das Wort Partner wird eigentlich von uns immer schon [verwendet] (...) also seit 2002 bin ich dabei, früher war ich bei der OECD. Ah, Vertragspartner, Projektpartner, das Wort wird einfach immer schon verwendet (...) und das Faktum, dass es keine DAC-Definition // weist ja irgendwie auch darauf hin, dass es irgendwie einfach ein umgangssprachlicher Begriff ist, der im Prinzip sowas besagt, wie Stakeholder und so weiter. Aber, ich glaube nicht, dass es irgendein bewusst eingeführter Begriff ist, sondern einfach eher ein, aus der Logik unserer Tätigkeit heraus entstandener, Begriff ist, der flexibel genug ist und der verschwimmend ist (...) um gewisse Eventualitäten offen zu lassen, ja“</p> <p>„(...) ich glaube und es würde auch keinen Sinn machen, das genauer festzumachen. Einzig, woran man es festmachen sollte vielleicht, ist einfach wie die dahinter liegende Einstellung der Verwendenden (...) Person, oder dahinter liegenden Institution ist (..) also wenn die Russen oder die Chinesen von Partnerschaft reden, haben die vielleicht nicht immer diese Partnerschaft oder interessensbefreite Konnotation wies bei den Österreichern der Fall ist.“</p>	<p>Bei Partnerschaft handelt es sich um einen umgangssprachlichen, diffusen, schwer zu definierenden Begriff, der keiner Definition benötige.</p>	<p>Partnerschaft ist nicht definierbar und eine Zielvorstellung. Definition wird als absurd beschrieben. Keinen Sinn einer Definition. Diversität der Partnerschaft wird bemerkt und es gibt eine Schwierigkeit, eine eigene Definition zu finden. Potentielle Partner.</p>	<p>Partnerschaft bleibt ein weites, uneinschränkbares Konzept</p>
<p>„(...) in der OEZA würde ich mal sagen als Entwicklungspartner, österreichische Entwicklungszusammenarbeit, österreichische</p>	<p>Zusammenarbeit und Partnerschaft sind ziemlich das gleiche</p>	<p>Zusammenarbeit</p>	<p>Kommunikation</p>

<p>Entwicklungspartnerschaft. Zusammenarbeit und Partnerschaft ist im Prinzip ziemlich das Gleiche.“</p>			
<p>„ (...) also für Österreich, da wir Honest Broker sind, und von den meisten unserer Partner auch so wahrgenommen werden, bei uns ist es Partnerschaft auf Augenhöhe, also ich glaube das ist 99% aller Beteiligten in der OEZA irgendwie klar (...)“</p> <p>„Das Konzept der Partnerschaft: Transparent, auf Augenhöhe, mit Respekt und was weiß ich was so // das sollte anunfürsich immer gleich sein, wie es sich dann im jeweiligen Land auswirkt, hängt davon ab, wie der Kontext ist, wie viele andere Partner sind ...“</p> <p>„(...) also ich werde offiziell notifiziert, oder die Partner werden offiziell notifiziert, dass ich jetzt die nächsten vier Jahre vor Ort der Ansprechpartner bin.“</p> <p>„(...) insofern sind Gesprächspartner ein ganz wichtiger Punkt in diesen Partnerschaften (...) auch das hat wieder mit Respekt, Partnerschaft mit Augenhöhe und allem Möglichen zu tun. Können natürlich auch ihre eigenen Interessen haben, jeder Gesprächspartner hat seine eigenen Interessen. Also es gibt kaum jemanden der nicht irgendwie eine Orientierung hat oder so, aber das auszublenden ist manchmal nicht wirklich professionell und das sollte man vermeiden.“</p> <p>„Dialog auf Augenhöhe, mit Respekt, mit ernst nehmen und Vertrauen, weil so ohne Vertrauen gibt es keine Partnerschaft (...) also das ist ein Teil, aber das andere ist auch der Wunsch dabei, also ob der Wunsch da ist, den Partner ernst zu nehmen und auch den eigenen Entwicklungsweg des Landes zu akzeptieren.“</p> <p>„(...) vom Wunsch beider Seiten nach einer...vertrauensbasierten...transparenten Zusammenarbeit gehandelt wird (...) also es hat extrem gute Vertrauensbasis zwischen Österreich und auch einigen Ministerien und der Regierung gegeben.“</p>	<p>Transparenz, Vertrauen, Respekt, auf Augenhöhe, Ehrlichkeit, Dialog, <i>Ownership</i></p> <p>Offiziell notifiziert, wer Ansprechpartner ist für die nächsten 4 Jahre, eigene Interessen, machtpolitische, geostrategische, politische Ziele</p>	<p>Kommunikation</p> <p>Kontrolle</p>	<p>Differenzen</p>

<p>„(...) EZA ist nicht Zusammenarbeit...ist nicht Partnerschaft, weils einfach EZA immer wieder auch nicht als partnerschaftlich in der Definition am Anfang gehabt haben, mit Vertrauen, auf Augenhöhe, basierend auf gemeinsamen Willen einer...und Respekt für den eigenen Entwicklungsweg, etc.“</p> <p>„(...) es gibt ganz klar einige Regierungen [die] das einfach als verlängerter Arm der Außenpolitik verwendet und einfach gesagt damit will ich meine geostrategische, wirtschaftliche. Regierungsziele erreichen.“</p> <p>„Konditionalitäten, kriegst das, aber dafür musst du mir das unterschreiben. Also und das macht Österreich meines Wissens nicht...oder kaum.“</p>			
---	--	--	--

**Interview III** (Ehemalige/r MitarbeiterIn der Sektion VII des BMeiA, verantwortlich für den Austausch mit Nicaragua)

<p>“...von der Struktur her eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe natürlich nicht so gegeben ist.“</p> <p>„Ja meine Definition von Partnerschaft wäre einfach, das ist wieder so ein Schlagwort, auf Augenhöhe, also wirklich mit den anderen // zu kennen, seine Intentionen zu kennen, gegenseitig ja und das dann miteinander weiterentwickeln.“</p> <p>„(...) die Partner in Nicaragua müssen wesentlich offener sein für Entwicklung als meine Behörde es hier ist (...) die Gesellschaft mit der wir kooperieren braucht wesentlich mehr Voraussetzungen als ich das hier brauche (...) aber es gibt diese Unausgewogenheit immer. Ich könnte was weiß ich, der wildeste Rassist sein und trotzdem überleben oder xenophob sein und könnte trotzdem tolle EZA machen und es fragt mich auch niemand. Aber in Nicaragua will ich schon wissen was der Ortega macht und Ministerin (...)“</p> <p>„Im Prinzip ist es immer noch Geber – Nehmer und alles was wir drüber hinaus machen in Richtung Partnerschaft“</p>	<p>Partnerschaft auf Augenhöhe heißt mit dem Anderen, etwas Miteinander weiterentwickeln</p> <p>Nicaragua muss offener sein als Österreich, Geber und Nehmer Knstellation</p>	<p>Auf der einen Seite: Augenhöhe, Gleichheit</p> <p>Auf der anderen Seite: Ungleichheit, Geber-Nehmer</p>	<p>Differenzen</p>
--	---	--	--------------------

<p>„Um jetzt da kurz wieder zur Partnerschaft zu kommen, gabs dann 95 den ersten Entwicklungsplan, wirklich großen Entwicklungsplan, „Plan nacional de desarrollo“ und das ist mit dem österreichischen Kooperationsabkommen jetzt zusammen eine Ebene gewesen, auf der wir und auf gemeinsame wirklich auf Zusammenarbeit einigen konnten.“</p> <p>„So weit zur Partnerschaft. Also wichtig ist jetzt mal vom Formalen her, dass es eine österreichische Strategie gibt, dass es einen Entwicklungsplan gibt (...) und also die österreichische Strategie einfach da hinein passt unterstützend dazu passt.“</p> <p>„Es ist eine Art Zusammenarbeit.“</p> <p>„Von einander Lernen, sich gegenseitig beeinflussen, all das ist drinnen. Aber Kooperation...Zusammenarbeit trifft das wahrscheinlich insgesamt besser als Partnerschaft, weil Partnerschaft eine andere Qualität ist. Eben die persönliche die man da eben mitbringt, von beiden Seiten.“</p> <p>„Und das was die Bhutaner vielleicht mit den Nicaraguanern gemeinsam haben, ist dass sie ganz genau wissen was sie wollen.“</p>	<p>Entwicklungsplan von Nicaragua, wirkliche erste Zusammenarbeit Ö-NIC. Nicaraguaner wissen was sie wollen. Es handelt sich mehr um eine Zusammenarbeit als um eine Partnerschaft.</p>	<p>Zusammenarbeit</p>	<p>Kommunikation</p>
<p>„...und also das ist jetzt ein Punkt wo man wirklich sieht, wie Partnerschaften sich entwickeln. Wir teilen oder die Menschen vor Ort teilen einfach die Visionen und Zukunftsvorstellungen mit den dortigen Menschen und schau einfach wie man das dann auch technisch umsetzen kann.“</p>	<p>Partnerschaften entwickeln sich, sind ein Prozess, Visionen und Zukunftsvorstellungen</p>	<p>Idealzustand als Prozess</p>	<p>Zielvorstellung</p>
<p>„...und was zur Partnerschaft auch gehört, gehörte, wäre natürlich, dass in Österreich dieses Wissen das dort mit den Partnern generiert wird gleichzeitig auch umgesetzt wird.“</p> <p>„...das ist vielleicht ein Manko wenn wir von Partnerschaft sprechen...nämlich diese Zweiseitigkeit.. wir lernen ja auch, warum sollen wir dieser Möglichkeit hier beraubt werden.“</p> <p>„...und das wäre der zweite Teil der Partnerschaft, sehr reziprok. Irgendwas muss ja auch hier passieren damit was weiter geht“</p>			

<p>„...wir haben immer Wert darauf gelegt zu Evaluieren und gemeinsam daraus zu lernen.“</p> <p>„...es gibt ein WIR nur im Zusammenhang mit den Partnern.“</p> <p>„Die EZA Sektion jetzt gerade noch mit den Menschen die dort arbeiten, die verstehen dieses WIR eher tatsächlich auch als dialogisches Prinzip, also echter Dialog, wobei die zweite Seite des Dialogs natürlich wegfällt [dass wir auch lernen, die Reziprozität]“</p> <p>„Wichtig ist dass die NGOs dort gute Arbeit geleistet haben ...wenn man jetzt von Partnerschaft spricht, die auch viel von dem was jetzt wir offiziell dort gemacht haben, wieder nach Ö zurück tragen (...) Vielleicht kann man das als Amt auch nicht, aber wir hätten es auch nicht einmal versucht.“</p> <p>„Ich meine es gibt nicht die reine Form der Gleichberechtigung (...) es ist ein schwankendes Gerüst.“</p> <p>„...von der Struktur her gibt es zwischen einem Geberland und einem Empfängerland keine Gleichheit, wo ist die? Wo kann die gegeben sein? Es ist einfach nicht so.“</p> <p>„...diese einzelnen Faktoren für Partnerschaft auch...Also dieses Verständnis für einander, Respekt, des jeweilig anderen, gemeinsame Visionen für zukünftiges Land oder Leben, auch das voneinander lernen, ja das sich zurücksetzen (...) das miteinander reflektieren. Ja, also all das was jetzt Partnerschaft ausmacht, kann man bis zu einem Grad mit den richtigen Leuten tatsächlich leben.“</p> <p>„...dieser eine Teil der zur Partnerschaft gehört, dass man das dann auch im eigenen Land, das was man miteinander lernt und erfährt, jeder in seinem Zuhause dann kommunizieren kann, also versucht das irgendwie umzusetzen, bekannt zu machen, das gibt es (...) in Nicaragua eher, weils eine gestandene, wie soll ich sagen, Lobby hier gibt.“</p>	<p>Beidseitiger Wissenstransfer basierend auf einer Zweiseitigkeit, damit auf beiden Seiten etwas weitergeht und beide daraus lernen</p>	<p>Gleichheit; voneinander lernen, Zweiseitigkeit, Reziprozität</p>	<p>Beziehung</p>
--	--	---	------------------

<p>„Ja, und dieser Teil fehlt. Sie oder ich oder wer auch immer, könnten alles was wir dort lernen, hier nicht anbringen.“  „(...) dieses internationale voneinander lernen gibt es nicht.“</p>			
<p>„Die Partnerschaft war jetzt nicht nur eine bilaterale, sondern auch eine regionale. Das war sehr wichtig wir haben in NIC die Ökonomie mitgefördert. Kakao, Kaffee...“</p>	Regionales Wirtschaft fördern	Vor Ort Präsenz	Lokalität
<p>„...das fällt auch unter den Titel Partnerschaft, 2006 war in Ö der EU-Lat.Amk.-Gipfel. Innerhalb dieses Gipfels war auch Zentralamerika Segment.“   „...die Wiener Erklärung ist vielleicht auch so ein ein wo man hier im Rahmen der EU aber auch in Österreich zu der Partnerschaft die man da pflegt auch offiziell und Bündnispartner findet...“   „Appropos Partnerschaft wir haben ja also Nicaragua und die SICA Leute nach Wien eingeladen ... und die Botschafterin von Nicaragua ... hat uns die Camerata Bach geschenkt. Das ist eine NIC-Gruppe die Musik macht...also solche Dinge gibt es jetzt da viele im Rahmen der Kooperation, die ja auch ein Beweis dafür sind, dass man sowohl auf nicaraguanischer Seite ... als auch von der EZA Seite das immer als Gegenseitigkeit verstanden hat.“</p>	Lat. Amk. Gipfel, Meetings, Feiern zur Pflege der Partnerschaft zwischen Nicaragua und Österreich	Abkommen, Kooperation, Meetings	Kommunikation
<p>„Ich mein es führt ja auch jeder einen Dialog, obwohl per se per Definition ein Dialog etwas wäre, wo beide Seiten vielleicht ihre Meinung, ihre Ansichten relativieren oder zumindest so weit aufeinander eingehen, dass jeder etwas lernt dabei. Aber sowas finden sie nicht.“   „...ausweitend möchte ich sagen, dass man natürlich immer im Dialog glaubt die Möglichkeit zu haben die Partnerschaft oder diese Ideen, die Prinzipien die man verfolgt, die Menschenrechte, Frauenrechte und diesen ganzen Katalog, die [anderen] im Dialog dazu [zu] drängen.“</p>	Dialog ist ein Austausch beid em beide Seiten Von einander Lernen  So ein Austausch findet nicht statt, man glaub eher im Dialog die Möglichkeit zu haben den anderen zur Akzeptanz seiner Vorstellungen drängen zu können	Gute Kommunikation  Kontrolle	Differenz
<p>„Es kann keine wirkliche Partnerschaft sein, aber man kann sich dieser Partnerschaft annähern.“</p>			

<p>„...Sonst glaube ich man kann durchaus von Partnerschaft sprechen, wenn man sie nicht als gegeben hinnimmt, sondern als Zielvorstellung irgendwo hinstellt.“</p> <p>„Also Partnerschaft kann eine gegebene Situation sein, auf der man aufbaut und sie weiterentwickelt und Partnerschaft kann eine Zielvorstellung sein.“</p> <p>„...dann denke ich mir ‚dass es wohl auf manches zutreffen wird und auf manches dann idealita als Zielvorstellung angestrebt wird.“</p> <p>Frage: „Wie würde diese Zielvorstellung von Partnerschaft dann aussehen, wenn sie vollendet ist? Antwort: „(lacht) ähm, ja dass sie sich einfach immer weiterentwickelt und vertieft.“</p> <p>„Ja, also das wäre, also diese Idealvorstellung, für die man vielleicht manchmal belächelt wird, oder nicht, Sie spätestens dann wenn Sie ihre Partnerschaft definiert haben, das ist dann so ein „was ist denn das, träum weiter“. Weil die Bereitschaft voneinander zu lernen einfach immer verloren geht.“</p>	<p>Annäherung an eine Partnerschaft, machmal trifft sie zu und manchmal nicht, weil es keine Bereitschaft gibt von einander zu lernen</p>	<p>Zielvorstellung wird angestrebt, Idealvorstellung</p>	<p>Zielvorstellung</p>
---	---	--	------------------------

<p>“Wir dürfen ja die österreichischen Interessen nicht vergessen und das Partnerland [hat] natürlich auch Interessen.“</p>	<p>Eigeninteressen, unterschiedl. Vorstellungen und Ziele</p>	<p><i>Ownership</i> vs. Kontrolle</p>	<p>Differenzen</p>
<p>„Was in der EZA Partnerschaft Störfaktor wäre, dass ich letztlich, weil ich das Geld habe, immer Recht habe.“</p>	<p>Finanzielle Mittel als Störfaktor der Partnerschaft</p>	<p>Geld als Kontrollmittel</p>	<p>Kontrolle</p>
<p>„...weil jetzt eben so viel Wert auf die Quantifizierung gelegt wird. Wenn Sie jemanden fragen „Was verstehen Sie unter Partnerschaft“ dann werden Sie ausgelacht. Aber wenn Sie jemand nach dem Nachweis von Wirkung der 3 Mio. EZA in Bhutan fragt, dann kann man ihm das genau sagen, man wir jeden einzelnen Cent sagen...“</p>	<p>Auf Quantifizierbarkeit wird mehr Wert gelegt als auf Partnerschaft</p>	<p>Bürokratie wichtiger als Beziehung</p>	<p>Kontrolle</p>

## Interview IV (Herr Paul Pirker, Obmann der Städtepartnerschaft Salzburg-León)

<p>„(...) Partnerkindergarten (...) Es gibt Schulpartnerschaften (...) Partnerklassen (...) Klassenpartnerschaften (...) Wir haben drüben einen Partnerverein (...)“</p>	<p>Partnerschaft ist divers und undefinierbar.</p>	<p>Alle Partnerschaften sind gleich, daher bleibt eine konkrete Definition von Partnerschaft aus.</p>	<p>uneinschränkbares Konzept</p>
<p>„Und dieser Partnerverein der schlägt die Projekte vor. Wir versuchen natürlich dann in Kommunikation mit denen schon auch was zu machen, was auch nach unserem Geschmack ist, weil also am liebsten würden sie das Stipendienprogramm ausweiten (...) aber wir versuchen halt eine Linie da insofern hineinzubringen, dass wir halt das mit der kommunalen Zusammenarbeit mit dem Tourismusbüro in den Mittelpunkt stellen. Aber vorgeschlagen wird das von dem Partnerverein und von der Stadt León wird das mehr oder weniger approbiert und dann von uns finanziert.“</p> <p>„Ja damals gabs das noch so mit der Partizipation, mit der Teilnahme der Bevölkerung. Jetzt nicht mehr.“</p> <p>„Und entscheiden tun nach wie vor die Geldgeber, das heißt wir (...) wenns uns nicht gfreut irgendwas zu machen, passiert eh nichts (...) Und deswegen ist es de facto so, dass die Geldgeber das entscheiden, d.h. wir das entscheiden. Aber wir probieren das natürlich zusammen mit León, mit der Stadt und dem Verein Dario Mozart zu entscheiden.“</p>	<p>Der Partnerverein hat mitspracherecht, jedoch wird lieber etwas gemacht was nach dem Geschmack der Geber ist. Jetzt gibt es keine Teilhabe der Bevölkerung mehr. Und Entscheiden tun nach wie vor die Geber</p>	<p>Zusammenarbeit, ohne Partizipation/Mitspracherecht. Die Entscheidungsmacht liegt bei den Gebern</p>	<p>Kontrolle</p>
<p>„Na es gibt nur diesen Städtepartnerschaftsvertrag, wir sind Partner. Der ist 1984 unterschrieben worden.“</p>	<p>Partnerschaft = Vertrag</p>	<p>Bürokratie</p>	<p>Kontrolle</p>
<p>„(...) Partnerschaft ist eigentlich immer etwas, was unter Gleichem passiert und finanziell sind wir nicht gleich (...) zu dem Zeitpunkt wie diese Städtepartnerschaft entstanden ist hat die Gleichheit darin bestanden dass man politisch mehr oder weniger ein gemeinsames Ziel gehabt haben (...) insofern war Gleichheit in der politischen Auffassung da.“</p>	<p>Früher gab es eine Gleichheit in der Partnerschaft, heute nicht mehr, und daher kann heute eigtl keine Rede mehr sein von Partnerschaft.</p>	<p>Partnerschaft braucht Gleichheit. Aber auf Grund der finanziellen Unterschiede gibt es keine Gleichheit</p>	<p>Differenzen</p>
<p>„(...) und wenn wir da was lernen sollen, dann scheidert das auch schon an der sprachlichen Vermittlungsmöglichkeit oft (...) also ich weiß nicht ob das Präpotenz ist oder so, aber ich</p>	<p>Von einander Lernen anhand von beidseitiger Kommunikation</p>	<p>Unterschiede führen zu Kommunikationsproblemen.</p>	<p>Differenzen</p>

glaube nicht dass man sehr viel lernen kann als Europäer.“	, welche nicht vorhanden ist.	Kommunikation vs. Ungleichheit	
--	-------------------------------	--------------------------------	--